

Parallelgesellschaften

Prof. Stefan Luft, Politikwissenschaftler und Autor, sieht in der deutschen Ausländerpolitik dringend Handlungsbedarf. Im Interview nennt er die größten Problemfelder. **Seite 4**

»Rausch des Erfolges«

Vor einem Dreivierteljahrhundert ließ Stalin in der Sowjetunion Millionen Kulaken entweder exekutieren oder deportieren. Mehr über dieses Verbrechen auf **Seite 6**



Schwelbrand in der Karibik

Venezuelas Staatschef Chavez eifert in der Führung seines Landes immer mehr seinem Vorbild Castro nach. Eine Entwicklung, die auch für den Westen nicht folgenlos bleibt. **Seite 7**

Überraschend ernsthaft

Der Maler und Graphiker Robert Budzinski war weitaus mehr als nur der heiter-ironische Schilderer Ostpreußens. Mehr über den Künstler lesen Sie auf **Seite 9**

Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Jahrgang 56 – Folge 8
26. Februar 2005

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C 5524
PVST. Gebühr bezahlt

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf: Die ersten Hochrechnungen waren für die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis ein Schock. Die von ihr als selbstverständlich angesehene Wiederwahl drohte sich in Luft aufzulösen. Doch anstatt zu hinterfragen, was so viele Wähler dazu gebracht hat, der SPD ihre Stimme zu entziehen, wurde nur hektisch überlegt, wie die Sozialdemokraten die Macht in Kiel behalten könnten. (Lesen sie hierzu den nebenstehenden Leitartikel und Seite 24.)

Foto: pa



Neue »Ära der Einheit«

Bushs Europa-Reise stand im Zeichen der Versöhnung

Manchmal ändern sich die Zeiten doch schneller, als man es erwartet hätte. Glaubte man auf beiden Seiten des Ozeans, daß die Beziehung zwischen den USA und dem „alten Europa“ auf lange Zeit hin unterkühlt bleiben würden, so bricht vor allem von amerikanischer Seite plötzlich Tauwetter an, und Bush säuselt Europa verliebte Worte ins Ohr, als ob der Frühling direkt vor der Tür stünde, dabei deutet hierzulande klimatisch nichts darauf hin.

„Amerika unterstützt ein starkes Europa, denn wir brauchen einen starken Partner, um Frieden und Sicherheit in der Welt voranzubringen.“ Ein starkes Europa, ein geeintes Europa. Dabei war es doch gerade die Bush-Regierung, die einen tiefen Graben durch den Kontinent gezogen hatte, indem sie die Irakkriegsbefürworter zum „neuen“ Europa er-

höhte und vor allem Deutschland und Frankreich als die Sitzbenutzer im „alten“ Europa zurückließ. Inzwischen hat Bush jedoch gemerkt, daß ein gespaltenes Europa ihm nicht weiterhilft. Er will den Streit hinter sich lassen, um die „jüngste Demokratie der Welt“ zu unterstützen.

„Keine kurzanhaltende Meinungsverschiedenheit zwischen Regierungen, keine Macht auf Erden wird uns jemals trennen“, verkündete er erschreckend pathetisch am vergangenen Montag in Brüssel und verwirrte damit vor allem Frankreich und Deutschland, die ein derartiges Vorsprechen in Sachen transatlantischer Freundschaft gar nicht erwartet hatten. Selbst der mißglückte Nato-Reformversuch von Bundeskanzler Schröder, in dem er Amerikas Übergehen der Nato in der Irakkriegsdebatte kritisierte, ist keine Woche später von US-Seite „verziehen“.

„Während die Debatten der Vergangenheit verblassen und große Verpflichtungen deutlich werden, lassen Sie uns eine neue Ära der transatlantischen Einheit beginnen.“ In diesem Zeichen stand Bushs Europa-Reise, die er sich auch durch kritische Medienstimmen und versprengte Demonstranten – starke Sicherheitsmaßnahmen ließen kaum jemanden in das Blickfeld des US-Präsidenten geraten – nicht vermiesen ließ.

Dem „alten“ Europa hingegen blieb keine Wahl. Der extreme amerikanischen Kuschelkurs erstickte jede Kritik im Keim. Außerdem braucht Europa die USA mindestens so dringend wie die USA Europa. Daß man den Vereinigten Staaten dabei dann auch noch ein oder zwei Gefallen tut und konträre Ansichten wie zum Beispiel zu den Themen Iran und Kyoto-Protokoll beiseite drängt, paßt in dieses Bild. **R. B.**

Hans-Jürgen MAHLITZ:

Um den Sieg betrogen?

Es könne doch „nicht angehen, daß ein Däne bestimmt, wer in Deutschland Ministerpräsident wird“, befand vor 18 Jahren der legendäre Franz-Josef Strauß. Zumindest bestimmte damals der SSW-Landtagsabgeordnete Meyer, privilegierter Repräsentant der dänischen Minderheit in Deutschlands höchstem Norden, wer nicht Ministerpräsident wurde; das so erzeugte Patt im Parlament führte wenig später zu Neuwahlen, SPD-Wahlsieg und bislang 17jähriger Genossenschaft. Heute liegt es in den Händen zweier SSW-Abgeordneter, die „Ära Simonis“ zu beenden, nachdem dies der Mehrheit der nichtdänischen Wählerschaft nicht gelungen ist. Knapp über 700 Stimmen fehlten Peter Harry Carstensen am Ende.

Dennoch ist der CDU-Spitzenkandidat der eindeutige Sieger dieser Wahl. In jeder nur denkbaren Beziehung. Seine Partei hat die andere Volkspartei, die SPD der Heide Simonis, um Längen geschlagen, aus acht Prozentpunkten Rückstand 1,5 Punkte Vorsprung gemacht. Das war nicht nur „Heides“ Niederlage, sondern vor allem sein Sieg.

Carstensen hat auch all die „kritischen Geister“ und Bedenkenträger (in allen politischen Lagern) Lügen gestraft, die ihn als irgendwie ganz nett, ansonsten aber plump, unerfahren, ohne Charisma und total unbekannt abqualifiziert hatten. Was er selber vor wenigen Wochen im Interview mit dieser Zeitung gesagt hatte („Ich erlebe die Stimmung im Lande völlig anders als die Medien.“), hat sich nun auf eindrucksvolle Weise bewahrheitet. Er war ein viel besserer Kandidat, als mancher – auch unter den eigenen Parteifreunden – ihm vorher zugetraut hatte.

Doch was nützt ihm der so redlich verdiente Triumph? Am Ende dieses langen Abends nach der

Wahl stand er zwar nicht mit leeren Händen da, aber mit der Perspektive, bis auf weiteres Anführer der stärkstmöglichen Opposition zu sein. Das tröstet nicht darüber hinweg, um den eigentlichen Lohn aller Wahlkampfmaßnahmen betrogen zu sein.

Bei Redaktionsschluß dieser Folge wußte noch niemand so recht, wie es nun weitergehen könnte in Kiel. Die vom Wähler abgestrafte rot-grüne Koalition will einfach weitermachen – nicht ganz so wie bisher, sondern mit Duldung der dänischen Minderheitsvertreter. Viele von den rund 50.000 Schleswig-Holsteinern, die dieser Minderheit zuzurechnen sind, mißbilligten übrigens bei Umfragen diese unangemessen große Bedeutung ihrer Partei als „Königsmacherin“.

Jedenfalls würde bei einer solchen „Dänen-Ampel“ nicht die stärkste Fraktion – wie es guter demokratischer Brauch ist – den Regierungschef stellen, sondern der Verlierer gestattet, fünf weitere Jahre an ihrem Amt zu kleben. Das ist zwar nicht illegal, hat aber auch nichts mit politischem Anstand zu tun.

Ob die Dänenpartei sich doch noch dazu aufraffen kann, die Respektierung des landesweiten Wählerwillens über ihre engeren Eigeninteressen zu stellen, scheint derzeit ebenso unwahrscheinlich wie eine Große Koalition mit Carstensen als Chef und der SPD als Juniorpartner.

Zum Schluß sei noch einmal an den Großen Vorsitzenden in Deutschlands tiefstem Süden erinnert: FJS pflegte die Kanzlerschaft Helmut Kohls mit den Worten zu kommentieren: „Ist mir doch wurscht, wer unter mir Kanzler ist.“ Aber kann man einem strahlenden (und am Ende betrogenen) Sieger wie Peter Harry Carstensen wirklich zumuten, so über das Amt des Ministerpräsidenten zu denken?

Punktsieg für Angela Merkel

Die Stimmengewinne der CDU in Schleswig-Holstein und die K-Frage

So glücklich hat man Angela Merkel schon lange nicht mehr erlebt. Als sich die Stimmengewinne der schleswig-holsteinischen Parteifreunde in der Größenordnung von fünf Prozentpunkten stabilisierten, strahlte die CDU-Vorsitzende in alle Fernsehkameras. Sie konnte sicher sein: Das hat sie ihrem großen Ziel, der Kanzlerkandidatur im Wahljahr 2006, ein gutes Stück nähergebracht.

Als dann kurz vor Mitternacht die Kieler Regierungsträume erst einmal platzten, weil die FDP mit ihrem geschwätzigen Oberliberalen Kubicki dem CDU-Vormann Carstensen auf der Zielgeraden die Tour vermasselt hatte, da zog es Frau Merkel vor, erst einmal weiterzu-

strahlen und die Wermutstropfen zu ignorieren. Aber es war eben doch nur ein halber Sieg; der angestrebte Machtwechsel an der Förde findet voraussichtlich nicht statt.

Eng wird es wohl auch im Mai, wenn Deutschlands bevölkerungsreichstes Bundesland einen neuen Landtag wählt. Die CDU setzt hoffnungsvoll darauf, daß es an Rhein und Ruhr keine geschützten Minderheiten mit privilegiertem Wahlrecht gibt, ein Wahlsieg also nicht so leicht zunichte gemacht werden könnte wie an der Förde. Rot-Grün vertraut darauf, daß in drei Monaten Hartz IV erste segensreiche Wirkungen zeitigt und das Volk endlich kapiert, welche Wohltaten es Schröder,

Eichel und Fischer, aber auch Steinbrück und Höhn zu danken hat.

Viel wird davon abhängen, wie sich bis dahin die Arbeitslosenzahlen entwickeln. Gelingt CDU-Kandidat Rüttgers die Ablösung der Landesregierung, hätte die CDU-Chefin – nach dem Punktsieg von Kiel – eine entscheidende Runde gewonnen. Wer in der Union wollte ihr dann noch die Kanzlerkandidatur streitig machen? Doch selbst in diesem Falle wäre es von der Kandidatin Merkel zur Kanzlerin Merkel noch ein weiter und steiniger Weg. Wie knapp vor dem Ziel man noch ins Straucheln geraten kann, davon kann Peter Harry Carstensen ein gar nicht fröhliches Lied singen. **EB**

60 Jahre danach

Was damals in Deutschland wirklich geschah:

„Warum keine Mahnmale für Deutsche?“ – Ob Opfer des Bombenkriegs oder die Heimatvertriebenen; für sie als deutsche Opfergruppen gibt es keine staatlich geförderten Gedenkstätten **Seite 5**

„Wie ein Kriegsverbrechen zur Katastrophe wurde“ – Der Bombenangriff auf Pforzheim **Seite 6**

„Deutsche und Russen ringen um Schlesien“ – Obwohl die Wehrmacht im Februar 1945 Breslau halten konnte, verschob sich die Front zu Lasten der Deutschen weiter gen Westen **Seite 21**

PMD

Preussischer
Medien dienst

Wir erfüllen
alle
Literatur-,
Musik-
&
Filmwünsche.

Parkallee 86
20144 Hamburg
Telefax: 040 / 41 40 08 58

Die Schulden-Uhr: Neue Löcher in Sicht

Trotz aller Warnungen vor milliardenschweren Risiken hat die Koalition den Haushalt 2005 ohne Korrekturen durchgeboxt. Mit rot-grüner Kanzlermehrheit setzte der Bundestag das umstrittene Zahlenwerk von Hans Eichel (SPD) endgültig in Kraft. Die Koalition wies den Einspruch des unionsbeherrschten Bundesrates zurück, der den Etat zwei Monate lang blockiert hatte. CDU/CSU und FDP halten den Haushalt für verfassungswidrig und sehen bereits ein Loch von wenigstens zehn Milliarden Euro.

Staatsverschuldung in Deutschland:

1.421.724.972.066 €

(eine Billion vierhunderteinundzwanzig Milliarden siebenhundertvierundzwanzig Millionen neuhundertzweiundsiebzig und sechsundsechzig)

Vorwoche: 1.419.630.508.630 €
Verschuldung pro Kopf: 17.225 €
Vorwoche: 17.212 €

(Stand: Montag, 21. Februar 2005, 15.30 Uhr.
Zahlen: www.steuerzahler.de)

Lohn der Konsequenz

Hamburgs Erfolge in der Kriminalitätsbekämpfung

Während die aktuelle deutsche Kriminalitätsstatistik noch aussteht, verweist der Hamburger CDU-FDP-Senat stolz auf Erfolge in der Verbrechenbekämpfung. Seit Montag liegen in der Hansestadt die vollständigen Kriminalitätszahlen für 2004 vor: ein Gesamtrückgang von 3,7 Prozent, die niedrigste Kriminalitätsbelastung für die Bürger seit 1984. Hamburg wird zum Vorbild, doch was steckt hinter dem neuen Modell?

10.125 Straftaten weniger als im Vorjahr (2003) – ein Erfolg, der zeigt, wie sich politischer Wille zur konsequenten Strafverfolgung zusammen mit Investitionen in die innere Sicherheit bezahlt macht. „Der positive Trend setzt sich fort“, verkündete Hamburgs Innensenator Udo Nagel. Ein Trend der, wie Nagel einräumte, vor einigen Jahren nicht zu erwarten war. Rot-grüne Jahre, in denen „Toleranz“ – vor allem dem Drogenmilieu gegenüber – groß geschrieben wurde. Der bürgerlich-konservative Wechsel an der Elbe gelang anschließend gerade deswegen. Tatsächlich sind Straftaten mit Hilfe neuer

Maßnahmen von Polizei und Senat seitdem vor allem dort zurückgedrängt worden, wo sie die Bürger besonders treffen: Im Bereich der Eigentumskriminalität, aber auch bei Sexualdelikten gingen die registrierten Vergehen im Vergleich zu 2003 sichtbar zurück. Steigerungsraten bei Drogenstraftaten hingegen verweisen auf die seit dem Regierungswechsel an der Elbe Dienst tun. Die Verstärkung findet sich ungeschmäler im Streifendienst wieder, wird bürgernah eingesetzt, sondern mehr Präsenz vor Ort und kürzere Bearbeitungszeiten für etwaige Fälle sind die Folge. Zeitnah, bis 22 Uhr des Tages, an dem ein Delikt aufgenommen wurde, beginnt nun die Sachbearbeitung. Neueinstellungen, aber auch die Ausbildung von mehr jungen Beamten tragen dazu bei, daß auch die Aufklärungsquote (44,6 Prozent) stieg (um 0,9 Prozentpunkte) und sicher auch noch deutlicher steigen wird, wenn die Maßnahmen konsequent fortgeführt werden. Andere Bundesländer entlassen jedoch Polizisten, wie die Gewerkschaft der Polizei beklagt.

Betrachtet man die Hintergründe und nicht die Statistik, fällt der hohe Anteil von fast 1.000 neuen Beamten auf, die seit dem Regierungswechsel an der Elbe Dienst tun. Die Verstärkung findet sich ungeschmäler im Streifendienst wieder, wird bürgernah eingesetzt, sondern mehr Präsenz vor Ort und kürzere Bearbeitungszeiten für etwaige Fälle sind die Folge. Zeitnah, bis 22 Uhr des Tages, an dem ein Delikt aufgenommen wurde, beginnt nun die Sachbearbeitung. Neueinstellungen, aber auch die Ausbildung von mehr jungen Beamten tragen dazu bei, daß auch die Aufklärungsquote (44,6 Prozent) stieg (um 0,9 Prozentpunkte) und sicher auch noch deutlicher steigen wird, wenn die Maßnahmen konsequent fortgeführt werden. Andere Bundesländer entlassen jedoch Polizisten, wie die Gewerkschaft der Polizei beklagt.



»Was macht Joschka so sexy?«

Mit flotten Fragen kehrt Gegengift zurück

Totgesagte leben länger. Das gilt auch für *Gegengift*, eine Zeitschrift für Politik und Kultur, die mehr als ein Jahrzehnt im bayerischen Pfaffenhofen erschien. In dieser Zeit erwarb sie sich in gehobenen konservativen Kreisen einen guten Ruf. Die Zeitschrift schlief aber ein, als der Herausgeber, damals noch Inhaber einer kleinen Regionalzeitung, nach Madrid ausgewanderte, um dort als freier Korrespondent zu arbeiten. Nach zwei Jahren Auszeit meldet sich *Gegengift* nun zurück auf der publizistischen Bühne Deutschlands. Das alte Format wurde beibehalten, nur kommt *Gegengift* jetzt als Monatsheft heraus. Das Titelblatt ziert eine grob gezeichnete Faust, die eine spritzenartige Feder umfaßt, von der ein dicker Klecks Tinte (oder Gegengift?) tropft.

„Wen hassen? Wen verachten? Wen verspotten?“ fragt Herausgeber Michael Ludwig im Editorial mit Blick auf Deutschlands politische „Elite“ und zitiert dazu Kurt Tucholsky: „Wer die Menschen mit 40 Jahren nicht haßt, der hat sie nie richtig geliebt.“ Haß auf Deutschlands politische Klasse, die verantwortlich ist für den unübersehbaren Verfall des Landes, hält er für nicht ganz abwegig. Die große *Gegengift*-Umfrage „Was macht Joschka so sexy?“ basiert auf einer Schlagzeile der *Bild*-Zeitung und hat erstaunliche Antworten zutage gebracht, von zotig-deftigen Liebeserklärungen an den Außenminister über den Versuch, ihn als „vollendet selbstreferentiellen Politiker“ zu deuten, bis zum naheliegenden Hinweis auf seine Macht und Brutalität, die manche Frauen durchaus schätzten.

Gegengift veröffentlicht politische Analysen wie auch feuilletonistische Aufsätze und bemüht sich, eine gesunde Balance zwischen beiden zu halten. Der Beitrag des Historikers Kenneth Killiany aus Washington mit dem Titel „Wie weit rückt Amerika nach rechts?“ beleuchtet die jüngste Entwicklung der Supermacht. Viele Deutsche haben Aversionen gegen die Bush-Regierung entwickelt, doch sollte dies nicht die Sicht verstellen auf ein Land, das immer konservativer erscheint und doch in vielem moderner ist als Europa. Was für einen Kontrast bietet da die deutsche Hauptstadt mit armseligen Clownpolitikern wie Klaus Wowereit, dessen jüngste Eskapaden Frank Sage in seinem Aufsatz „Wowi und die Biedermänner“ geißelt.

Weitere Artikel der ersten Ausgabe der wiederbelebten Zeitschrift befassen sich mit dem Antidiskriminierungsgesetz, der Entwicklung von Parallelrechtswelten und dem aufregenden Leben in einem multikulturellen Viertel sowie mit den Gewerkschaften und ihrer Rolle beim Abstieg Deutschlands. Daran schließt ein ausführlicher Rezensionsteil an, der ausgefallene oder vergessene Literatur würdigt. Schließlich gibt es eine Rubrik „Berliner Spaziergänge“, diesmal zu den entlegeneren Denkmälern der Hauptstadt. *Gegengift*, einst aus der bayerischen Provinz angetreten, hat an Format gewonnen. Bei seinem Weg scharf gegen den Wind des Zeitgeistes sind ihm viele Leser zu wünschen.

Probeheft: *Gegengift*-Verlag, Gerstenstraße 2, 85276 Pfaffenhofen

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: paz
Kennwort/PIN: 1549

Über das Ziel hinausgeschossen

Der Europäische Haftbefehl hat äußerst bizarre Nebenwirkungen

Seit August vergangenen Jahres ist er in Kraft und kann jeden treffen, sogar rückwirkend. Der Europäische Haftbefehl, seit 1999 vorbereitet, schneidet tief in die souveränen Rechte der Staaten und ihrer Bürger ein, ermöglicht schnelle Auslieferungen und unterwirft jeden EU-Bürger dem Recht aller Mitgliedsstaaten zugleich, selbst wenn er sich nur im eigenen Land aufhält und anderswo keine Straftat begeht.

Schon bei Verabschiedung des „Rahmenbeschlusses“ im Europäischen Ministerrat verklang Kritik weitgehend ungehört. So nannte der Deutsche Anwaltsverein die Formulierung der Haftgründe „erstaunlich konturenlos“. In Tschechien meldete die Opposition immerhin schwere Verfassungsbedenken an, doch gilt auch dort inzwischen das neue Prinzip.

In der Tat waren und sind die Tatbestände, für die der neue Haftbefehl gelten soll, nebulöse Worthüllen. In 32 Deliktfeldern soll nämlich das Prinzip der Gegenseitigkeit aufgehoben werden, das heißt, eine Strafverfolgung und somit auch Auslieferung ist in diesen 32 Strafbereichen selbst dann möglich, wenn der Anklagepunkt beispielsweise in Deutschland keine Straftat darstellt. Das verstößt eigentlich gegen deutsches Recht, wie grüne Politiker anfangs zu bedenken gaben – dafür gestimmt haben sie im Bundestag trotzdem. Die europäische Lösung kommt also nicht bloß „schneller und einfacher als die Auslieferung“ daher, wie die offizielle Infobroschüre der EU sie feiert. Sie bietet weit mehr, als „daß verurteilte Straftäter oder Verdächtige, denen eine schwere Straftat in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union angelastet wird, nicht mehr in einem anderen Mitgliedsstaat Unterschlupf finden können“ (so die EU-Kommission).

Ist die europaweite Regelung reine Auslegungssache? So soll „Cyberkriminalität“ genauso wie die in ihrer Beurteilung sicher noch problematischere, da deutungsabhängige „Fremdenfeindlichkeit“ und „Rassismus“ grenzenlos verfolgt werden. Auch „Umweltkriminalität“ gehört zu den magischen 32. „Terrorismus“ ist ebenfalls ein Grund, selbst aus einer bestehenden Haft heraus zwangsverschickt zu werden – Spanien und Frankreich prüften schon einmal vorab die neuen Möglichkeiten.

Nun mag man Terroristen kein Mitleid gönnen. Doch gilt die Definition des klagenden Landes, und die kann so restriktiv sein, daß es auch Unbescholtene trifft. Ein Wettbewerb der Rechtssysteme im Verklagen könnte die Folge sein, bei dem sich das drakonischste durchsetzt. Theoretisch könnte beispielsweise ein jugendlicher deutscher Computer-Hacker mit britischem Haftbefehl aus Deutschland geholt und vor ein britisches Gericht gestellt werden, selbst wenn er die Tat in Deutschland verübte. Wer in Polen Altöl entsorgt (wie derzeit in großem Umfang in Schlesien geschehen), findet sich womöglich bald im umweltbewußten deutschen Rechtswesen wieder.

Vollstreckt wird der Haftbefehl sofort und unabhängig von Einwänden des Gesuchten. Auch hat jedes Land ihn zu befolgen, ohne besondere gerichtliche Prüfung.

Theoretisch könnte der britische Prinz Harry für seinen Fehltritt im Nazikostüm in Deutschland verklagt werden. Die Briten müßten ihn binnen 90 Tagen ausliefern, obwohl er sich in seinem Heimatland

durch das Tragen von NS-Symbolen nicht strafbar gemacht hat. Der britische Staat hätte in diesem Fall kein Recht, gegen den Haftbefehl vorzugehen – er müßte Harry umgehend ausliefern.

In allen anderen Feldern der Kriminalität bleibt es beim Altbewährten, wird nur für andere Staaten

fert. Zwar können Täter ihre Haft „in dem Staat verbüßen, in dem sie verhaftet wurden oder leben“, die bisherige Praxis sieht jedoch anders aus.

Bei all den Unwägbarkeiten für den Bürger ist der eigentliche Nutzen begrenzt, wie der Deutsche Richterbund vorsichtig anmerkt: „Nicht ausgeschlossen ist, daß ein Auslieferungersuchen durch die Einleitung eines eigenen Ermittlungs- oder Strafverfahrens sachwidrig blockiert wird“. Ansonsten heißt es lapidar: „Die weiteren Verfahrensvorschriften begegnen keinen Bedenken.“ Es bleibt also abzuwarten, ob die Versprechungen der EU, „rechtsneutrale Maßstäbe“ anzulegen, sich bewahrheiten. Schottenwitze sollte man sich jedenfalls vorerst verkneifen.

Doch für die europaeifrigen Politiker könnte der Schuß nach hinten losgehen, selbst wenn der Haftbefehl in den ersten Jahren noch so dezent und vorsichtig eingesetzt würde. Zu den 32 besonders scharf verfolgten Untaten gehören nämlich auch „Betrug“ sowie „Korruption“. Einige europäische Länder ahnden diese Delikte dank Mafiaerfahrungen besonders schwer. In Zukunft dürfte nicht nur ein Fall à la Holger Pfahls schneller ablaufen, auch so mancher andere muß befürchten, statt schlampiger Gerichtsaktensendungen per Post gleich selbst „verschickt“ zu werden. Ein spanischer Staatsanwalt soll schon gegen Italiens Regierungschef Silvio Berlusconi ermitteln – wegen Untreue, Bilanzfälschung und anderer Delikte im Zusammenhang mit dessen spanischen Fernsehaktivitäten.

Sverre Gutschmidt



Potentielles Opfer des Europäischen Haftbefehls: Hätte sich ein deutscher Kläger gefunden, der Prinz Harry aufgrund des Tragens nationalsozialistischer Symbole verklagt hätte, hätte dieser rein theoretisch nach dem neuen Gesetz an Deutschland ausgeliefert werden müssen.

strafverfolgt, wenn in beiden Staaten (dem ausliefernden und dem anklagenden) eine gesetzliche Grundlage besteht. Eines der „größten Hindernisse für eine erfolgreiche Auslieferung“ war nämlich bisher „das Prinzip der beiderseitigen Strafbarkeit“, wie es in der Aufklärungsbroschüre der EU heißt. Daß hierbei zu Recht Vorsicht geboten schien, spielt keine Rolle mehr. Überstellungen von Deutschen in europäische Länder mit gänzlich anderen Haftbedingungen und -gründen dürften nun kein Problem mehr sein – außer für den Ausgelie-

Bitte beachten Sie den beiliegenden Katalog des Preußischen Mediendienstes

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: paz
Kennwort/PIN: 1549

»Wir beraten Sie gern«

In Berlin wurde die »Leitstelle gegen Diskriminierung« eröffnet / Von Annegret KÜHNEL



»Keine Ausgrenzung von Muslimen«: Wer sich in Berlin diskriminiert fühlt, kann sich bei der neu entstandenen »Leitstelle gegen Diskriminierung« beraten lassen.

Foto: Ostkreuz

Seit dem 1. Februar verfügt Berlin über eine Leitstelle gegen Diskriminierung. Die Hauptstadt macht sich damit bundesweit zum Vorreiter, denn das „Antidiskriminierungsgesetz“ der Bundesregierung, das diese Einrichtung verbindlich macht, muß erst noch die parlamentarischen Gremien durchlaufen. Die neue Behörde hat vier Mitarbeiter, über die Kosten schweigt die Pressemitteilung des Senats sich aus. Sie ist ein anschauliches Beispiel, welche Prioritäten der rot-rote Senat in der bankrotten Hauptstadt setzt. Die Leitstelle – ein Begriff, der in den 30er Jahren von der Gestapo verwandt wurde – ist auf Druck der PDS eingeführt worden. Die Federführung lag bei der sonst so gut wie unsichtbaren Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (PDS), die bis 1989 Mitglied der stramm stalinistischen DKP war. Berlin wird damit zum Laboratorium für ein Großexperiment zur Normierung sozialer Beziehungen durch den Staat. Die Leitstelle ist ganz offen als Instrument gegen „Rechtsextremismus“, „Fremdenfeindlichkeit“ und „Antisemitismus“ definiert worden. Sie soll Berichte, Expertisen und Empfehlungen erstellen und Fälle von „Diskriminie-

rung“ sammeln: „Wenn Sie sich wegen ihrer Herkunft, Religion oder Weltanschauung diskriminiert fühlen, können Sie uns anrufen und schreiben oder einfach zur Beratung vorbeikommen. Wir beraten Sie gern, wobei wir alle ihre Angaben selbstverständlich vertraulich behandeln.“ So freundlich lud nur noch die Stasi zur Denunziation ein. Man kann sich ausrechnen, daß vier Mitarbeiter bald nicht mehr ausreichen werden, um die Informationsflut zu bewältigen. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm großen Ausmaßes bahnt sich an.

„Leitstelle“ bedeutet auch, daß man mit anderen Organisationen und Institutionen zusammenarbeiten und sich mit deren Aktivitäten koordinieren will. In Deutschland gibt es eine unübersehbare Zahl diverser Organisationen wie „SOS Rassismus“, „Pro Asyl“ oder Antirechts-Initiativen. Auf der vom Senat verantworteten Website werden das „Antidiskriminierungsnetzwerk“, ein „Antidiskriminierungsbüro“ und die „Bewegung gegen ethnische Diskriminierung in der Bundesrepublik Deutschland“ als Partnerstellen genannt. Sie werden künftig wohl mit üppiger staat-

licher Finanzierung rechnen können.

Das ergibt sich logisch aus Paragraph 30 des – im Bundesrat vorläufig gestoppten – Entwurfs des „Antidiskriminierungsgesetzes“, der die Einbeziehung von „Nicht-Regierungsorganisationen und anderer Einrichtungen in geeigneter Form“ vorschreibt. Damit soll eine „ortsnahe Unterstützung“ gewährleistet werden. Die Berliner Leitstelle wendet sich ausdrücklich an Ausländer („Migranten“), denen zum Beispiel der Eintritt in Diskotheken oder Fitness-Clubs verweigert wird oder die meinen, ihnen würde willkürlich der Zugang zu Ausbildungsplätzen, Wohnungen, Arbeit verweigert. Der Ausländerbeauftragte Günter Pienig spricht von den „Spitzen des Eisbergs“, von „Grauzonen“ und „fließenden Grenzen“. Ein grenzenloses Betätigungsfeld tut sich für ihn auf!

Die ideologische und politische Absicht ist deutlich. Es geht darum, Berlin und das ganze Land einer multikulturellen Erziehungsdiktatur zu unterwerfen. Es geht aber auch um persönliche materielle Interessen. Die Linksparteien im Parlament sorgen dafür, daß ihre Gesin-

nungsgenossen vom Staat dauerhaft alimentiert werden. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß von den 33 PDS-Vertretern im Berliner Abgeordnetenhaus fast niemand einer beruflichen Tätigkeit außerhalb des Parlaments nachgeht. Diese Abschottung vom normalen Berufsleben und totale Konzentration auf die Politik gibt es in keiner anderen Partei, nicht einmal bei den Grünen. Die PDS-Fraktion hat kaum Arbeiter, Handwerker, Selbstständige oder Angehörige der freien Wirtschaft in ihren Reihen. Dafür wimmelt es von Diplom-Philosophen, Diplom-Politikern, Diplom-Sozialwissenschaftlern, für die es auf dem freien Arbeitsmarkt kaum Verwendung gibt. Die jüngeren sind frisch aus dem Hörsaal weg in die Politik eingestiegen, verfügen also über keine nennenswerte Lebens- und Berufserfahrung, was die Anfälligkeit für eine ideologische Weltansicht noch vergrößert. Für den wahrscheinlichen Fall, daß die PDS-Fraktion nach den Wahlen im nächsten Jahr kräftig schrumpft, haben sich ihre Politiker eine mögliche, alternative Erwerbsquelle geschaffen: Sie werden Antidiskriminierer im Staatsdienst!

Die neue Nachhaltigkeit

Von Ronald GLÄSER

Seit zwei Jahren beherrscht ein Begriff die politische Auseinandersetzung in Deutschland: Nachhaltigkeit. Seit der Kanzler dieses Modewort in seiner Regierungserklärung nach der letzten Bundestagswahl eingeführt hat, diskutiert alles über „nachhaltige Politik“. Politik also, die dauerhaften Erfolg unseres Landes sicherstellen soll.

In Wirklichkeit ist die Politik in Deutschland auf Sand gebaut. Das zeigt die neue Finanzplanung in Berlin. Finanzsenator Sarrazin (SPD) hat gerade die Planung für den Zeitraum bis 2009 vorgelegt. Der Landeshaushalt soll geringfügig auf 20,15 Milliarden Euro reduziert werden. Grund genug für den 60jährigen Sparsenator zu feixen: „Wir bewegen uns in der Logik abnehmender Dramatik.“ Was Sarrazin so gedreht ausdrücken wollte, ist: Wir sind auf dem richtigen Weg. Der Weg hin zu einem ausgeglichenen Haushalt, der aber die wegen des enormen Schuldenberges ansteigenden Ausgaben für Zins und Zinseszins nicht berücksichtigt, sei zur Hälfte zurückgelegt.

Die Altschulden blendet er aus seinem Denken einfach aus. Die führen aber bis 2009 zu einem Anstieg um weitere zehn auf dann knapp 70 Milliarden. Weil aber 2006 eine neue Wahl ansteht, wird Sarrazin den Berlinern bis dahin „weitere Grausamkeiten“ ersparen. Klartext: Es wird weniger gespart. Ähnlichkeiten mit dem rot-grünen Reformstopp auf Bundesebene sind natürlich zufälliger Natur.

Besonders stolz gab sich Sarrazin darauf, daß das Land weniger anmietet als früher. Wozu mietet Berlin Immobilien an? Richtig: Weil landeseigene Immobilien vorher privatisiert wurden und jetzt eben wieder angemietet werden müssen. Irgendeiner von Sarrazins Amtsvorgängern hat damals Kasse gemacht, der heutige Steuerzahler darf die Zeche zahlen. Die Profiteure sind meistens irgendwelche nordamerikanischen Pensionsfonds. Sie haben einen nachhaltigen Nutzen, aber nicht Berlin.

Die Immobilien, die sich noch im Besitz des Landes befinden, verkommen dafür immer mehr. So sind der asbestverseuchte Stglitzer Kreisel und das baufällige Internationale Congress Centrum (ICC) ziemlich hinüber. „Das ICC braucht noch einige Zeit, bis es einsturzgefährdet ist“, sagte Sarrazin und begründete damit, daß er es nicht sanieren wird. So wird die letzte landeseigene Bausubstanz nachhaltig ruiniert.

Gute Bilanz

Mit 5.000 Besuchern mehr als erwartet kann das Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte in Potsdam eine positive Bilanz für das erste Jahr seines Bestehens ziehen. Kulturministerin Johanna Wanka hofft, 2005 mit einer großen Ausstellung (19. März bis 26. Juni), die die Frage behandelt, wie der Forscher Albert Einstein mit Potsdam und Umgebung verbunden war, erneut über 40.000 Besucher anzulocken.

Preußenseminar

Was können Deutschland und Europa von Preußen lernen? Dieser Frage geht eine Studienfahrt vom 11. bis 15. April nach. Stationen sind unter anderem das Brandenburg-Preußen-Museum in Wustrau, Berlin, Schönhausen (Bismarck und Katte). Tagungsort mit vier Übernachtungen: Königswusterhausen. Die Kosten betragen 185 Euro pro Person im DZ. Anmeldungen: Staatspolitische Gesellschaft, Ohlsdorfer Str. 37, 22299 Hamburg, Telefon (0 40) 4 60 10 26.

Der Dumme ist der Steuerzahler

Ex-Vorstände der bankrotten Berliner Bankgesellschaft kommen fast ungeschoren davon

Das erste Urteil zum Berliner Bankenskandal ist gesprochen. Die beiden Ex-Vorstände der Berliner Bankgesellschaft, Ulf-Wilhelm Decken und Jochem Zeelen, sind in der vergangenen Woche wegen Bilanzfälschung zu 90.000 beziehungsweise 60.000 Euro Geldstrafe verurteilt worden. Diese Summe werden sie locker begleichen können, schließlich haben sie in der Bankgesellschaft gut verdient – wenn sie denn überhaupt bezahlen müssen. Sie werden auf jeden Fall in Berufung gehen, und ihre Erfolgsaussichten sind gar nicht so schlecht. Das Gericht hat unbeachtet gelassen, daß die Praxis, die Schieflage des Konzerns zu retuschieren, bereits von ihren Vorgängern eingeführt worden war. Doch angesichts des Schadens, der schlimmstenfalls 21,6 Milliarden Euro beträgt, erscheint jede Strafe läppisch. 2001 mußte das Land Berlin 1,75 Milliarden Euro zuschießen, um die Bank zu retten. Zusammen mit Risikobürgschaften und einem weiteren Zuschuß beläuft sich die realisierte Schadenssumme auf mittlerweile 1,83 Milliarden Euro. Finanzsenator Thilo Sarrazin geht von weite-

ren 3,75 Milliarden Euro aus, die in den nächsten Jahren fällig werden. Der Berliner Schuldenberg beträgt 57 Milliarden Euro.

Zur Erinnerung: Die Bankgesellschaft war 1994 als ein Zusammenschluß der Berliner Landesbank mit privatrechtlich organisierten Banken gegründet worden. Nominell stieg sie damit zur viertgrößten Bank Deutschlands auf. Das war politisch gewollt, Berlin sollte sich wieder als ein bedeutender Bankenstandort etablieren. Die Grünenabgeordnete Michaela Schreyer hielt damals im Abgeordnetenhaus eine hellseherische Rede: Der Größenwahn, der dem Bankenprojekt zugrunde liege, würde sich, zusammen mit dem (West-)Berliner Filz, zu einer Katastrophe für die Stadt auswachsen.

Man kann es aber auch anders sehen und den Verantwortlichen von damals zugute halten, daß Berlin zu Beginn der 90er Jahre ein Zukunftspotential attestiert wurde, das heute irrational anmutet. Der Aufstieg zur Wirtschaftsmetropole schien nur eine Frage der Zeit zu sein, und die

Bankgesellschaft wollte ihren Teil dazu durch Immobilienfonds beitragen, die mit unwahrscheinlichen Miet- und Renditegarantien für sich warben, vor allem bei Gutbetuchten. Für die Risiken bürgte das Land Berlin. So weit, so gut. Doch dann kam alles anders. Das Wirtschaftswunder in Mitteldeutschland, wo die Fonds vorzugsweise tätig waren, erwies sich als Strohfeuer, und die angeblich so wertvollen Grundstücke mutierten zu Schrottimmobilen. Die Berliner Bankenkrise ist also auch ein Abbild des gescheiterten „Aufbau Ost“.

Die Schuld der Bankvorstände liegt darin, daß sie die Alarmzeichen wegretuschierten, das Land in Sicherheit wiegten und dem bereits verbrannten Geld frisches hinterherwarfen. So was kommt vor im Geschäftsleben. Ob ein justitierbarer Voratz dabei vorlag, ist die heftig umstrittene Frage. Fachliches Versagen ist jedenfalls nicht strafbar. Daß der Berliner Filz eine Rolle spielte, kann nach alter Lebenserfahrung als sicher gelten, ist im Einzelfall aber kaum nachweisbar. Andererseits: Wäre der Gewinnbruch nur vor-

übergehend gewesen, wie die Banker damals hofften, und ihre Strategie langfristig aufgegangen, hätte sich kein Mensch für die Manipulationen interessiert. Noch immer kämpfen sich zehn Staatsanwälte durch die Aktenberge und Computerdateien. Ende März will der Untersuchungsausschuß des Abgeordnetenhauses seinen Bericht vorlegen.

Mit besonderer Spannung wird der Prozeß gegen den ehemaligen CDU-Fraktionschef Landowsky erwartet. Er war auch als Chef der BerlinHyp tätig und brachte den Skandal ins Rollen, weil er einer Immobilienfirma einen ungesicherten Kredit von 240 Millionen Euro ausgezahlt hatte und zeitgleich von der Firma eine größere Parteispende empfing. Die Anklageschrift gegen ihn umfaßt 750 Seiten. Ob der Prozeß zu einer Verurteilung führt, ist zweifelhaft. Mit einer Regressforderung in Höhe von fünf Millionen Euro ist die BerlinHyp bereits gescheitert. Ähnlich erfolglos sind die Prozesse vor Arbeitsgerichten verlaufen. Der Dumme ist der Steuerzahler, der für den Abwasch aufkommen muß. **Thorsten Hinz**

Staatlich geförderte Parallelgesellschaften

Dr. Stefan Luft, Historiker und Politikwissenschaftler, seit 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen, hat schon in seinem Buch „Auslän-

derpolitik in Deutschland – Mechanismen, Manipulation, Mißbrauch“ zahlreiche Problemfelder angesprochen. Im nachfolgenden Interview betont er noch einmal den dringenden Handlungsbedarf.



Klein-Istanbul: Türken in Deutschland müssen schon lange kein Deutsch mehr können, um sich hier zurechtzufinden. Vom türkischen Friseur und Lebensmittelhändler bis zur türkischen Bank und Teestube reicht die türkischsprachige Infrastruktur. Foto: Caro

Allein im Berliner Stadtteil Neukölln leben rund 60.000 Muslime – nahezu jeder dritte Einwohner ist also ein Migrant. Ein Bild, das in absehbarer Zeit die deutschen Großstädte prägen wird?

Stefan Luft: Die demographische Entwicklung und die vorhersehbare weitere Zuwanderung werden dazu führen, daß wir in deutschen Großstädten und Ballungszentren in den nächsten Jahrzehnten bei den unter 40jährigen Ausländeranteile von bis zu 50 Prozent zu erwarten haben. Dann wird die einheimische Bevölkerung – wie Professor Birg es einmal nannte – eine „Minderheit unter anderen Minderheiten“ sein. Ein wesentlicher Grund dafür liegt in der Gastarbeiteranwerbung in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts und der dann einsetzenden „Kettenmigration“ – dem Nachzug aus dem Verwandten- und Bekanntenkreis des jeweiligen Herkunftslandes. Großstädte und Metropolen sind vor allem deshalb für Zuwanderer interessant, weil sich dort leichter ethnische Netzwerke bilden und Unterkunft und Beschäftigung finden lassen als auf dem flachen Land.

Der Soziologe Hartmut Häußermann sagt, in Deutschland gebe es keine Parallelgesellschaft. Sie zeichnen ein anderes Szenario. Was halten Sie Prof. Häußermann entgegen?

In Großstädten müssen sich Zuwanderer viel weniger integrieren

Stefan Luft: Unter Fachleuten ist unstrittig, daß die bereits vorhandenen ethnischen Kolonien zunehmend Züge von Parallelgesellschaften annehmen. Blicken wir auf die ethnisch strukturierte Ökonomie – beispielsweise in den westlichen Innenstadtbereichen Berlins. Dort finden Sie auf dem Dienstleistungssektor alles, was den Gebrauch der deutschen Sprache überflüssig werden läßt: Der landsmännliche Friseur und Lebensmittelhändler, das türkische Kaufhaus und die türkische Bank, das libanesische Reisebüro und natürlich auch die Teestube. Der Ausländer, der in einem solchen Wohngebiet lebt, ist nicht mehr auf den Kontakt zur deutschen Gesellschaft angewiesen. Eine entsprechende Situation finden wir auch in den Schulen. In vielen Klassen ist die Mehrheit der Schüler nichtdeutscher Herkunft. All das sind Gesichtspunkte, die dafür sprechen, daß sich in unserem Land Parallelgesellschaften entwickeln, die auch von

außen nicht mehr zu durchdringen sind. Die Polizei steht hier bei vielen ethnischen Gruppen – nicht nur in Berlin – vor einer „Mauer des Schweigens“. Soll heißen: Bestimmte ethnisch strukturierte Subkulturen haben sich so abgeschottet, daß die Polizei nicht mehr herankommt. Das betrifft sowohl türkische Gangs als auch die libanesische Mafia.

Städte und Gemeinden ächzen unter den hohen Sozialhilfebelastungen, die auch nach Hartz IV nicht abgebaut werden. Gleichzeitig findet eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme statt. Was ist zu tun?

Stefan Luft: Es ist unstrittig, daß die Zuwanderung nach Deutschland in vielen Fällen eine Zuwanderung in den Sozialstaat ist. Beim neuen Zuwanderungsgesetz wurde die Chance nicht genutzt, hier notwendige Korrekturen vorzunehmen und Wanderungsanreize zu senken. Auch ist die Statistik, die über den Sozialhilfebezug von Ausländern geführt wird, nicht mehr sonderlich aussagekräftig. Ein Beispiel: Allein in Berlin wurden zwischen 1991 und 2001 rund 108.000 Personen eingebürgert. Seit dem Jahr 2000 erhält nach dem neuen rot-grünen Staatsangehörigkeitsrecht jedes zweite in Deutschland geborene Kind von ausländischen Eltern mit einem unbefristeten Aufenthaltsstatus automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit und taucht damit in der Statistik auch als deutscher Staatsbürger auf – und damit im Bedürftigkeitsfall als deutscher Sozialhilfeempfänger. Hinzu kommt ein anderes Problem. Es gibt im Land einen großen Kreis von Ausländern, der ausreisepflichtig ist, gleichwohl aber Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhält ...

Können Sie diesen Personenkreis quantifizieren?

Stefan Luft: Nach Angaben der Bundesregierung gibt es in Deutschland rund 500.000 ausreisepflichtige Ausländer, davon leben 250.000 Personen mit einer sogenannten Duldung im Land. Zum Beispiel, weil ihre Identität nicht geklärt ist, sie keine Pässe vorweisen oder sich ihr Heimatland einer Rückführung widersetzt.

Aber das neue Zuwanderungsgesetz schiebt doch derartigen Miß-

ständen einen Riegel vor ...

Stefan Luft: Die konkreten Ansätze bleiben hier weit hinter dem aus Sicht der Praxis Notwendigen zurück. Im Gegenteil: Das Zuwanderungsgesetz ermöglicht in vieler Hinsicht eine Ausweitung der ungesteuerten Zuwanderung: Unter anderem durch die Ausweitung der Verfolgungsgründe und die Härtefallkommissionen, deren Einrichtung den Landesregierungen ausdrücklich durch das Gesetz ermöglicht wird. Ich halte dies für einen rechtspolitischen Skandal. Mit den Härtefallkommissionen werden jetzt nahezu flächendeckend Gremien geschaffen, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit und unter maßgeblicher Beteiligung von Lobbygruppen, denen jede demokratische Legitimation fehlt, jahrelange Asylverfahren kippen. Wenn der gesamte Instanzenzug durchlaufen und immer wieder festgestellt wurde, es gibt kein Bleiberecht, kann mit Hilfe dieser Kommissionen doch noch ein Bleiberecht erzwungen werden.

In Berlin beherrschen rund 90 Prozent der Schüler ausländischer Herkunft nicht einmal ausreichend die deutsche Sprache. Fehlt es an den notwendigen Bildungseinrichtungen, oder liegt dieser Mißstand an mangelndem Willen im Elternhaus?

Stefan Luft: Aus meiner Sicht fehlt es in erster Linie am mangelndem Integrationswillen und am fehlenden Bildungsinteresse der Eltern. Insbesondere in den ethnischen Kolonien – ich erwähnte es bereits – besteht nicht mehr die Notwendigkeit, sich der deutschen Sprache zu bedienen. Wenn im Elternhaus nicht deutsch gesprochen wird, der Fernseh- und Medienkonsum in der Herkunftssprache erfolgt, dann können die Bildungseinrichtungen diesen Kindern die deutsche Sprache nur unzureichend vermitteln. Deshalb vertritt ich die Auffassung, daß man gegenüber den Eltern viel mehr als bisher deutlich machen muß, daß sie nicht nur ein Recht zur Erziehung ihrer Kinder haben, sondern auch die Pflicht, ihren Kindern ausreichende Kenntnisse der Sprache des Aufenthaltslandes zu vermitteln und ihnen so überhaupt erst die Voraussetzung erfolgreicher Integration zu geben.

Hinzu kommt das Dilemma in Großstädten und Stadtstaaten: Aufgrund der dramatisch wegbrechenden Steuereinnahmen stehen kaum Mittel zur Verfügung, zusätzliche Integrationsangebote zu machen. Gleichzeitig wächst aber die Notwendigkeit, insbesondere in den sozialen Brennpunkten und den ethnischen Kolonien, mehr zu tun, beispielsweise mehr Ganztagschulen einzurichten. Die Regelung im Zuwanderungsgesetz, wonach Ausländer zur Teilnahme an einem Integrationskurs grundsätzlich verpflichtet und aufenthaltsrechtliche Konsequenzen androht werden, wenn dies verweigert wird, geht zwar in die richtige Richtung. Allerdings ist zu befürchten, daß die zahlreichen Ausnahmeregelungen, bei denen von Sanktionen abzusehen ist, dazu führen werden,

daß sie in der Praxis ins Leere laufen. Bei den angedrohten Kürzungen von Sozialleistungen handelt es sich um eine „Kann-Bestimmung“, so daß auch hier in der Praxis wohl kaum steuernd eingegriffen werden wird.

Läßt sich die Mehrheit der Muslime überhaupt integrieren?

Stefan Luft: Zuwanderer aus dem islamischen Raum tun sich mit der Integration in westliche Gesellschaften häufig ausgesprochen schwer. Das ist ein strukturelles Problem. Die polnischstämmige Zuwanderung im 20. Jahrhundert hatte beispielsweise ganz andere Integrationsergebnisse aufzuweisen. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir zirka 2,6 Millionen Gastarbeiter nach Deutschland geholt – darunter 600.000 Menschen aus der Türkei. Da der Familiennachzug großzügig gehandhabt wurde, ging der Zuzug auch nach dem Anwerbestop von 1973 weiter. Nach Schätzungen von Fachleuten holen 60 Prozent der hier lebenden Türken ihre künftigen Ehepartner aus der Türkei nach Deutschland. Auf diese Weise werden die Integrationsprobleme über Generationen hinweg fortgeschrieben. Das weist auch auf die Probleme hin, die mit dem geplanten Beitritt der Türkei zur Europäischen Union verbunden sein werden: Bisher haben sich – aufgrund des Netzwerkeffektes – rund drei Viertel aller türkischen Staatsbürger, die in die Europäische Union kamen, in Deutschland niedergelassen. Es gibt Schätzungen, die von einem Migrationspotential von 4,4 Millionen Menschen für Deutschland ausgehen. Ich allerdings halte diese Zahl für die unterste Größenordnung. Eine solche Zuwanderungswelle würde Deutschland überfordern und die Gesellschaft spalten.

Vor zwei Jahren erstritt die Islamische Föderation das Recht, an Berliner Schulen Religionsunterricht zu erteilen. Sind solche Urteile nicht dazu angetan, Integrationsbemühungen zu konterkarieren?

Stefan Luft: Wenn Bundeskanzler Schröder behauptet, die Bundesregierung dulde keine Parallelgesellschaften, so ist diese Aussage absurd, weil die Bundesrepublik Deutschland geradezu Parallelgesellschaften fördert. Ein Beispiel ist der von Ihnen erwähnte Rechtsanspruch der Islamischen Föderation, in Berlin islamischen Religionsunterricht zu erteilen, der dann auch weitgehend vom Staat

finanziert werden muß. Um unter sich zu bleiben, wird den deutschen Lehrern der Zutritt zu den Klassenräumen und zum Unterricht nur nach vorheriger Anmeldung gewährt. Befragungen unter Berliner Lehrern ergaben, daß die Grundschüler, die diesen Religionsunterricht besuchen, sehr viel aggressiver auftreten, als das bisher der Fall war.

In Deutschland leben nach Angaben des BKA rund 31.000 islamische Extremisten, davon gelten 3.000 als besonders militant. Gemessen an 3,2 Millionen Muslimen ist diese Zahl eher gering. Wird die in der öffentlichen Diskussion nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen?

Stefan Luft: Ich halte diese Zahlen für wenig realistisch. Das Problem besteht gerade darin, daß diese islamistischen Organisationen mit Hilfe ihrer großen Finanzkraft über ihre Moscheen und Anlaufstellen einen nicht unerheblichen Einfluß auf die islamische Bevölkerung haben. Insbesondere die Jugendlichen, die häufig arbeitslos sind, sind eine wichtige Zielgruppe dieser Organisationen.

Nach dem Mord an Theo van Gogh hält das BKA ein Überschwappen der Gewalt nach Deutschland für möglich. Müssen wir mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen rechnen?

Stefan Luft: Daß es in Deutschland bisher noch keine gewalttätigen Auseinandersetzungen gegeben hat, liegt in erster Linie an der Einbettung der Zuwanderer in den deutschen Sozialstaat. Durch die beschriebene Situation in deutschen Großstädten und die sich abzeichnenden Entwicklungen halte ich allerdings auch in Deutschland gewalttätige Auseinandersetzungen in absehbarer Zeit nicht für ausgeschlossen. Vor allem dann, wenn wir uns weigern, ernsthafte Konsequenzen aus der zweifellos vorhandenen Integrationskrise zu ziehen. Wenn wir nicht sehr viel stärker als bisher signalisieren, daß derjenige, der in Deutschland leben will, von sich aus eine erhebliche Anpassungsleistung zu erbringen hat, sind auch hier erhebliche Konflikte nicht auszuschließen. ■

Ausländer haben die Pflicht, ihren Kindern Deutsch beizubringen

Das Gespräch führte Joachim Schäfer, NRW-Landesgeschäftsführer des Bundes der Selbständigen und Chefredakteur der Zeitschrift *Der Selbständige*, in der eine Langfassung dieses Interviews erschien.

Feierlicher Akademischer Festkommers
des Hamburger Waffennings
750 Jahre Stadt Königsberg 1255 - 2005

Ansprache: **Jörg Schönbohm, MdL**
Minister und Stellv. Ministerpräsident des Landes Brandenburg

22. April 2005, 20 hst

Mozartsäle Hamburg, Moorweidenstraße 36

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

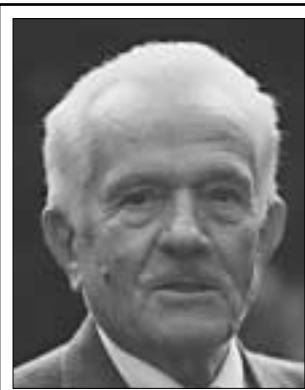
Reservierung beim Orga-Komitee:
Bernhard Knapstein, Parkallee 86, 20144 Hamburg, knapstein@ostpreussen.de

Warum keine Mahnmale für Deutsche?

Überall werden Gedenkstätten errichtet, doch eine Opfergruppe wird übergangen / Von Klaus R. RÖHL

Für Mahnmale im allgemeinen spricht, daß sie viele Architekten schon durch die Ausschreibung in Lohn und Brot setzen: Selbst die abgelehnten Entwürfe werden angemessen, also fürstlich honoriert, die preisgekrönten sogar außergewöhnlich gut bezahlt, und das nach vielen Änderungen schließlich ausgewählte Architekturbüro, das den Zuschlag erhält, hat erst einmal ausgesorgt. Gegen Mahnmale spricht, daß die Täter sie nicht besuchen, sie den Opfern nichts nützen und nur den Initiatoren einen zeitweiligen Bekanntheitsgrad verschaffen.

Da die Initiatoren des Holocaustdenkmals, an der Spitze Lea Rosh, alle nichtjüdischen Opfer des Nationalsozialismus von ihrem Mahnmal ausschlossen, forderten die andern Opfer eigene Mahnmale. Wenn möglich ebenfalls riesengroß und in der Nähe des Reichstags. Neben dem Mahnmal für Sinti und Roma (6.000 Quadratmeter im Tiergarten) hätten auch Opfergruppen wie die Homosexuellen oder die Wehrmachtsdeserteure Anspruch auf eine eigene Gedenkstätte, sagte der rechtspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Volker Beck. Ein Stiftungskonzept soll schon vorliegen. Sogar für den anarchistischen Reichstags-Brandstifter van der Lubbe soll ein Denkmal gebaut werden - am Reichstag! Weitere Mahnmale sind denkbar. Der Phantasie und der großflächigen Bebauung sind keine Grenzen gesetzt. Warum kein Mahnmal für die Zeugen Jehovas, die sogenannten Asozialen, die Sicherheitsverwahrten und - warum nicht - für die ebenfalls zu Unrecht ins KZ gebrachten Mörder und sogenannten Berufsverbrecher



Dr. Klaus Rainer Röhl, Jahrgang 1928, Vertriebener aus Danzig, war bis Mitte der 60er Jahre Herausgeber der linken Zeitschrift konkret. Noch vor der Radikalisierung und Ideologisierung der 68er sagte er sich von sozialistischem und kommunistischem Gedankengut los und wurde zum erbitterten Kritiker des Linksextremismus und des daraus erwachsenen Terrorismus. Röhl wird künftig regelmäßig für die PAZ Gastbeiträge schreiben - jeweils in der dritten Folge des Monats auf Seite 8.

(BV)? Dieses Prädikat und damit die Einweisung in ein KZ konnte einen Kriminellen im Dritten Reich schon bei drei wiederholten Straftaten treffen. Die Männer mit dem grünen Winkel dienten der SS oft als Kapos, waren aber ebenfalls Opfer, vom Tode bedroht.

Das Holocaustdenkmal wird noch in diesem Jahr fertig werden; am 10. Mai soll es der Öffentlichkeit übergeben werden, trotz des Streits um Degussa, deren Firmengruppe einst das Cyclon B lieferte und heute die Farbe zum Schutz der Stelen gegen Graffiti. Chemie bleibt Chemie. Unbehagen macht sich noch einmal breit. Das Mahnmal, „Kranzabwurfstelle“ nach Walsler, Schandmal und „Brandmal, das dem deutschen Volk aufgedrückt werden soll“ nach Rudolf Augstein, ist in Kürze fertiggestellt, gegen den demoskopisch ermittelten Willen der Bevölkerung und eine breite Minderheit des Bundestags - gigantisch und singular wie das Verbrechen, so singular und gigantomanisch ist das Denkmal geworden.

Die Riesenzahl, vier, fünf oder sechs Millionen unschuldiger Opfer,

mache die Riesendimension, drei Fußballfelder groß, zwingend, argumentieren die Initiatoren um Lea Rosh - und den Standort vor dem Reichstag.

Wo aber wird das Mahnmal für die 2,2 Millionen bei der Vertreibung ermordeten Ostpreußen, Danziger, Pommern, Schlesier und Sudetendeutschen stehen? Frauen, Kinder und Greise, unschuldig auch sie. Wo die Gedenktafel für die zwei Millionen von den Russen vergewaltigten Frauen? Geht es nach dem Verursacherprinzip, müßte die russische Regierung als Nachfolger des Sowjetstaats ihnen ein Mahnmal errichten. Vielleicht in Moskau auf dem Roten Platz? Platz wäre da genug.

Werden Deutsche einmal im Bundestag die Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Vertriebenen beantragen? Die Gruppe um Lea Rosh wird es nicht tun. In einer Fernsehdiskussion des Bayerischen Rundfunks stellte ich Frau Rosh die Frage: „Würden Sie auch ein Mahnmal für die mehr als zwei Millionen toten Vertriebenen unterstützen?“ Die Antwort war kurz und

kam wie aus der Pistole geschossen: „Nein.“

Glücklicherweise gibt es auch andere Stellungnahmen. Unter dem Eindruck der massenhaften ethnischen Vertreibung der Kosovo-Albaner war auch bei den Sozialdemokraten das Verständnis für das millionenfache Unrecht gewachsen, das die deutschen Vertriebenen erlitten haben. So erklärte Innenminister Otto Schily sich schon vor Jahren bereit, den Plan zu unterstützen, in Berlin ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu errichten, für das die CDU-Abgeordnete Erika Steinbach kämpft. Nehmen wir ihn jetzt beim Wort. Ein „Zentrum gegen Vertreibungen“, das zugleich eine Gedenkstätte wäre für über zwei Millionen ermordete deutsche Flüchtlinge. Wenigstens das. Nicht noch eine gigantomanische Bebauung auf dem Reichstagsgelände. Keine Aufrechnung von Toten gegen andere Tote, unschuldig Ermordeter gegen andere unschuldig Ermordete. Gegen das Vergessen. Eine würdige Stätte der Erinnerung, des Gedenkens - und der Forschung - als die bessere Alternative zu den zementenen und stählernen Monstern, Mahnmalen und Brandmalen.



Klaus R. Röhl: „Deutsche Tabus - Ungefragte Antworten“, Universitas, München 2004, geb., 240 Seiten, 16,90 Euro, zu beziehen über den PMD

Sicherheitspolitik auf hohem Niveau

Mitte Februar fand die diesjährige sicherheitspolitische Tagung des Studienzentrums Weikersheim in Verbindung mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Rommelkaserne bei Ulm statt zu dem Thema „Die Bundeswehr im globalen Einsatz“. Brigadegeneral a.D. Dieter Farwick, der Initiator und Leiter des Seminars, eröffnete es mit einem Überblick über die sicherheitspolitische Lage 2005. Oberst a.D. Bernhard Möschel, früherer deutscher Militärattache in Kairo und Peking, gab einen kenntnisreichen Überblick über Geschichte und Gegenwart des Nahen und Mittleren Ostens als der für die Zukunft entscheidenden Weltregion mit ihren enormen Öl- und Gasvorräten. Hier können sich die Konflikte der Zukunft entwickeln, wenn Rußland und China gegen ihre Einkreisung durch die USA Widerstand leisten sollten.

Professor Bernhard Friedmann, Präsident des Studienzentrums Weikersheim und früherer Präsident des Europäischen Rechnungshofs, behandelte die Europäische Union als Stabilitätsfaktor im weltpolitischen Zusammenhang. Die neue europäische Verfassung sieht erstmals eine Beistandsklausel für alle Mitgliedsstaaten vor, „sobald deren Gebiet angegriffen wird“, wobei die Kooperation mit der Nato unerlässlich bleibt. Deutlich sprach sich Prof. Friedmann gegen den EU-Beitritt der Türkei aus, der nicht im Interesse der EU wie auch nicht Rußlands liege.

General a.D. Götz Gliemerth, erster Nato-Kommandeur in Kabul, berichtete über seine Afghanistanenerfahrung, wo nicht nur die deutschen Soldaten hoch angesehen seien, sondern auch ein kleines Pflänzchen Hoffnung auf einen funktionsfähigen Staat keime. Hier werde zwar die westliche Demokratie nicht eins zu eins umgesetzt werden, jedoch bestehe Hoffnung auf eine moderne Demokratie islamischen Charakters. Ministerialdirektor Max Mundig vom Innenministerium Baden-Württembergs sprach über den Terrorismus als Herausforderung für eine integrierte Sicherheitspolitik, in der Polizei, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr und die zivile Gesellschaft mit ihren Institutionen zusammenwirken müssen. Nach dem Wegfall der früheren Grenzen zwischen Außen- und Innenpolitik durch den Terrorismus gewinnen Heimatschutz, Katastrophenschutz, Objektschutz und Luftsicherheit vor Terrorangriffen eine neue hohe Bedeutung.

Mit dem Referat von Leutnant Axel Kukuk, der zur Zeit an der Bundeswehr-Universität Hamburg studiert und Mitglied des Studienzentrums Weikersheim ist („Wie sieht ein junger Offizier die Bundeswehr?“) meldete sich die junge Generation zu Wort. Der Referent kritisierte die mangelnde Achtung vor dem Soldaten in der heutigen deutschen Gesellschaft sowie die häufig falsche Glanzbild-Werbung der Bundeswehr, die ein unrealistisches Bild des Soldatenberufs vermittelte und damit auch zu einer falschen Personalauswahl für die Bundeswehr führe. „Dennoch: Soldatendienst ist Ehrendienst. Die feste Entschlossenheit, deutsche Interessen zu schützen und die Freiheit unseres Volkes zu verteidigen, macht das Ethos unseres Dienstes aus.“ Das Referat führte zu einer lebhaften und auch kontroversen Diskussion unter den anwesenden Offizieren. K.H.

Gedanken zur Zeit:

Konservative Bekenntnisse

Von Wilfried BÖHM

Deutschland steckt derzeit in einer wirtschaftlichen und sozialen Krise, deren Ende nicht abzusehen ist. Fast 50 Prozent des erwirtschafteten Volkseinkommens geht durch die Hände des Staates, was bedeutet, daß jeder Bürger knapp die Hälfte des Jahres für die Leistungen des Staates arbeiten muß. Ein solcher Staat lebt auf Kosten der folgenden Generationen, der Kinder, Enkel und Urenkel, und, das bei dem schlimmen Zustand der Familien, die mit Scheidungsrekorden und Degeneration zum Single-Dasein aufwarten.

Deutschland wurde trotz dieser sich immer mehr abzeichnenden inneren Entwicklung über Jahrzehnte als Motor der Europäischen Union ausgenutzt und ist nach wie vor deren wichtigster Finanzier, obwohl es mit dieser Aufgabe mittlerweile überfordert ist. EU-Netto-Empfänger, an der Spitze Spanien, machten und machen sich über viele Jahre ein schönes Leben auf Kosten der deutschen Steuerzahler. Obwohl der sogenannte Stabilitätspakt von Deutschland seit drei Jahren nicht mehr eingehalten werden kann, soll nunmehr mit zusätzlichen finanziellen Leistungen Deutschlands an die EU-Kasse verhindert werden, daß die immensen Strafzahlungen für diese Verstöße gegen den Pakt fällig werden. Wer erinnert sich schon noch daran, daß dieser Pakt ursprünglich der Trick war, mit dem

Kohl und Waigel den Deutschen den Verlust ihrer starken D-Mark schmackhaft zu machen versuchten.

Infolge dieser wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ist das Vertrauen der Bürger in die Politik zusammengebrochen. Das gilt auch für den Bereich der Bildungspolitik, denn obwohl alle Politiker vom Bundespräsidenten bis zu den fast 2.000 Landtagsabgeordneten nicht müde werden, die Bildung als Schlüssel zur Zukunft und das wichtigste Kapital zu bezeichnen, verheddern sie sich immer wieder im Gestrüpp des Föderalismus.

Der konservative Philosoph Günter Rohrmoser hat unlängst mit seinem neuen Buch „Kulturrevolution oder Niedergang?! Sozialstaat - Bildung - Kultur“ (Gesellschaft für Kulturwissenschaft, Bietigheim / Baden, 2005) überzeugend darauf hingewiesen, daß die Tiefendimension aller gesellschaftlichen und politischen Prozesse die Kultur ist. Das deutsche Nachrichtenmagazin Spiegel veröffentlichte einen 40 Seiten starken Bericht „Gewalt in der Schule“ und verwies darin auf das Beispiel des französischen Staatspräsidenten Mitterand, der vor einigen Jahren mit Blick auf die Verwahrlosung in den französischen Schulen eine Schulreform durchgesetzt habe. Mitterand habe die Wiederherstellung der Autorität des Lehrers ebenso verlangt, wie die Durchsetzung von

Ordnung und Disziplin. Man müsse begreifen, daß Lernen auch Arbeit bedeute. In Deutschland, so Rohrmoser, würden solche Forderungen einen aufgeregten Sonderparteitag der Grünen herbeiführen, der Zeter und Mordio schreie über „Rückfall in autoritär-repressive Zeiten“ und die Verwandlung der Schulen in eine „antidemokratische Anstalt“. Die sogenannte „Kulturrevolution der 68er“ habe keinen Fortschritt der Demokratisierung Deutschlands gebracht, sondern führe mehr und mehr zum Zweifel an der Demokratie selbst. Ihre Hintergrundphilosophie von Marcuse bis Habermas habe in die Irre geführt. Der seit den letzten 30 Jahren herrschende Zeitgeist sei zu einem Zeitgeistdogma mit verheerenden Folgen geworden. „Kultur“ aber heiße im Grunde genommen „Lebensweise“. Darum sei jeder Mensch ein ethisches Wesen. Ohne Ethik sei kein Mensch, am wenigsten in unserer modernen Massengesellschaft, überlebensfähig.

Deutschland sei ein postchristliches, sich immer mehr entchristlichendes Land. Globalisierung bedeute unter diesem Gesichtspunkt nicht nur, daß wir wirtschaftlich mit allen anderen Systemen der Welt konkurrieren, „sondern es konkurrieren die Systeme selbst, kulturell, religiös, geistig, ökonomisch und politisch. Wir sind nicht mehr in der Lage, uns die Gesellschaft auszusuchen, die wir gerne möchten, sondern wir werden gezwungen, die

Gesellschaftsform zu entwickeln, mit der die Chance verbunden ist, in dem weltweiten globalisierten Wettbewerb mit- und durchzuhalten.“

Ein Blick nach Amerika zeige, daß dort auf den Werten Religion, Nation, Familie und ein zur Selbstbehauptung mächtiges Amerika eine geistige Revolution mit fast fundamentalistischen Zügen stattfindet.

Die politische Klasse Europas reagiere entsetzt, richte sich doch die amerikanische Entwicklung gegen den Gesamttrend, der sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa durchzusetzen beginne.

Der Fall Buttiglione habe klar gemacht, daß ein Katholik, der die bald tausend Jahre in der katholischen Kirche selbstverständlichen Thesen lebe und vertrete, deswegen für das Amt eines Kommissars „ungeeignet sei“, weil diese Auffassungen nicht dem Lebensmodell des SPD-Abgeordneten Schulz entsprechen, von dem dieser möchte, daß es sich in

Lernen bedeutet Arbeit, doch diese Erkenntnis ist vielen zu autoritär

Europa durchsetze. So werde tausendjährige europäische Kultur an den Rand gedrängt, andererseits aber der bevölkerungsreichste islamische Staat in die EU hereingelassen.

Rohrmosers konservative Bekenntnisse sind ein wichtiger Beitrag zur Diskussion um die Zukunft Europas.

Deutschland ist mit der Aufgabe des Finanziers der EU überfordert

Die »Liquidierung der Kulaken als Klasse«

Vor 75 Jahren erschien Stalins *Prawda*-Artikel »Der Rausch des Erfolges« / Von Manuel RUOFF

Stalins Ideologie unterschied sich von jener Trotzki vor allem in der Annahme, daß der Aufbau des Sozialismus in einem Lande möglich sei und es keiner Weltrevolution bedürfe. Sollte dieses wirklich so sein, so setzte dieses einen unheimlichen Industrialisierungsschub in Rußland voraus. Gemäß der marxistisch-leninistischen Lehre folgt dem Feudalismus der Kapitalismus. Dabei löst die Arbeiterschaft die Bauernschaft als zahlenmäßig größte Gruppe ab, um dann schließlich mit der sozialistischen Revolution die Macht im Staate zu übernehmen. Zum Zeitpunkt der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hatte Rußland hinsichtlich seiner Produktionsverhältnisse, seiner Bevölkerungsstruktur, seines Unterbaus, seines Seins noch nicht einmal den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus abgeschlossen. Die bürgerliche Februarrevolution lag erst wenige Monate zurück. Rußland hatte also einen gewaltigen Nachholbedarf, wollte es den Unterbau dem Überbau anpassen. Es mußte Resteuropa nicht nur einholen, sondern überholen.

Derartige ideologische Überlegungen mögen für Stalin jedoch sekundär gewesen sein. Noch in den 20er Jahren soll er auf einer Versammlung in einer Replik auf Trotzki von einem Zwischenrufer mit dem bezeichnenden Rat unterbrochen worden sein: „Halt ein ... Überanstreng dich nicht! Die Theorie ist nicht dein Feld.“ In der Tat war der Generalsekretär der KPdSU (B) eher Praktiker, Pragmatiker und vor allem Machtmensch. Es gab jedoch auch machtpolitische Gründe, die einen Industrialisierungsschub notwendig erscheinen ließen. Beim Aufbau des Sozialismus in einem Lande mußte davon ausgegangen werden, daß sich dieses Land bis auf weiteres in einem kapitalistischen Umfeld bewegte. Um in einem solchen mehr oder weniger feindlichen Umfeld längerfristig bestehen und seine Unabhängigkeit wahren zu können, schien es notwendig, eine eigene leistungsfähige Industrie zu entwickeln.

Der Sprung vom Agrar- zum Industriestaat schien also in vielerlei Beziehung vonnöten. Wofür die bereits durchindustrialisierten Großmächte des Westens ein Vielfaches an Zeit benötigt hatten, sollte nun in Rußland innerhalb von Jahrzehnten nachgeholt und möglichst auch noch

Wenn in diesen Tagen von offizieller oder offiziöser Seite die Sprache auf die Verbrechen der Roten Armee in Deutschland kommt, dann doch regelmäßig mit dem Verständnis heischenden Hinweis, daß es sich dabei um eine Reaktion auf deutsche Verbrechen in der Sowjetunion gehandelt habe. Dieser Versuch, Stalin auf Kosten Hitlers zu entlasten, wäre zweifelsohne überzeugender, wenn nicht vor der Eroberung Ost- und Mitteldeutschlands durch die Rote Armee schon Millionen wehrlose Zivilisten anderer Nationalität dem Stalinismus zum Opfer gefallen wären. Dazu zählen Bewohner anderer von der Roten Armee erobert Gebiete ebenso wie jene Angehörigen des „Sowjetvolkes“, die bereits vor dem Zweiten Weltkrieg Stalins sogenannter Revolution von oben zum Opfer gefallen sind, die der rote Diktator stets für sein größtes Verdienst um die Sache des Kommunismus erachtet hat und die nach seinem eigenen Urteil mehr Menschenleben gekostet hat als die Oktoberrevolution und der nachfolgende Bürgerkrieg zwischen „Roten“ und „Weißen“ zusammen.

Ernst Nolte hat die Bedeutung der bolschewistischen Verbrechen an der eigenen Bevölkerung sogar derart hoch eingeschätzt, daß er den Spieß umdrehte. Statt wie üblich sowjetische Verbrechen (in Deutschland) auf NS-Verbrechen zurückzuführen, führte er NS-Verbrechen

übertröfen werden. Das schien nur mit der Anwendung von Zwang möglich, und so bildet die Zwangsindustrialisierung den einen Teil der von Stalin durchgeführten sogenannten zweiten Revolution nach der Oktoberrevolution. Den zweiten Teil bildete die Zwangskollektivierung.

Die Zwangsindustrialisierung führte zu einer großen Nachfrage der Staatsmacht nach landwirtschaftlichen Produkten. Zum einen galt es, das wachsende Industrieproletariat in den Städten zu versorgen. Zum anderen exportierte der Staat ungeachtet von Hungersnöten im eigenen Land einen Großteil der Agrarerzeugnisse ins Ausland, um mit den Devisen die Industrialisierung voranzutreiben und um mit Dumpingpreisen Nachbarstaaten zu destabilisieren. Anfänglich waren Rußlands Bauern bereit gewesen, dem Staat die gewünschten Mengen zu verkaufen. Das änderte sich, als sie merkten, daß dem für ihre Produkte erhaltenen Geld kein entsprechendes Angebot an sie interessierenden industriellen Gütern gegenüberstand. Das lag zum einen an der traditionell geringen Leistungsfähigkeit der russischen Industrie. Es lag aber auch an dem absoluten Vorrang, den Stalin dem Ausbau der Schwerindustrie einräumte, denn der kostete zwar immense Kräfte und Ressourcen, brachte aber zumindest kurzfristig keine

auf sowjetische (in Rußland) zurück. Entsprechend groß war die Aufregung, denn das war ein Tabubruch. So sehr die Political Correctness es gebietet, für die Verbrechen der Alliierten – sei es nun „Nemmersdorf“ oder „Dresden“ – Ursachen in der Politik der Kriegsverlierer zu finden, so sehr verbietet sie es, umgekehrt für die Verbrechen der Nationalsozialisten Ursachen in der Politik der Kriegssieger zu suchen – sei es die den Deutschen ihr Selbstbestimmungsrecht vorenthaltende Deutschlandpolitik der Diktatoren von Versailles, die wir in unserer Serie „Befreiung oder Niederlage oder was?“ aus Anlaß des Kriegsendes vor 60 Jahren beleuchten, oder seien es die in der Zwischenkriegszeit von der Sowjetmacht in Rußland verübten Massenmorde, die viele Deutsche (und nicht nur Deutsche) in den Nationalsozialisten das kleinere Übel sehen ließen im Vergleich zum Kommunismus.

Einen Höhepunkt erreichte der sowjetische Staatsterror gegen die eigene Bevölkerung vor einem Dreivierteljahrhundert mit der sogenannten Entkulakisierung. Nicht ohne Grund ging Günther Stökl so weit, diesen systematischen Massenmord als „die größte menschliche Katastrophe, die jemals einem Volk in Friedenszeiten von seiner eigenen Regierung bereitet worden ist“, zu bezeichnen.

ren Bauern appellierend, hoffte Stalin, die Landbevölkerung spalten und so leichter in die Kollektive führen zu können.

Am 27. Dezember 1929 kündigte Stalin vor Landwirtschaftsexperten den Übergang „von der Begrenzung der ausbeuterischen Tendenzen der Kulaken zur Liquidierung der Kulaken als Klasse“ an.

Während man jedoch den Kapitalisten über den Besitz an Produktionsmitteln definieren kann, ist das beim Kulaken nicht so leicht, denn seit der Oktoberrevolution besaßen auch ar-

me und mittlere Bauern Land. Auch über einen großbäuerlichen Wohlstand war der Kulak schwer zu definieren, da die hohen Steuern und Abgaben im Sowjetstaat zu einer Nivellierung auf niedrigem Niveau geführt hatten. Dieses führte zu der absurden Situation, daß in einer ukrainischen Ortschaft ein Mitglied der Entkulakisierungsbrigade von Vertretern einer am anderen Ortsende operierenden Entkulakisierungsbrigade als Kulak verhaftet wurde. Der Willkür waren Tür und Tor geöffnet.

Entsprechend groß war schließlich der Widerstand, und es kam staatlicherseits zu einem Rückzug. Vor 75 Jahren, am 2. März 1930, erschien Stalins *Prawda*-Artikel „Der Rausch des Erfolges“, in dem er den Beamten Übereifer vorwarf. Das Zentralkomitee blies noch im selben Monat ins selbe Horn. Nun wurde auf einmal kritisiert, daß „das Prinzip der Freiwilligkeit beim Kolchos-aufbau verletzt“ worden sei und „die Entkulakisierung manchmal einen Teil der Mittelbauern und sogar der Dorfarmen“ erfaßt habe. Dieser Rückzug war jedoch nur ein taktischer, und wie die Zwangskollektivierung ging auch die Entkulakisierung weiter.

Nach einer Verfügung vom 1. Februar 1930 waren „alle notwendigen Maßnahmen im Kampfe gegen das Kulakentum anzuwenden, einschließlich der vollständigen Konfiszierung des Vermögens der Kulaken und deren Aussiedlung aus dem Gebiet der einzelnen Rayons und Provinzen“. Die Enteignung und Vertreibung unschuldiger Zivilisten hat im Bolschewismus also durchaus Tradition.

Nach Hans von Rimscha wurden zwei bis drei Millionen Kulaken und sogenannte Kulaken entweder deportiert oder als „Konterrevolutionäre“ sofort liquidiert, was häufig auf dasselbe hinauslief, da die Rahmenbedingungen der Deportationen so unmenschlich, um nicht zu sagen mörderisch gestaltet wurden, daß die Deportierten großen teils umkamen. ■



Kulaken vor der Deportation in Zwangsarbeiterlager: Auf den mitgeführten Transparenten steht Stalins Forderung nach der „Liquidierung der Kulaken als Klasse“.

Foto: Ullstein

Deportation und Exekution hatten häufig das selbe Ergebnis

Wie ein Kriegsverbrechen zur Katastrophe wurde

Vor 60 Jahren wurde ein Drittel der Einwohner Pforzheims bei einem Großangriff der britischen Bomberflotte getötet

Die badische Stadt Pforzheim – ein Zentrum der Uhren- und Schmuckindustrie – wurde in der Nacht vom 23. zum 24. Februar 1945 Ziel eines Großangriffs der britischen Bomberflotte. Das Ergebnis waren die völlige Zerstörung dieser mittelgroßen Stadt und mehr als 20.000 zu Tode gekommene Zivilpersonen. Ein Drittel der Einwohner Pforzheims – Säuglinge, Kinder, Jugendliche, Frauen, Mütter, Greise – verlor in dieser Nacht das Leben.

Der Angriff auf Pforzheim war ein Kriegsverbrechen. Er wurde zur Katastrophe für die Menschen in der Stadt, da während und nach der Bombardierung der gefürchtete Feuersturm aufkam. Pforzheim brannte flächendeckend auf einem Gebiet von 4,5 Quadratkilometern. Auch in Hamburg, Kassel, Dresden und einem knappen Dutzend weite-

rer Städte entstand der gefürchtete Feuersturm nach der Bombardierung.

Dieser Feuersturm konnte zwar planerisch durch den Abwurf großer Mengen Brandbomben angestoßen werden, die tatsächliche Ausbreitung eines Höllenfeuers am Boden hing jedoch von vielen örtlichen Zufällen ab. Jörg Friedrich schreibt: „Beim Feuersturm paart sich menschliche Vernichtungswut mit dem Vulkanismus der Natur.“ (Der Brand, 2004, Seite 109).

In England waren während des Krieges Dutzende Wissenschaftler damit beschäftigt, die theoretischen Grundlagen für die gezielte Produktion eines Feuersturmes zu ermitteln. Den Briten war der Feuersturm eine willkommene Zugabe zum

Zerstörungswerk der Bomben. Der Feuersturm entwickelt sich, wenn viele kleine Brandherde der bombardierten Stadt sich zu einem Großfeuer vereinen. „Die erhitzte Atmosphäre schießt wie ein Riesenkamin nach oben. Die längs dem Erdboden nachströmende Luft er-

richtung des menschlichen Lebens. Er ist das Fegefeuer der Moderne. Ein entstandener Feuersturm läßt die Opferzahlen in den fünfstelligen Bereich hochschnellen, in Dresden war sie aufgrund der dortigen Menschenkonzentration sechsstellig.

Ein einmal in Gang gekommener Feuersturm vernichtet gewissermaßen dreidimensional menschliches Leben. Durch die Erhitzung der Atmosphäre auf 1.000 Grad Celsius ist kein Überleben möglich. Die Windgeschwindigkeit im Brandgebiet beträgt 15 Meter pro Sekunde. Damit einher geht ein Luftzug, der die Menschen buchstäblich in die Feuerbrunst hineinzieht. Der Luftstrom erlaubt kein Gehen oder Stehen, gleich einem Transportgebläse werden die Menschen in den Brandherd befördert.

Den Briten war der Feuersturm eine willkommene Zugabe zum Zerstörungswerk der Bomben

zeugt den Feuersturm, der wiederum die kleinen Brände zur vollen Entfaltung bringt.“ (Der Brand, 2004, Seite 109).

Der Feuersturm entfacht Temperaturen von über 1.000 Grad Celsius und er gilt ausschließlich der Ver-

Darüber hinaus fehlt der stark erhitzten Luft der für das menschliche Leben notwendige Sauerstoff.

In Pforzheim wurde jeder dritte Einwohner in dieser Schreckensnacht Opfer des britischen Bombenterrors. Die militärische Niederlage des Deutschen Reiches war bereits besiegelt. Das Verbrechen von Pforzheim hat den Zweiten Weltkrieg nicht einen einzigen Tag eher zum Ende gebracht.

Der britische Luftwaffenoffizier Swales, in jener Nacht Führungsnavigator des britischen Bomberverbandes, erfüllte seine Aufgabe exzellent. Dies war eine von mehreren Voraussetzungen für die Entstehung des Feuersturmes. Beim Rückflug wurde er durch einen deutschen Nachtjäger abgeschossen. Er erhielt posthum das Viktoriakreuz.

Wilhelm v. Gottberg



Venezuelas Staatschef Hugo Chavez (r.) mit seinem großen Vorbild Fidel Castro: Stück für Stück wird in Venezuela den Bürgern ihre Freiheit genommen und die Opposition ausgeschaltet. Foto: Reuters

Schwelbrand in der Karibik

Kubanisierung Venezuelas auch für Europa nicht ohne Folgen / Von Jürgen LIMINSKI

Zwei Dinge weiß man über Venezuela: Dort gibt es viel Öl und guten Rum. Und das genügt den meisten Außenpolitikern. Wenn dann noch irgendwie Wahlen abgehalten werden, das Land ordentlich aus Europa importiert, seine Schulden bezahlt und die Lage auch ansonsten stabil erscheint, dann bleiben im Kurzzeitgedächtnis nur noch Faß und Flasche. Ein verhängnisvoller Irrtum. In Venezuela braut sich eine Krise zusammen, die über kurz oder lang auch die Märkte in Europa in Mitleidenschaft ziehen dürfte.

Der neue alte Präsident Hugo Chavez hat einen Masterplan. Er eifert seinem Idol Fidel Castro nach und will das Land in eine kommunistische Diktatur verwandeln, die sich im Namen der Befreiung - in Lateinamerika geschieht das immer im Namen des historischen Unabhängigkeitshelden Simon Bolivar - auf die gesamte Region erstreckt, also auch Kolumbien, Peru und Bolivien umfaßt und sich über die neuen Linksregierungen in Brasilien und Argentinien de facto über den ganzen Subkontinent erstreckt. Das mag vermessen erscheinen. Aber Chavez hat Geld, viel Geld. Allein im vergangenen Jahr hat Venezuela für 24 Milliarden US-Dollar Öl nach Nordamerika exportiert, die Tagesproduktion beläuft sich auf drei Millionen Barrel, das sind fast so viel wie in Saudi-Arabien. Der staatliche Ölkonzern Citgo verfügt über 14.000 Tankstellen in den USA und ist der zweitgrößte Zulieferer in den Vereinigten Staaten.

Auch das Muster für die „bolivianische Revolution“ ist bekannt. Man sichert zunächst die Grundbedürfnisse der Bevölkerung - Ernährung, Gesundheit, Bildung - schränkt sodann die Freiheiten ein und exportiert schließlich von einer soliden Diktatur aus die Revolution. So geschieht es: Chavez kauft das Volk mit zinslosen Krediten für Autos, Möbel, Konsumgüter, kubanische Experten, vor allem medizinisches Personal, verteilen in Ambulanzstationen Medikamente und fangen jetzt auch damit an, das Bildungspersonal zu indoktrinieren. Mehr als tausend venezolanische Lehrer haben bereits Kurse auf Kuba absolviert. Ein nächster Schritt könnte das Abwürgen oder Konfiszieren der katholischen Schulen sein. Fernsehen und Radio sind weitgehend gleichgeschaltet. Die einzige Opposition sind Teile der Presse und die katholische Kirche. Ihre Glaubwürdigkeit ist dem Regime ein Dorn im Auge. Führende Bischöfe werden abgehört und beschattet. Auch anonyme Drohungen und offene Beschimpfungen sind keine Seltenheit mehr. Funktionäre schüren offenen Haß gegen alles Geistliche. Bisher haben sich aus Europa nur die Adenauer-Stiftung und die internationale Hilfsorganisation Kirche-in-Not der Kubanisierung und schleichend wachsenden Diktatur in Venezuela zugewandt, das außenpolitische Establishment in Brüssel, Berlin, Rom, Paris und

London schläft den Schlaf der Selbstgerechten. Der Export der Revolution geschieht über die bereits vorhandene Guerrilla-Infrastruktur in Kolumbien. Als die von den USA im Krieg gegen Terroristen und Drogenmafia unterstützte kolumbianische Regierung jüngst einen Guerilla-Führer aus Venezuela entführen ließ, kam es zur diplomatischen Krise. Es wurde ruchbar, daß Venezuela den Drogenterroristen als sicheres Hinterland dient und von dort aus Operationen plant und durchführt. Washington hält sich zurück - noch. Aber die Verbindung Petrodollars-Drogen-Terror-Ideologie hat aufhorchen lassen. Sie enthält viel Sprengkraft für die Ölmärkte, mithin für den Ölpreis. Das zwingt zur Vorsicht. Wegschauen aber ist keine Lösung; erst recht nicht die von Spanien propagierte Appeasementpolitik gegenüber Kuba. Europa, insbesondere Deutschland, hat viel Prestige in Lateinamerika. Das könnte man bei der Eindämmung des Revolutionärs Chavez in die Waagschale werfen, bevor es zu spät ist und das Jammern über den Ölpreis alles übertönt.

Auf der Suche nach Schuldigen

Nach der Ermordung des früheren libanesischen Ministerpräsidenten richten sich alle Aggressionen gegen Syrien

Die Ermordung des früheren libanesischen Ministerpräsidenten Hariri wirkte wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Die Reaktionen hingegen passen in bekannte Muster: Die USA bezichtigen Syrien der „Destabilisierung“ des Libanon und fordern einen sofortigen Abzug der syrischen Truppen. Damit steht Syrien als Schuldiger da - vor einer Weltöffentlichkeit, die viel zu wenig weiß, um das Spiel durchschauen zu können.

Tatsache ist zwar, daß Hariri - lange Zeit ein Schützling Syriens - zuletzt einen Abzug der Syrer verlangt hatte, doch das wäre ein allzu durchsichtiges Tatmotiv. Und zur Frage „cui bono?“ - „wem nützt es?“ - steht fest, wem es keinesfalls nützt: Syrien kann schon allein aus ökonomischen Gründen kein Interesse an

der Destabilisierung des Nachbarlandes haben. Zieht Syrien jetzt ab, flammen alte Konflikte wieder auf - wenn nicht von selbst, dann um sie den Syrern in die Schuhe schieben zu können. Bleiben die Syrer, fällt es um so leichter, das anzuzetteln, was ein „Eingreifen“ rechtfertigt.

Vergessen scheint, wie es überhaupt zur syrischen Präsenz in dem von Frankreich geschaffenen Kunstgebilde Libanon kam: Es waren libanesischen Christen, die 1976, bald nach Beginn des Bürgerkriegs, die Syrer zu Hilfe riefen. Nach der israelischen Invasion 1982 und den Massakern, die christliche Milizen unter der Ägide von Ariel Sharon in den Palästinenserlagern Sabra und Schatila verübten, wechselte Syrien allerdings die Seiten. Mußte es wohl.

Beendet wurde der libanesischer Bürgerkrieg durch den Plan von Taif 1989. Abgesegnet von Arabischer Liga und Uno besorgten arabische Truppen die Entwaffnung der Milizen, wobei Syrien das Hauptkontingent stellte. Die syrische Präsenz von 40.000 Mann wurde allmählich auf heute 14.000 Mann reduziert, die aber nicht im ganzen Land verteilt, sondern in einem begrenzten Gebiet stationiert sind. Daß die Uno voriges Jahr den völligen Abzug verlangte, ist wohl nur als Demutsgeste Richtung USA zu werten - man kann eben nicht immer nur aufmucken.

Unbestreitbar ist, daß der libanesischer Unmut über die syrische Präsenz deutlich zunimmt. Wer will schon fremde Truppen im Land - nämlich solche, die kein Geld aus-

geben und keine „Arbeitsplätze sichern“. Und sicher nützt Syrien seine Position auch zum eigenen Vorteil. Und daß die libanesischer Regierung und Staatspräsident Lahud prosyrisch sind, hat ebenfalls nicht nur sicherheitspolitische Gründe: Bestimmte Klans profitieren mit - und andere nicht, daher deren Frust.

Entscheidend für den Stimmungswandel in der Bevölkerung ist aber, daß es heute eine sehr große Zahl syrischer Gastarbeiter gibt, die für Niedrigstlöhne arbeiten - und Arbeitsplätze wegnehmen. Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Fremdenfeindlichkeit - das klingt ja irgendwie vertraut. Bei einem Abzug der Truppen würde es wohl auch zu Ausschreitungen gegen syrische Zivilisten kommen.

Wie pharisäisch die weltweite Desinformations-Kampagne ist, zeigt sich auch daran, daß das Regime in Syrien zwar autoritär - aber keineswegs repressiver ist als das vieler sogenannter guter Freunde der USA. Die Armee ist miserabel bezahlt, das Material ist hoffnungslos veraltet, und von „Massenvernichtungswaffen“ kann erst recht keine Rede sein. Die herrschende Baath-Partei (arab. „baath“ = Wiedergeburt, Erneuerung) ist eine weltliche Partei, national und sozialistisch, aber nicht marxistisch-atheistisch. Jede Änderung des Systems würde zudem die Lage der Christen (etwa acht Prozent) verschlechtern - wie das jetzt im Irak der Fall ist und wie es im Libanon der Fall wäre, falls „Demokratie“ den religiösen Proporz ablösen sollte. Richard G. Kerschhofer

Leserreise: Kreuzfahrt mit MS COLUMBUS
 Kiel - Rügen - Danzig - Memel - St. Petersburg
 Pillau - Königsberg - Gdingen - Kolberg - Swinemünde
 Stettin - Kopenhagen - Kiel.

Rettung über die Ostsee 60 Jahre danach.
 Reisetermin: 22.07. - 03.08.2005

schon ab € 1.530,- p.P.

Wieder eine Leserreise von uns

Preußische Allgemeine Zeitung
 Das Ostpreußenblatt

Mit der MS COLUMBUS machen Sie nicht nur eine Reise - Helles Licht in dunklen Tagen. Eine Dank- und Wiedersehens - Kreuzfahrt mit MS COLUMBUS.

Planung und Moderation: Hans Georg Prager.
 2005 jährt sich zum 60. Male das „Unternehmen Rettung“, bei dem in der dramatischen Schluphase des Zweiten Weltkrieges über zwei Millionen Frauen, Kinder, Verwundete und zu allerletz auch vor sibirischer Gefangenschaft zu bewahrende Soldaten aus den noch zäh verteidigten Brückenköpfen in die Sicherheit des Westens gebracht wurden.

An diese humanitäre Glanzleistung wird diese Kreuzfahrt erinnern, die zu allen damaligen Einschiffungsplätzen der Ostgebiete führt. Jetzt im Frieden werden angesichts der bezaubernden Landschaften rings um die damaligen Kessel Versöhnlichkeit und Dankbarkeit stärker als alles andere sein. Der Dank gilt dem selbstlosen Einsatz der deutschen Handelsschiffahrt, der Kriegsmarine, der Luftwaffe/See und den seefahrenden Verbänden des Heeres.

Zu dieser Kreuzfahrt werden auch die damals an Bord deutscher Flüchtlingschiffe Geborenen gerne mitkommen, die dann 60 Jahre alt werden und sehr wohl einmal sehen möchten, wo sie damals im Leib ihrer verängstigten, erschöpften Mütter die rettenden Schiffsplanken erreichten. Zumeist setzte ihnen der Kapitän als zuständiger Standesbeamter den Schiffsnamen als zweiten Vornamen mit in die Geburtsurkunde.

Da ausnahmslos alle bedeutenden Einschiffungsplätze der damals zu Evakuierenden anlässlich der Kreuzfahrt angefahren werden, stehen erstmals seit 1945 auch Pillau und Königsberg gemeinsam auf dem Fahrplan eines Kreuzfahrtschiffes.

Der touristische Wert der Reise ist beträchtlich. Das Samland und das Ermland von Ostpreußen, die Kurische Nehrung, die Pommersche Schweiz, nicht zuletzt liebenswert wiederaufgebaute Städte wie Danzig, Kolberg, Stettin oder das in Rekonstruktion befindliche Elbing sind Grund zur Genugtuung. Die Schönheit des Doms zu Frauenburg oder die herrliche Schlösser-Route auf der dänischen Hauptinsel Seeland gehören zu den vielen Glanzlichtern dieser noch nie in solchem Zusammenhang veranstalteten Reise.

Ausführliche Information und Buchungen unter Kennwort „PAZ“ bei TUI Special Tours GmbH
 Info-Tel. 0421 / 322 68 - 80 oder - 82

Franz Werfel klärt über Armenier auf

Betr.: „Viel Ansehen verspielt“ (Folge 5)

Ein Wochenende ohne PAZ kann ich mir gar nicht mehr vorstellen. Schade, daß ich erst vor gut einem halben Jahr auf diese aufrichtige Zeitung aufmerksam wurde. Wenn der Genozid an den Armeniern aus dem Geschichtslehrplan gestrichen

werden soll, bietet es sich an, im Deutschunterricht Franz Werfels historischen Roman „Die 40 Tage des Musa Dagh“ zur Pflichtlektüre zu machen, zumal Werfel nach dem Erscheinen des Romans von den Machthabern des Dritten Reiches aus der Preußischen Akademie der Künste ausgeschlossen wurde.

Horst Lindemuth, Weissach

Allein Fischer ist verantwortlich

Betr.: „Vaterschaften“ (Folge 4)

Die Urheberschaft des sogenannten „Volmer-Erlasses“ ist vollkommen belanglos. Verwaltungsgrundsatz ist: Der Behördenleiter verantwortet die Handlungen seiner Mitarbeiter. Somit ist Außenminister Fischer verantwortlich!

unter dieser sogenannten „Elite“ klar zu benennen. Der alliierte Bombenterror war Völkermord!

Das Machwerk von Justizministerin Zypries, den (hoffentlich wenigen) Frauen, die es ausnutzen wollen, ein hemmungsloses Sexleben auf Kosten wehrloser zahlungspflichtiger Männer zu sichern, fügt sich nahtlos ins Bild.

Wäre es übrigens abwegig zu vermuten, daß die Macher des „Volmer-Erlasses“, wer auch immer es nun sei, auch bei der Ostblockmafia kassiert haben könnten?

Joachim Ruhнау, Döttesfeld

Die Zielsetzung der sogenannten „Elite“ von „Rot-Grün“ liegt auf der Hand: Vom steuerzahlenden Volk bestens leben, aber die Substanz desselben vermittels Familienzerstörung, Überfremdung und Kriminellenimport zerstören. Nahtlos ins Bild paßt hier, daß es „Tabu“ ist, Wahrheiten

Diskussion um deutsche Opferrolle nicht gewollt

Betr.: „Mein Abschied von Königsberg“ (Folge 4)

Während eines Sommerurlaubs an der Nordsee fiel mir zufällig ein bereits 1997/98 herausgegebenes Buch mit dem Titel „Flüchtlingsland Schleswig-Holstein - Erlebnisberichte vom Neuanfang“ in die Hände. Beim Lesen stellte ich fest, daß der Inhalt noch heute allergrößte Aktualität besitzt. 104 ausgewählte Zeitzeugen berichten in diesem Band über ihre Ankunft in Schleswig-Holstein, ihre Unterbringung und die ersten Begegnungen mit der dortigen Bevölkerung. Schlimme und auch gute Erinnerungen wurden festgehalten.

Außerordentlich schätzenswert ist es, daß sich die Welle Nord des Norddeutschen Rundfunks und der Schleswig-Holsteinische Heimatbund in dem Ziel einig waren, diese Erinnerungen aus der frühen Nachkriegsgeschichte festzuhalten und an die jüngeren Generationen weiterzugeben. Solche lobenswerte und verständliche Zusammenarbeit würde ich mir auch vom Radio Berlin-Brandenburg (RBB) wünschen. Doch leider ist dies nicht der Fall.

Völlig unverständlich ist für uns Vertriebene die absurde Behauptung der Kulturstaatsministerin, Frau Christina Weiss, daß ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin den Frieden in Europa gefährden würde. Das ist reine Verleumdung; wir errichten mit unseren Kontakten und den wechselseitigen Gesprächen zwischen Menschen und Völkern in Europa Brücken der Verständigung und Versöhnung und fordern, Vertreibungen als Mittel der Politik künftig strengstens zu ächten. Ich stelle mir auch die Frage, wie es zu erklären ist, daß in der ehemaligen DDR für das völkerrechtliche Unrecht „Vertreibung“ bis heute der beschönigende Begriff „Umsiedlung“ benutzt wird.

subjektiv sei. Vor allem wolle man keine Diskussion um die Opferrolle der Vertriebenen, die in Zweifel zu ziehen sei, da die Vertreibung der Deutschen eben eine NS-Vorgeschichte habe. Damit werden offensichtlich die vorausgegangenen Vertreibungen in der Zeit der Weimarer Republik nicht zur Kenntnis genommen. Vielleicht sollen wir als Kinder Täter gewesen sein!

Mir fällt weiter auf, daß bei Projekten, bei welchen sich Wissenschaftler mit dem Thema „Ächtung von Vertreibungen“ befassen, keinerlei Menschen mehr hinzugezogen werden, denen dieses Unrecht selbst angetan wurde. So entsteht zwangsläufig der Verdacht, daß hier die Geschichte eine einseitige Sichtweise erhalten soll. Professor F. Boll aus Bonn stellte die Behauptung auf, daß die Darstellung der Zeitzeugen

Wo bleibt das Gewissen der Politiker und derzeitigen Verantwortungsträger, indem sie nicht alle wirksamen Mittel gegen Vertreibungen einsetzen? Appelle und Resolutionen reichen allein nicht aus! Die politischen Entscheidungsträger haben sich bereits heute wieder schuldig gemacht, in dem sie neue Vertreibungen in Serbien / Kosovo mit Toten zuließen. Nachahmungstäter werden durch unterlassene Handlungen sogar ermutigt.

Wir Betroffene betreiben gerade keine nationale Nabelschau! Wir kämpfen für ein friedliches Zusammenleben im „Haus Europa“.

Horst Höricke, Berlin

Man kann nicht alle Abgeordneten gleich bezahlen

Betr.: „An (Über-)Weisungen nicht gebunden ...“ (Folge 3)

Die Diskussion geht immer um den Artikel 48 Absatz 3 GG. Was heißt „angemessen“? Wer soll Abgeordneter werden, der in der Position weniger verdient als vorher?

Mitte). Ist auch keine Lösung. Ein Politiker hat ohnehin kaum Ansehen. Also müßte die Entwicklung dahin gehen, daß nur solche Leute dahin streben, die in ihren Zivilberufen weniger als ein Abgeordneter Gehalt („angemessen?“) verdienen.

lich auch in den Parlamenten vertreten werden? Geht das wirklich schon gegen den Willen des Wählers?

Wollen wir regiert und nicht dilettantisch verwaltet werden, brauchen wir Abgeordnete mit unterschiedlichen Einkünften.

Wie man das macht, darüber muß man nachdenken. Keiner gibt für die Politik sein erarbeitetes Lebensniveau in seiner gesellschaftlichen Stellung auf.

Jede kritische Betrachtung sollte man an der eigenen Person unter der kritischen Beurteilung des eigenen Leistungsvermögens messen.

Herbert Flocke, Steyerberg

Die Leistung eines gewählten Politikers, der im Parlament tätig ist, besteht in seiner möglichst hohen Grundkenntnis der Zusammenhänge.

Man kann nicht alle gleich bezahlen! In einer Fernsehdiskussion (NTV) sagte eine Dame vom Europaparlament, daß dort alle nach den Gehältern in ihren Ländern bezahlt werden (Polen 800 Euro, Italiener 13.000 Euro, Deutschland in der

Natürlich soll ein Politiker in der Position nicht allein Lobbyist sein. Aber in den meisten Fällen passen die Ideen zueinander. Als Aufsichtsräte kann man auch nur Köpfe und keine „Besitzer“ gebrauchen. Ganz abgesehen davon, daß bei Abstimmungen mit Fraktionszwang die „freie“ Meinung eingeschränkt ist.

Aber ist es falsch, wenn die Ansichten von Unternehmen letztend-

Deutsche Belange zur Chefsache

Betr.: „Ich habe nichts für die Flutopfer gespendet“ (Folge 2)

In letzter Zeit fordern etliche „Gutmenschen“, ebenso die Bundesentwicklungsministerin, Frau Wieselhuber-Zeul, im Hinblick auf die Hilfsaktionen für die Flutopfer in Südostasien, man dürfe nun auch nicht die Menschen in Afrika und Südamerika vergessen. Sie müßten gleichermaßen unterstützt werden. Die Armut in der Welt sei endlich zu halbieren. Woher aber das nötige Geld kommen soll, hat keiner von ihnen gesagt.

unseren Ostgebieten, von Wehrmachtshelferinnen und Rot-Kreuz-Schwester mit der gleichen Begründung, es sei kein Geld da, abgelehnt wurden und werden. Es ist als Skandal zu bezeichnen, den eigenen Landsleuten, die so viel Schweres durchstehen mußten, finanzielle Unterstützung zu verweigern, während immense Geldmittel für Projekte in aller Welt verteilt werden! In den zahlreichen „talk shows“ im Fernsehen ist dieses Problem bisher nicht angesprochen worden, wahrscheinlich, weil es der „political correctness“ zuwiderläuft. Mindestens die Opposition sollte sich dieses äußerst wichtigen deutschen Belanges annehmen und zur Chefsache machen. Es würde ihr zur Ehre gereichen!

Inge Schmidt und Dr. Hans Riemke, Hamburg

Beispielhafter Text der CDU/FDP

Betr.: „Front gegen Gedenken an deutsche Opfer“ (Folge 6)

Für jeden moralisch bestimmten Menschen waren die Bombenangriffe der Alliierten auf Berlin und andere deutsche Städte Kriegsverbrechen, weil sie sich vorrangig und oft sogar nur gegen die deutsche Zivilbevölkerung richteten. Die alliierten Flugzeuge flogen in unser Land, um Menschen zu töten, im geplanten Feuersturm verbrennen zu lassen.

Leid der Bevölkerung, den die Rote Armee von Ostpreußen bis nach Berlin zu verantworten hat.“

Dieser Text dürfte noch druckfrisch gewesen sein, da rollte schon eine Protestwelle von Jusos, Grünen, PDS, Jüdischer Gemeinde und anderen, um gegen die Gleichsetzung von NS-Opfern und Kriegstoten zu protestieren. Eine Berliner Zeitung meldete, daß 10(!) Jusos vor der Geschäftsstelle der CDU protestiert hätten, was die Frage aufwirft, wie viele Personen von den genannten Gruppen denn wirklich mit diesem ausgewogenen Text Probleme haben.

An der Gleichsetzung von NS-Opfern und Kriegstoten scheiden sich die Geister. Das christlich bestimmte Abendland steht gegen die Barbarei, denn vor Gott und nicht nur vor ihm, sind alle Opfer gleich. Unser christlich bestimmtes Denken und unsere Rechtskultur lassen für Tödt, Mord und Vergewaltigung keine Begründung zu.

Diana Nielsen, Berlin

Die Fraktionen von CDU und FDP in der Bezirksverordnetenversammlung des Berliner Bezirks Zehlendorf-Steglitz haben zu einer Feier am 8. Mai einen beispielhaften Text beschlossen: „Im Rahmen der Veranstaltung gedenkt das Bezirksamt der Verfolgten und Ermordeten des Nazi-Regimes, der Kriegsoffer, Flüchtlinge, Vertriebenen, geschändeten Frauen und der Opfer des sinnlosen Bombenkrieges.“ Der 8. Mai 1945 stehe „neben der Befreiung vom totalitären Nazisystem auch für den Schrecken und das

Wie Weimar

Betr.: „Viel Lärm um nichts“ (Folge 6)

Der Vergleich mit der Weimarer Republik ist nur treffend! Ich selbst vergleiche den Zustand Deutschlands schon seit Jahren mit dem um 1930. Und das tat auch schon Lafontaine (und wurde Gegenstand wilden Protests seitens Rot-Grün). Der Zustand ist der gleiche, nur die äußeren Umstände sind andere.

Peter Schwenzer, Madrid, Spanien

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwährend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Bis 26. Februar 2005 keine Preußische Allgemeine Zeitung verpassen!

Gewinnen Sie 1.000 Euro in bar oder einen von 50 attraktiven Buchpreisen.

Mitmachen und gewinnen!

- Suchen Sie das aktuelle Bildmotiv in der vorliegenden Ausgabe.
- Schreiben Sie auf Ihren Gewinnspielbogen, in welcher Rubrik und auf welcher Seite Sie das Bildmotiv gefunden haben.
- Lesen Sie die weiteren Ausgaben der Preußischen Allgemeinen Zeitung gründlich und finden Sie heraus, in welcher Rubrik und auf welcher Seite sich das gesuchte Bildmotiv befindet.
- Senden Sie Ihren vollständig ausgefüllten Gewinnspielbogen inklusive der ermittelten Glückszahl bis zum 12. März 2005 ein!

Preußische Allgemeine Zeitung
Kennwort: **Gewinnspiel**
Parkallee 86 · 20144 Hamburg

Wo verbirgt sich das Bildmotiv in dieser Ausgabe? Tragen Sie die Daten in Ihren Gewinnspielbogen* ein.

*in Folge 01/2005

Überraschend ernsthaft

Vor 50 Jahren starb der Maler und Graphiker Robert Budzinski

Es gibt in jeder Kunst und hier wiederum in jedem Ausdrucksmittel Grenzen, die einzuhalten sind, man kann einfach nicht alles ausdrücken, was man will, sonst gerät man in die Gefahr, sich selber zwar und einigen Freunden verständlich zu sein, ändern aber in Keilschrift zu schreiben oder in Telegrammzeichen“, hat Robert Budzinski einmal erkannt. Dem Maler und Graphiker, dessen 50. Todestages wir in diesen Tagen gedenken, war es gegeben, in seiner Kunst eine Sprache zu finden, die auch wir Heutigen noch verstehen.

„Im Jahre 1920 gab ich den berühmten und weitverbreiteten Ostmarkkalender heraus, zum erstenmal und gleich mit solchem Erfolg, daß mir 2.900 Stück davon zur eigenen Benutzung liegenblieben“, schrieb Robert Budzinski mit der ihm eigenen ironisch-heiteren Art 1929 in Westermanns Monatsheften über seine ersten schriftstellerischen Gehversuche. Und weiter: „Das Papier erwies sich zur praktischen Benutzung ungeeignet, war aber auf der einen Seite unbedruckt, so daß es förmlich nach einem Beschreiben schrie. Diese Arbeit übernahm ich denn auch, und sie artete aus zu obiger Schriftstellerlei mit einer dreimaligen Krisis, dargestellt durch die drei Bücher ‚Entdeckung Ostpreußens‘, ‚Kuri-neru‘ und ‚Der Mond fällt auf Westpreußen‘, Werke, die alle Aussicht haben, in die Weltliteratur einzugehen ...“

Nun, wenn sich diese sicher nicht ganz ernstgemeinte Prophezeiung auch nicht bewahrheitet hat, so sind vor allem diese drei Bücher von Robert Budzinski in den Herzen der Leser fest verankert, haben sogar immer wieder Neuaufgaben erfahren. Robert Budzinski war jedoch keines-

wegs nur der heiter-ironische Schilderer seiner Heimat, er war auch ein brillanter Graphiker und Illustrator und nicht zuletzt ein einfühlsamer Maler. Geboren wurde er am 5. April 1874 (nicht 1876 wie er später aus persönlichen Gründen sogar in Lexikonartikeln veröffentlichten ließ) in Klein Schläfen, Kreis Neidenburg. Seinen Beruf als Zeichenlehrer an einem Gymnasium in Westpreußen übte er nur kurze Zeit aus, um sich dann als freischaffender Künstler in Königsberg niederzulassen. Einige seiner Werke befanden sich in den Kunstsammlungen der Stadt Königsberg. Den Nachlaß des am 27. Februar 1955 in Marburg verstorbenen Künstlers pflegt heute das Universitätsmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Marburg / Lahn.

Nur wenige kennen Robert Budzinski als einen ernsthaften Künstler. Und gewiß, ein Schmunzeln ist stets zu spüren, liest man seine Bemerkungen über seinen Besuch der Königsberger Kunstakademie: „Infolge verschiedener Stipendien und Preise kam ich hier auf die kuriose Idee, ein großer Künstler zu sein; ich bildete meine Augen zum photographischen Objektiv aus, lotete und winkelte mit Begeisterung. Es war da ein alter Herr als Professor, er hieß Max Schmidt nur, aber er hat mir durch sein Menschentum viel gegeben, und es tut mir jetzt noch leid, daß ich ihm zehn Mark schuldig geblieben bin, denn er ist schon lange tot. ‚Wollen Sie eine Landschaft malen‘, sagte er zu uns, ‚so denken Sie, es ist ein Mädchen, das Sie heiraten wollen, sehen Sie die Landschaft des Morgens, Mittags, Abends, trübe, lachend, finster, von allen Seiten, dann setzen Sie sich hin und malen Sie.‘ Das ist ein sehr guter Rat. Fürs Heiraten und fürs Malen, und ich habe ihn deshalb nie befolgt ...“

Ernsthafter sind dann schon die Ausführungen zu werten, die Budzinski über die bildende Kunst und das Akademieleben niederschrieb: „Wir jungen Raffaele und Rembrandts studierten damals aufs sorgfältigste und eindringlichste vor allem die Form, kamen jedoch nicht hinter ihr Geheimnis, aber auf den neuen Kunstschulen gelingt das noch weniger, weil es überhaupt nicht erlernbar ist. Erst wenn man sieht, was nicht zu sehen ist, erfüllt, was nicht mit Fingern erreichbar, vergißt, was alle wissen, wiedergibt, was nicht gegeben ist, erst wenn man die Formen zerstören kann, um sie sich selber wieder aufzubauen, wenn man das Wollen nicht mehr will und das Können nicht mehr kann, erst wenn die verflucht geschickte Hand ungeschickt wird, erst dann kann es vorkommen, daß bei günstiger Gestirnstellung, und wenn man seiner selbst nicht mächtig ist, daß dann ein Strich, ein einziger sich formt, der etwas wert ist.“

Nahezu lyrisch wird Budzinski, als er beschrieb, warum er am liebsten Frauen und Blumen male, und zwar mit Aquarellfarben: „Das, was Blumen und Frauen haben, den weichen Glanz, die Perlmutterfarben, das Durchleuchten des Blutes, die schwimmenden Töne, Samttiefen, durchsichtige Halbschatten, schwebende Lichter, die Beseelung der Epidermis, das alles ist zum Ausdruck am besten vorbehalten der immateriellsten aller Farbenarten, der Wasserfarbe. Am besten noch, wenn der Malgrund, das Papier, fast unwirklich ist, dünn und durchsichtig; und am allerbesten, wenn ein solches Bildnis ‚bei Gelegenheit‘ entsteht, in dem Sinne, wie Goethe ein Gelegenheitsdichter war. Der Bildner kann sich ja nur ans Sichtbare, an die Oberfläche halten, die immer nur eine Bildung des Inneren, Unsichtbaren ist.“

Seine besondere Liebe aber galt der Druckgraphik – Holzschnitten, Lithographien oder Radierungen. Das Bearbeiten der Druckplatten faszinierte ihn geradezu – „das Beeseelen dieser mystischen, oft geheimnisvoll schimmernden Oberfläche, sie zum Sprechen zu bringen durch genaue Kenntnis ihrer Verwundbarkeit auf chemischen und physischem Wege, immerfort Neues, oft Überraschendes aus solcher Ebene herauszuholen, ihre Geheimnisse zu ergründen, alle Möglichkeiten durchzuprobieren und zuletzt – zur größten Einfachheit zurückzukehren“, schwärmte Budzinski begeistert. Worte, die erkennen lassen, mit welcher großen Hingabe und Könnerschaft der Künstler zu Werke ging, ein Künstler, der eben weitaus mehr war als der „Entdecker Ostpreußens“. Eine Ausstellung in Winsen (Luhe) zeigte im vergangenen Oktober eine Auswahl seines Schaffens. Freunde seiner Kunst hoffen auf mehr. **Silke Osman**



Robert Budzinski: Erwartung (Holzschnitt, 1922)

Foto: Archiv



Caspar David Friedrich: Neubrandenburg (Öl, um 1816 / 17)

Foto: Pommersches Landesmuseum

Reiche Sammlung

Gemäldegalerie im Pommerschen Landesmuseum

Im Juni wird es endlich soweit sein: Das Pommersches Landesmuseum in Greifswald wird als eine der wenigen Neugründungen des vergangenen Jahrzehnts feierlich eröffnet. Die aus sechs Häusern und vier Außenanlagen bestehende Einrichtung wird mit einer Feierstunde im Dom zu Greifswald dann endgültig der Öffentlichkeit übergeben. 1996 war es, als die Stiftung Pommersches Landesmuseum gegründet wurde, um pommersche Geschichte, Kultur und Kunst wieder mehr ins Blickfeld zu rücken. Bedingt durch die wechselvolle Geschichte des Landes hat man gemeinsam mit Partnern aus Polen und Skandinavien dieses Projekt angepackt. So wird man im Hauptgebäude eine landesgeschichtliche Dauerausstellung besichtigen können, die vom „pommerschen“ Saurier bis zum legendären Croy-Tepich allerlei Staunenswertes präsentiert.

Bereits im Jahr 2000 konnte als erstes Haus die Gemäldegalerie eröffnet werden. Weit mehr als 100.000 Besucher haben seither die Schätze bestaunt, die das Pommersches Landesmuseum zu bieten hat. Dort, wo früher Franziskanermönche beteten und dann Schüler in dicken Büchern lasen, sind heute hochkarätige Kunstwerke zu besichtigen. Der größte Teil der Bilder stammt aus

der Stettiner Gemäldesammlung; sie war im März vor 60 Jahren noch rechtzeitig nach Coburg ausgelagert worden und zuletzt im Rantzau-Bau des Kieler Schlosses zu sehen. Zu den Kostbarkeiten der Sammlung gehören Werke von Frans Hals, Jakob Philipp Hackert, Johann Heinrich Tischbein d. Ä., Philipp Otto Runge, Caspar David Friedrich, Adolph Menzel, Karl Blechen, aber auch von Max Liebermann, Max Slevogt und Vincent van Gogh oder Max Pechstein. Eine reiche Palette abendländischer Kunst.

„Es mag sein, wie es will, wenn ich ein schönes Gemälde oder eine Statue usw. sehen kann, laufe ich gern, so weit, wie ich nur soll, darnach, denn es ist doch etwas unendlich Liebenswertes in dieser schönen Kunst“, schrieb der Pommer Philipp Otto Runge 1797 an seine Schwester Maria. Und mag der Weg nach Greifswald für manche auch weit sein, schöne Gemälde gibt es dort allemal zu sehen. **OS**

Pommersches Landesmuseum, Mühlenstraße 15, 17489 Greifswald, Telefon (0 38 34) 83 12 0, Fax (038 34) 83 12 11, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, November bis April bis 17 Uhr, E-Mail: info@pommersches-landesmuseum.de, Internet: www.pommersches-landesmuseum.de

Auf Künstlerspuren durch die Hauptstadt

Ein ganz besonderer Berlinführer weist den Weg zu Wohn- und Wirkungsstätten bildender Künstler aus vier Jahrhunderten

Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin“, intonieren Fußballfans lautstark, um ihren Verein zu motivieren, das Endspiel des DFB-Pokals im Berliner Olympiastadion zu erreichen. So lautstark wollen wir unseren Lesern nun nicht zusetzen, am 21. / 22. Mai nach Berlin zu fahren, um am Deutschlandtreffen der Ostpreußen teilzunehmen. Dennoch soll der eine oder andere Hinweis die Reise nach Berlin „schmackhaft“ machen. Gewiß, die meisten werden dieses Wochenende nutzen, um alte

Freunde aus der Heimat wiederzusehen, vielleicht auch um Erfahrungen und vor allem Erinnerungen auszutauschen. Andere aber werden die Gelegenheit nutzen, das immer wieder neue Berlin zu besichtigen. Dazu werden sie den einen oder anderen Stadtführer zur Hand nehmen. Doch halt: Die Auswahl fällt schwer, zu viele Reiseführer sind derzeit auf dem Markt. Da gibt es Führer zu Kirchen, zu Friedhöfen, zu historischen Denkmälern, zu technischen Sehenswürdigkeiten, aber auch solche zu Knei-

pen und durch das Nachtleben. Es gibt kulinarische Führer und literarische und auch einen, der auf Künstlerspuren in Berlin vom Barock bis heute aufmerksam macht. So lautet der Titel einer Arbeit von Detlef Lorenz aus dem Dietrich Reimer Verlag, in der man zu den Wohn-, Wirkungs- und Gedenkstätten bedeutender, aber auch weniger bekannter bildender Künstler und Künstlerinnen geführt wird (506 Seiten mit 16 Abb., rund 2.500 Namen mit etwa 6.000 Ortsangaben, gebunden, 39 Euro).

Von der Adalbertstraße in Kreuzberg führt der Weg über den Kaiserdamm in Charlottenburg bis in die Zossener Straße mit der Künstlerkneipe „Leierkasten“ wieder zurück nach Kreuzberg. In knappen Texten schildert Lorenz die Geschichte der Häuser und ihrer Bewohner. Fakten, Kommentare, Zitate und kurze Anekdoten machen das Buch zu einer Fundgrube für alle Freunde der bildenden Kunst. Viele der Häuser sind durch Kriegseinwirkungen oder moderne Baumaßnahmen nicht mehr

vorhanden, wie etwa das Atelier von Lovis Corinth in der Klopstockstraße, wo sich heute die Häuser des Hansaviertels in die Höhe recken. Doch mit Phantasie wird man sich nach der Lektüre durchaus vorstellen können, wie es damals aussah. Schließlich ist auch nicht jedes alte Haus ein Denkmal. „Ein ‚Denk mal!‘ kann es aber doch allemal hervorrufen“, so Lorenz, wenn man liest, welcher Künstler dort einmal gelebt und gearbeitet hat. – Ein Lexikon-Schmöker, der Lust macht auf viel Berlin. **SIS**

Pausenspaß

Von Ingrid CAMBOU

In der Pause tat sich nichts, absolut nichts. Jeder kaute auf seinem Brot herum und hing schweigend seinen Gedanken nach, der Meister, die Gesellen und der Lehrling. Aber dann kam doch noch etwas Bewegung in die Frühstückspause. Der Altgeselle griff nach der Tageszeitung und blätterte darin herum. Dann sagte er zum Lehrling: „Sag mal, hast du eigentlich diese Woche deinen Lottoschein abgegeben?“

„Aber klar, den gebe ich immer ab.“

„Na ja, könnte ja sein, daß du das vergessen hast.“

„Das vergesse ich nie.“

„Hast du denn auch schon nachgesehen, ob du was gewonnen hast?“

„Nö, noch nicht.“

„Ich habe hier gerade die Lottozahlen, ich lese sie dir mal vor“, sagte der Altgeselle. Er las die Zahlen vor und der Lehrling wurde immer stiller und seine Augen immer größer.

Als der Altgeselle geendet hatte, sprang der Junge auf, hüpfte wie ein Irrwisch herum und rief: „Ich habe gewonnen! Ich habe sechs Richtige! Ich habe gewonnen!“

Schließlich gipfelte der Freudentaumel darin, daß er triumphierend rief: „Und ihr faulen Säcke könnt jetzt euren Dreck alleine wegräumen! Das hing mir schon lange zum Halse heraus, daß ich hier für euch alle den Diener machen mußte, arrogante Bande von Faulpelzen! Dauernd hieß es, räume mal das hier weg, mach hier mal sauber, hol mir mal Zigaretten, hol uns ein Bier, wir haben Durst, als ob ihr nicht selber Füße habt zum Laufen! Aber damit ist jetzt Schluss! Jetzt bin ich reich und ihr seid die armen Würstchen, jawoll! Und Sie, Meister ...“

Hier unterbrach ihn der Altgeselle. „Halt mal kurz an, Junge“, sagte er, „bevor du auch noch dem Chef die Meinung sagst und kündigst, will ich dir nur noch sagen, daß du deine Tippzettel nicht immer überall herumliegen lassen solltest.“

Er legte die Zeitung zusammen und zum Vorschein kam der Tippzettel des Lehrlings, vom dem der Altgeselle einfach alle Zahlen abgelesen hatte. Nur einer in der Runde grinste nicht ...

Tief versteckt in masurischer Weitaufigkeit stand irgendwo am Ortseingang das kleine Anwesen des Schusters Karl Buttgeit. Man konnte ihm nichts Besonderes zur Last legen, dem kleinwüchsigen Schuster, außer, daß er im Rücken nicht mehr ganz gerade war. Schon früh bekloppte er das Leder. Brachte ihm sein Fleiß auch Ansehen ein - Wohlstand brachte er ihm nicht. Fast täglich war in seinem Hause Schmalhans Küchenmeister. Das vergräme Gesichtchen seiner Angetrauten war daher hohlwangig und die Augen voller gehässiger Blicke. Selbst an beiden Kindern, ein Mädchen und ein Bube, waren höchstens die ewig verschnupften Nasen erwähnenswert.

Einzig die Kuh Martha gehörte auffällig ins Bild gerückt. Ihre Vorzüge würden Seiten füllen. Daher nur das Notwendigste: Die Kuh Martha besaß ein ausdrucksvolles, wenngleich auch etwas zu lang geratenes Gesicht. Dazu ein neugierig blickendes Augenpaar und ein dekoratives Gehörn, welches ihr sichernde Distanz garantierte. Selbst für das karge Überleben der ewig hungrigen Schusterfamilie fehlten der Kuh Martha nicht die erforderlichen Voraussetzungen. Tief unter ihr waren sie angebracht, und Schuster Buttgeit wußte auf wunderbare Weise den Mechanismus dazu in Gang zu setzen. Weiß und fettig rann es aus der Kuh Martha heraus.

Eines Tages aber, man getraut sich fast gar nicht, das Unglück zu erwähnen, verhielt sich die Kuh Martha äußerst ungewöhnlich. Stumm und reglos und so starr wie ein Holzbock stand sie auf ihrem Platz. Sie ließ auch nichts Grünes mehr hinter sich fallen, und das war allerhand. Immense Sorgen machten sich in der Schusterfamilie breit, und sie schickte deshalb um Hilfe aus. Die ließ nicht lange auf sich warten. Sie war von derber Gestalt, trug im Gesicht schwärzlichen Bewuchs und hieß mit Namen Wilhelm Stamphun. Diesem Wilhelm Stamphun eilte nun der Ruf voraus, daß seine Heilkraft bei niemandem an Grenzen stoße. Ganz gleich, bei wem er sie anwandte - ob bei Zwei- oder Vierbeinern. Vor Wilhelm Stamphuns Heilkraft kapitulierte sozusagen jegliches Leid.

„Barmherziger Gott, diese Kuh ist ja aufgepumpt wie das Luftschiff Graf Zeppelin“, stellte die schwarzbärtige Heilkraft schon nach weni-



Prächtiges Exemplar: Eine Kuh spielt eine nicht unwichtige Rolle in der Geschichte um einen ostpreußischen „Doktor Eisenbart“

Foto: Archiv

gen Augenblicken fest, „wahrscheinlich hat sie zuviel feuchten Klee gefressen. - Die Kuh wird diese Nacht nicht überleben.“ Der Schuster fragte leise: „Gibt es keine Möglichkeit ...?“ - „Diese Möglichkeit kostet einen blanken Taler“, erwiderte trocken die schnauzbärtige Heilkraft. „Oh je ... oh je!“ jammerte die hungrige Schusterfamilie im Chor. Ein blanker Taler war kein Pappenstiel, fand sich aber letztendlich doch.

„So!“ sagte die Heilkraft, „jetzt können wir anfangen. Schuster, halte den Kopf deiner Kuh ...“ Lang und fürchterlich spitz war das Werkzeug, welches Wilhelm Stamphun aus der Tasche zauberte, und inwendig so hohl wie ein abgestorbener Baum.

Blitzschnell und hartgesotten stach er damit der Kuh Martha in den Leib. „Riechst du, Schuster, wie jetzt der Tod aus deiner Kuh heraus strömt?“ fragte Wilhelm Stamphun zuversichtlich, „bald geht es ihr besser.“

Abends konnte der Schuster lange Zeit nicht einschlafen. „Bei uns hier in Masuren ist die Heilung keine gro-

ße Sache“, sagte er sich im Stillen, „meist hilft die Natur sich selber. Ab und an muß man auch schon mal nachhelfen, mit etwas Langem und Spitzen ...“ Und fast im gleichen Augenblick kam dem grübelnden Menschen seine Schusterahle in den Sinn. Dieses spitze Werkzeug, mit dem er die Löcher in das Leder stach. Sogleich faßte er einen verwegenen Plan. „Garantiert schmerzfreies Zähneziehen“ malte er schon früh am nächsten Morgen auf einen großen Pappdeckel. Den nagelte er wind- und wetterfest an seine Tür und wartete von Stund an auf das Kommende.

So, als ob das Schicksal sich selber zum Spott machen wollte, erschien eines frühen Morgens, heimlich und unbeobachtet, Wilhelm Stamphun. Mit dickgeschwollenem Gesicht und verweinten Augen war der Ärmste in die Schusterstube getreten. Offensichtlich war das Mysterium seiner Heilkraft an sich selber nun doch an Grenzen gestoßen. „Kannst du mir nicht den faulen Zahn reißen, Schuster? - Ich halte es schon kaum noch aus!“ Im nächsten Augenblick er-

schiene vor den Augen des Leidgeprüften auch schon die schwarzumrandeten Fingernägel des geschäftstüchtigen Schusters. „Das kostet aber einen blanken Taler, Wilhelm Stamphun.“ - „Was? - Einen Taler ...“ Ungerührt nickte der Schuster. „Na meinetwegen, fang endlich an!“ weinte der bitter geprüfte Mensch.

Derben Faden hatte der Schuster in Hülle und Fülle. Er knüpfte ein Ende des Fadens an den hohlen Zahn, das andere Ende zog er flink durch den eisernen Haken, an dem in besseren Zeiten auch schon mal Mettwürste und Räucherschinken gehangen hatten. „Wart's nur ab, gleich wirst du dich besser fühlen“, machte der Schuster Mut. Doch weit gefehlt, dieser wehleidige Mensch bekam größere Augen als zuvor. „Um Himmels willen, was versteckst du hinter deinem Rücken, Schuster? Schuster ... Schuster! Du elender ...!“ Weiter kam er nicht. Denn da hatte der Schuster mit der rechten Hand bereits gezogen, und mit der linken ...

„Au ... au ...!“ Wilhelm Stamphun schrie wie am Spieß, und damit hatte er gar nicht so unrecht. Nur der Schuster grinste über das ganze Gesicht. Seelenruhig putzte er an seiner Ahle, an der noch Reste von dickflüssigem Blut klebten. „Augenblicklich verlange ich den Taler zurück, Schuster! - Das war überhaupt nicht schmerzfrei, so wie du draußen geschrieben hast.“

Der Schuster grinste noch immer. „Wo hat es denn wehgetan?“ fragte er tückisch. „Wo ... wo! - Hier unten in der Hose hat es wehgetan. Da, wo du die Wurzel rausgerissen hast.“ „Häh ... hähhhh!“ höhnte der Schuster, „so eine lange Wurzel hat nicht mal das Krokodil. Und Zähne, die sitzen nun einmal im Mund. Von Schmerzen in der Hose war nie und nimmer die Rede, Wilhelm Stamphun. Dort unten habe ich nur etwas mit der Ahle gepiekt. So etwas lenkt ungemein von schmerzenden Zähnen ab. Hab ich nicht recht, Wilhelm Stamphun?“

Dieser spuckte indessen immer noch Blut in die Schusterstube. Ab und an aber auch reichlich Galle. Zu guter Letzt machte er sich dann aber doch ohne seinen Taler auf den Heimweg. Zwischendurch drehte er sich aber mindestens dreimal um. Schaute mit ungläubigen Augen zurück, als sei er einem bösen Traum entsprungen.

Der olle Kanopka und seine Babys

Von Gabriele LINS

In dem großen Werk war Kanopka „Mädchen für alles“, er hielt die Werkstatt sauber, fegte, klopfte Nägel und Dübel in die Wände und verkaufte Cola und Limo an die Kollegen. Ein Defizit in der Getränkekasse hatte er nie, das war bei Kanopka einfach nicht drin.

Manchmal wurden zerbrochene Flaschen in die Kästen geschmuggelt. Dann konnte man auf der großen schwarzen Tafel der Werkstatt folgendes lesen: „Heute Limo und Cola kosten 0,25 Euro mehr!“ Als dieser Satz das erste Mal auf der Tafel fällig war, hatte sich Kanopka treuherzig an den Vorarbeiter August Merker gewandt: „Schreib du das mal für mich auf Tafel. Komme aus Polen und kann so schlecht deutsch. Demm kennen Leit' sonst nicht läsen.“

Aber jeder wußte: Willi Kanopka konnte überhaupt nicht lesen und schreiben. Er hatte sechs Kinder und vier Enkel. Alle waren fröh-

lich, beliebt und beleibt. Auch die Schwiegereöhne und -töchter standen gut „in Futter“, das war anscheinend sowohl erblich als auch Tradition bei den Kanopkas.

Ein einziges Mal fiel ein Enkelkind aus der Reihe: Es war krank und schwächlich, als es zur Welt kam. „Das wird sterben“, klagte Rosi Kanopka, Willis Frau. Aber der war anderer Ansicht. Die Mutter des Säuglings putzte schon lange wieder den Schalterraum der Kreissparkasse, da lebte der kleine Stefan immer noch. Er wurde größer und allmählich auch runder. „Hab ihm alle zwei Stunden - tags wie nachts - gegäben Fitterung“, sagte Kanopka selbstzufrieden, „gemeinsam mit Frau, nu - un wie sieht aus demm Kleenen?“ - „Prächtig“, bestätigten die Nachbarn.

Willi wurde Pensionär. Nägel schlug er nicht mehr in die Wände ein. Das überließ er seinen Söhnen.

Als seine Rosi plötzlich starb, schlich er eine Zeitlang traurig umher, für niemanden ansprechbar. Doch nach einigen Monaten hatte er sich aufgerappelt. Ein neues Enkelkind lag im Körbchen. Wieder sah man Willi auf der Straße daherschleudern, den Kinderwagen schiebend, die unvermeidliche Zigarette gleich einem Clochard im Mundwinkel balancierend.

Das neue Baby hieß Patrick und war - wie konnte es anders sein - rundlich und mobil. Es ruderte mit den fleischigen Ärmchen durch die Frühlingsluft und glückte jeden freundlich an.

Opa Kanopka lächelte, hob sich auf die Zehen, um sein Gesicht in Augenhöhe der jeweiligen neugierigen Nachbarin zu bringen und rief: „Demm verwehn' ich. Is sich bästimm demm letzten!“

„Kanopka und sein Baby“, sagten die Leute und lächelten auch.

Bis der Kinderwagen eines Tages von einem Auto angefahren wurde. Kanopka hatte keine Schuld, der Fahrer war betrunken gewesen. Klein Patrick war aus dem Wagen und hoch in die Luft geflogen, hatte sich Gehirnquetschungen zugezogen und keine drei Stunden mehr gelebt.

Lange Zeit sah man nichts von Willi Kanopka. Es hieß, er sei ein bißchen wunderlich geworden.

Auf einmal war er wieder auf der Straße zu sehen, mit Kinderwagen. Er war gealtert, aber er hielt sich aufrecht und seine blauen Augen hatten ihren früheren Glanz.

„Mensch, Kanopka, das ist doch wohl nicht schon wieder ein Enkelchen?“ freute sich Nachbarin Erna Pollenbaum lautstark und stemmte die Arme in die Seiten. „Nä, nä!“ Willi nahm die Baskenmütze ab und rieb damit über seinen fast kahlen Kopf. Dann zeigte

er auf das schwächliche Kerlchen im Kinderwagen. „Sieht vielleicht aus wie'n Kanopka? - Nu, demm is Sohn von Türk in Jehtestraße, heißt Sebattakin.“

Der Kleine war drei Monate jung, als seine Mutter in die Klinik mußte, gerade als der Vater des Säuglings Kanopkas Nachfolge in der Werkstatt antrat. Wo sollte Sebattakin bleiben? Das Problem löste Kanopka, indem er kurzerhand das Kind als Enkelchen „adoptierte“.

Gerade beugte er sich in den Wagen hinein und blicke ernst auf das dunkelhaarige Häufchen Elend herab. „Demm krieg' ich auch noch jrrob und statlich, nich, demm verwehn ich, nu!“

Frau Pollenbaum hatte nichts Eiligeres zu tun, als die Neugierigkeit an die Frau zu bringen. Alles war in bester Ordnung. Kanopka hatte wieder ein Baby!

Glückwunsch

Brigitte Grothum 70 Jahre

Brigitte Grothum, eine der populärsten Fernseh- und Boulevardschauspielerinnen Deutschlands, begeht am 26. Februar ihren 70. Geburtstag. Durch Krieg und Evakuierung nach Berlin verschlagen, nahm die 1935 in Dessau geborene Mimmi Schauspielunterricht bei Marliese Ludwig, die auch Horst Buchholz, Harald Juhnke und Wolfgang Gruner die ersten Wege in den Ruhm ebnete. Sie debütierte auf der Bühne des Zimmertheaters in Berlin-Tempelhof, aber schon bald holten sich die großen Berliner Boulevard-Theater die „süße muntere Naive“. Während sie in ihren Anfangsfilmen wie „Reifende Jugend“, „Preis der Nationen“, „Der erste Frühlingstag“, „Lemkes sel. Witwe“ und „Mein ganzes Herz ist voll Musik“ das „liebe junge Mädchen“ war, stellte ihr Regisseur Bernhard Wicki in seinem Streifen „Das Wunder des Malachias“ ihre erste gewichtige Leinwandaufgabe. Das Fernsehen gab der Schauspielerin dann Gelegenheit in zahlreichen Rollen („Drei Damen vom Grill“) ihr komödiantisches Talent auszuspielen. Nach der Scheidung von dem Dirigenten Carl-August Bunte heiratete sie den Berliner Universitätsprofessor Manfred Weigert.



Brigitte Grothum: Schon in jungen Jahren ein Star
Foto: Nora Film

Brigitte Grothum: Schon in jungen Jahren ein Star
Foto: Nora Film
kai-press

Reporter mit spitzem Stift

Eine Ausstellung in Düsseldorf würdigt die Bedeutung der Zeichnung als Reportage

Immer wieder faszinierend und erstaunlich realistisch sind die Zeichnungen meist ungenannt bleibender „Künstler“, die Angeklagte, Zeugen und Kläger mit schnellen Strich aufs Papier bannen und so Zeugnis ablegen von dem Geschehen im Gerichtssaal. Was früher gang und gäbe war, kannte man doch noch keine Fotografie, geschweige denn elektronische Medien, ist heute nur noch zu sehen, wenn die Öffentlichkeit bei einem Prozeß ausgeschlossen wird. Überhaupt war die Zeichnung aus dem alltäglichen Leben früherer Zeiten nicht wegzudenken. Kaum eine Zeitung im frühen 20. Jahrhundert, die nicht Zeichner beschäftigte und sie wie Reporter zu spannendem Geschehen entsandte. Die Berliner Illustrierte Zeitung (BIZ) war einer der Vorreiter.

Egon Erwin Kisch umriß im Vorwort zu seinem Buch „Der rasende Reporter“ (1927) die Aufgaben eines Berichterstatters: „Der Reporter hat keine Tendenz, hat nichts zu rechtfertigen und hat keinen Standpunkt. Er hat unbefangene Zeuge zu sein und eine unbefangene Zeugnenschaft zu liefern ...“ Worte, die auch für die „Reporter mit dem Skizzenblock“ gelten. Genau zu beobachten, neugierig zu sein und unparteiisch – das war ihre Aufgabe. Selbst als die Fotografie aus den Kinderschuhen heraus war, zog man die Zeichnung vor. Die Reporter mit dem spitzen



Tatortzeichnung damals: Harmonisch komponiert wirkten diese Zeichnungen wie eine Darstellung bürgerlichen Lebens – allerdings mit einer Markierung, die eine solche Harmonie störte: der Position der Leiche. Heute geht es um die zentimetergenaue Abmessung der Abstände zwischen einzelnen wichtigen Fundstücken.
Foto: Julius Schlattmann / Katalog

Stift konnten nicht nur politische oder intellektuelle Zusammenhänge besser darstellen als die frühen Fotografien, sie waren auch überlegen, wenn es galt, Bewegungsabläufe zu zeigen. So waren auf den Genfer Völkerbundkonferenzen 1928 und 1932 der berühmte Fotograf Erich Salomon aus Berlin und der Pressezeichner Emil Stumpp gleichzeitig am Werk. Und noch heute haben die Zeichnungen Stumpps mehr Ausstrahlung als die ganz gewiß auch

spektakulären Fotos von Erich Salomon.

Selbst heute traut man der Zeichnung oft mehr zu als der Fotografie, zumal im Zeitalter der digitalen Fotografie die Möglichkeiten des Fälschens geradezu ungeheuerlich sind. Die Zeichnung, „dieses chronisch unterschätzte Medium“, steht nun im Mittelpunkt einer Ausstellung, die, nachdem sie im Kunstverein Hannover gezeigt wurde, jetzt in

der Kunsthalle Düsseldorf zu sehen ist (bis 24. April; Katalog). Unter dem Titel „Taufahrten – Zeichnung als Reportage“ sind neben dokumentarischen Zeichnungen auch Mangabilder aus Japan aus der Zeit um 1850 und moderne Comics ausgestellt. Da sieht man aber auch sogenannte Tatortzeichnungen von Tajana Bergius oder Gerichtszeichnungen von Erich Dittmann, der unter anderem beim Baader-Meinhof-Prozeß akkreditiert war. Es waren vor allem seine Zeichnungen, die das Bild vom Geschehen in den bundesdeutschen Gerichtssälen prägte.

Ein Geschehen der besonderen Art verfolgt der Wissenschaftler Wolfgang Grunwald, der Nervenzellen des Gehirns mit dem Bleistift darstellt. Krieg und Tod sind in den Zeichnungen der Engländerin Linda Kitson zu finden. Sie war offizielle Kriegskünstlerin der British Task Force während des Falklandkrieges 1982 und fertigte in wenigen Wochen über 400 Zeichnungen von dem Geschehen an. Die Skizzen in schwarz-weiß wirken wie flüchtig aufs Papier geworfen, während die Aquarelle, die der Amerikaner John Singer Sargent im Ersten Weltkrieg schuf, einen geradezu eleganten und künstlerischen Eindruck erzielen. Unmittelbar und direkt sind alle die Reportagezeichnungen, und so ziehen sie den Betrachter ebno direkt mit hinein ins Geschehen. **Silke Osman**

Alles ganz einfach

Betrachtung über den Frühling / Von Willi WEGNER

Es ja ein. Man könnte sagen, im Februar schon über den Frühling zu schreiben, sei unlauterer Wettbewerb. Aber ich bin nun einmal in den Frühling vernarrt, in jeden Frühling, am meisten jedoch in den gerade bevorstehenden.

Ist jemand vernarrt in eine schöne Frau, und er verabredet sich mit ihr – beispielsweise unter der Normaluhr oder sonstwo –, so liegt's im Bereich der Möglichkeit, daß sie ihn aufsitzen läßt. Der Frühling indes ist zuverlässig, er kommt bestimmt! Und das ist das Schöne an der Geschichte: Man hat die Gewißheit und kann sich darauf einrichten ...

Man trifft halt schon seine Vorbereitungen! Ich habe zum Beispiel gestern das große Ölgemälde über meinem Schreibtisch entfernt. Es zeigte das kleine Kirchlein zu Colza in der Oberen Carnia in den italienischen Alpen. Ein Bild von Eis und Schnee. Statt dessen habe ich mir die Reproduktion einer zartgrünüberhauchten Frühlingslandschaft gekauft und an derselben Stelle aufgehängt. Vielleicht hilft's, den Einzug derjenigen, in die ich so vernarrt bin und auf die ich sehnlichst warte, zu beschleunigen.

Ich habe meiner „möblierten Zimmerwirtin“ zum erstenmal die Monatsmiete pünktlich gegeben und sie gebeten, wieder einmal die Fenster meines Zimmers zu putzen und – wenn möglich – die Gardinen zu wechseln. Wenn sie mir vorwirft, daß die Gardinen deshalb so trübe aussähen, weil ich mir immer noch nicht das elende Qualmen von Zigaretten abgewöhnt hätte, nehme ich mir vor, das, was ich mir schon in der Silvesternacht vorgenommen hatte, nunmehr in die Tat umzusetzen. Ich werde nicht mehr rauchen. Ab sofort!

Inzwischen bin ich auch bereits dazu übergegangen, der Blumenfrau

bei uns an der Ecke freundlich zuzunicken und meinen Kohlenhändler nicht weiter zu beachten. Ich habe mir auch schon den Wortlaut für eine Kleinanzeige in meiner Zeitung ausgedacht: „Biete gut erhaltenen Wintermantel sowie ein paar Schlittschuhe Marke „Oslo“ nebst kompletter Skiausrüstung – suche Faltboot (Zweisitzer?!“)

Ich habe sogar – endlich! – die kleine blonde Verkäuferin aus der Feinkosthandlung Dornbach angesprochen. Ich habe gesagt: „Entschuldigen Sie, aber ich beobachte Sie nun schon seit dem 4. Oktober vorigen Jahres ...“ Darauf sie: „Sind Sie immer so stürmisch?“ Hierauf ich: „Ja, denn ich möchte Sie zu einem Wochenendausflug in meinem Faltboot einladen!“ Die kleine Blonde zieht die Luft durch die Nase. Dann sagt sie: „Wie kommen Sie denn darauf? Sie sind ja viel zu alt und haben eine Stirnglatze! Außerdem schneit es ja noch!“

Ja, natürlich, es schneit noch – aber der Frühling ist nun gar nicht mehr weit. Und er ist so außerordentlich verlässlich – er kommt bestimmt! Und warum, da man doch so vernarrt in ihn ist, soll man nicht schon seine Vorbereitungen treffen? Wollen wir doch ehrlich sein: Wir warten ja alle auf ihn! Du und du und du und du – und ich. Denn mit jedem neuen Frühling kommt auch wieder ein bißchen mehr Hoffnung in unser Herz – und das ist gar nicht so verkehrt. Es ist Voraussetzung für die Erfüllung vieler unserer Wünsche.

Denn unendlich viele Wehwechen sind plötzlich weggeweht, man fühlt sich wohler, vertippt sich nicht mehr so oft am Laptop, wählt die richtigen Telefonnummern, grüßt versehentlich nicht nur fremde Leute, sondern in erster Linie die, die man kennt. Und wenn man Glück hat, freuen die sich ebenfalls und grüßen erfreut zurück. So einfach ist das alles. Und so schön. ■

Zwei Kirschen und viel Spaß

Die Discothek »Pacha« ist Spaniens Exportschlager

Die Sonne scheint hier immer, auch wenn es 2 Uhr nachts ist. Der Sonnenbrand auf der Schulter brennt ein wenig, aber der kühle Windhauch aus der Klimaanlage mildert den Schmerz. Das pinkfarbene Glitzertop hat erfreulicherweise auch einen „Neckholder“ und keine Träger, die die geschundene Haut der Schulter noch weiter reizen würden. Aber selbst das wäre erträglich, denn wer schön sein will, muß schließlich leiden. Auch die hohen Absätze der Sandaletten sind nicht gerade bequem, aber nur so wirken die Beine in dem kurzen Rock am längsten und nur so läßt sich ein Gratis-Cocktail ergattern, denn die Konkurrenz ist groß. Die Spenderfreude der Männer aber auch, denn es ist schließlich Urlaub und das „Pacha“ die Partylocation auf Ibiza. Schon seit 1973 feiern hier junge Leute.

Inzwischen gibt es das „Pacha“ allerdings nicht nur auf Ibiza. Das spanische Unternehmen betreibt schon seit Jahrzehnten auch in Palma de Mallorca, Barcelona, Las Palmas, Sevilla und in Playa del Ingles Discotheken, die für Szenemusik, gute Stimmung, heiße Flirts und exquisite Inneneinrichtung stehen. Exquisit ist allerdings auch so manches Mal der Preis. Für einen Besuch im „Pacha“ auf Ibiza muß man schon mal bis zu 50 Euro für den Eintritt bezahlen. Doch das scheint die Urlauber nicht zu stören. Die Tatsache, daß hier auch mal Stars wie Ringo Starr von den Beatles, die Rolling Stones, Sting, Raquel Welch, Rod Stewart, Kate Moss oder Kylie Minogue gefeiert haben, erhöhte schon lange vor Euro-Zeiten die Bereitschaft, beachtliche Summen allein für den Eintritt auszugeben.

Das besondere am „Pacha“ ist, daß es nicht nur bei partyhungrigen Urlaubern legendär ist, sondern die beiden Kirschen, das Symbol des „Pacha“, über die spanischen Grenzen hinaus expan-

dieren. Die spanische Handelskammer wählte den 200 Millionen Euro umsatzstarken Konzern, der inzwischen auch CDs, Magazine und Mode vertreibt, sogar zum „Globalen Unternehmen des Jahres“. Immerhin sind es 2,5 Millionen Besucher pro Jahr, die solche Zahlen möglich machen.

Außer in Spanien gibt es das „Pacha“ inzwischen nämlich auch in Buenos Aires, Budapest, London, Marrakesch und Sharm el Sheik. Neueröffnungen in Amsterdam, Curitiba, Oropesa, Los Angeles, Miami, Rio de Janeiro und Vilnius

waren sich die spanischen Innenarchitekten und die Hamburger Behörden nicht ganz einig darüber, wie man deutsche Bauvorschriften mit südländischem Flair vereint. Inzwischen wird im hanseatischen „Pacha“ aber schon gefeiert, und noch um zwei Uhr morgens stehen junge Leute in Schlangen vor der Tür. Sie sind bereit, um diese Zeit noch 15 Euro Eintritt zu zahlen. Zugegeben, im Vergleich zu Ibiza sind die Preise in Hamburg moderat. Das gemischte Publikum ist keineswegs elitär, die Räumlichkeiten sind im dezenten mediterranen Stil gestaltet. Das Hamburger „Pacha“



Heiße Rhythmen, heiße Typen: In der Discothek „Pacha“ gibt's immer etwas zu feiern.
Foto: Golembiewski

sind in Planung. In Deutschland ist der spanische Partymacher in München und seit Dezember 2004 auch in Hamburg vertreten. Im Nachtleben von Köln und Dresden sollen die beiden Kirschen 2005 zu einem festen Begriff werden.

Eigentlich wollte das „Pacha“ in Hamburg sogar schon zwei Monate früher eröffnen, doch angeblich

ist kein Luxus-Club, auf den fast 1.000 Quadratmetern Fläche ist aber auch nichts quitschig-schill wie in Großraumdiscotheken. Allerdings fehlt im norddeutschen Ableger im Vergleich zu den „Pachas“ in Spanien etwas ganz Entscheidendes: die Urlaubsstimmung. Die kann nämlich auch Spanien nicht exportieren. **Rebecca Bellano**

Ganz Dresden war ein Scheiterhaufen

Betr.: „Dresden will Opferzahlen ermitteln“ (Folge 2)

In seinem Werk „Deutschland am Abgrund“ berichtet der renommierte Geschichtsforscher und Schriftsteller Erich Kern detailliert über den Untergang Dresdens im Februar 1945. Nachfolgendes Zitat aus dem Buch soll der Dresdener Kommission eine Hilfe sein bei der Ermittlung der tatsächlichen Opferzahlen.

Erich Kern schreibt auf Seite 132: „Im Februar 1945 beherbergte Dresden 1.130.000 Menschen. Aus dem Osten waren die Trecks von Flüchtlingen über Dresden geleitet worden, so daß die Stadt, die eine Lazarettstadt war, ohnedies schon mit Verwundeten und Genesenden vollgepfropft, mit Strömen von Menschen, Tieren und Wagen überflutet war. Alle Grünflächen der Stadt waren riesige Freilager geworden ... In der Nacht vom 13. zum 14. Februar 1945 um 21.35 Uhr griff die alliierte Luftwaffe diese völlig wehrlose Stadt mit 770 britischen Lancaster-Bombern und 310 Bombern der 8. US-Luftflotte an. Mit dem ersten Angriff wurde Dresden durch unzählige Brandbomben

und Phosphorkanister in ein blutrotes Flammenmeer verwandelt ... Der zweite Angriff versperrte den Flüchtenden systematisch die Fluchtwege. Die Bombenflugzeuge, die völlig ungehindert operierten, warfen Sprengbomben aller Kaliber auf die wenigen Inseln in dem Feuermeer, in denen sich die Menschenmassen dicht zusammendrängten ... Der dritte Angriff galt bereits den Überlebenden und den auf den Landstraßen Flüchtenden. Während die Bomben die Häuser der Vororte umlegten, hetzten Jäger und Schlachtfieger in Tiefangriffen über die Landstraßen, auf denen die Menschenmassen flüchteten, die dem Inferno entkommen waren, und beschossen mit ihren Bordwaffen Frauen, Kinder, Pferde und Fahrzeuge. Die Wege sahen aus wie ein Schlachtfeld. Zwischen zerschossenen Fuhrwerken, Handwagen, Kinderwagen, wälzten sich die Menschen in ihrem Blut. Immer wieder stießen die alliierten Flieger herab und schossen ihre Munitionsgurte wie im Blutauswurf auf die wehrlosen Zivilisten leer ... Ganz Dresden war ein Scheiterhaufen, auf dem das deutsche Volk verbrannte. Aber nicht nur in Dresden, in Hamburg und in

all den anderen Städten herrschte der organisierte Massenmord aus der Luft ... Die Zahl der bei den Angriffen auf Dresden ums Leben Gekommenen variiert zwischen 250.000 und 400.000. Der Toten waren so viele, daß sie nicht mehr begraben werden konnten. Die Überlebenden trugen die Leichen in riesige Haufen zusammen, um sie mit dem noch vorhandenen Treibstoff zu überschütten und zu verbrennen. Trupps mit Flammenwerfern, Schutzanzügen und Gasmasken mußten eingesetzt werden – es dauerte Tage bis genügend Flammenwerfertrupps nach Dresden befohlen wurden. In vielen Kellern lagen die Toten zu Hunderten. Dunkle Rauchwolken stiegen noch tagelang aus den Trümmern und niemand wird jemals feststellen können, wie viele Tote das Blutbad von Dresden gefordert hat.“ Soweit das Zitat von Erich Kern. Auch in unzähligen Kriegen nach 1945, wie zuletzt gegen Afghanistan und den Irak, wurde durch die Alliierten das Völkerrecht nach deren Vorstellungen vergewaltigt. Die vielen Opfer alliierter Bombardements bleiben ungesühnt und die Täter gehen straffrei aus.

Ralph Engelmann, Schwarzenbruck



Dresden: Aus Anlaß des 60. Jahrestages der Zerstörung Dresdens habe ich am Denkmal von Luftmarschall Arthur Harris in London vor dem Portal der Kirche St. Clement Danes mit einem Plakat mit der Aufschrift „Dresden – sinnlose Zerstörung von Menschenleben und Kulturschätzen“ demonstriert. Leider ist bisher keine, für mich erkennbare, publizistische Reaktion feststellbar, obwohl ich einer Reihe von Zeitungen die besagte Erklärung übermittelt habe. Zudem hat sich die dortige Polizei ausgiebig mit meiner Person beschäftigt. Das Publikum reagiert sowohl zustimmend (... gut, daß das mal ausgesprochen wird ...) als auch ablehnend (... und was ist mit Auschwitz?).
Wolfgang Reich, Wedel

3.965.400 gegen 4.800.000

Betr.: „Kardinalsünden der Politiker rächen sich“ (Folge 6)

Ich war sehr erfreut, als ich diese Tabelle zur Arbeitslosigkeit in Ihrer Zeitung gelesen hatte, da ich schon lange an so einer Chronik interessiert war, jedoch nicht wußte, woher ich solche Daten bekommen könnte. Auf den zweiten Blick mußte ich aber leider feststellen, daß hier ein Irrtum vorliegt.

Die Arbeitslosenzahl lag – bei Übergabe von Kanzler Helmut Kohl an Gerhard Schröder – im September 1998 bei 3.965.400 und nicht bei 4.823.200. Selbst wenn ich die Sozialhilfeempfänger von zur Zeit 230.000 abziehe, die bei Kohl auch nicht in der Statistik enthalten waren, so waren im Januar 2005 rund 4.800.000 Menschen ohne Arbeit.

Alfred Gendig, Zemmer

Warum hat Paul Spiegel so viel öffentliche Macht?

Betr.: „Relative Meinungsfreiheit“ (Folge 2)

Erst suchten sie sich die Extremisten vom rechten Rand, dann die Revisionisten, dann Möllemann, dann Hohmann, dann Horst Mahler und schließlich die Oberhäupter der Kirche.

Obwohl es ungeheuerlich ist, daß Leute vom Schlag eines Paul Spiegel

so einen enormen Druck auf einen Kardinal der katholischen Kirche ausüben können – wo waren Meisner und andere deutsche religiöse Oberhäupter, als bestimmte Mitglieder der deutschen Gesellschaft in den Schmutz gezogen wurden, dafür, daß sie ihre politisch unkorrekten Ansichten vertreten hatten? Sie haben sich alle in Deckung verzogen, das war der Ort, wo man sie finden konnte.

Wie kommt es, daß ein Paul Spiegel, Michel Friedman oder Ignaz Bubis so einen großen Einfluß haben, ohne sich jemals um ein öffentliches Amt beworben zu haben? Das ist die zentrale Frage, die sich heutige Deutsche ebenso wie unsere großartigen Zeitungen selbst stellen sollten. Je schneller die Deutschen sich mit dieser Anormalität beschäftigen, desto besser.
Michael L. Reisch, Carlisle, Massachusetts, USA

Wie es zu Hoffmanns Geschichte mit den bösen Buben kam

Betr.: „Eine ganz besondere Karriere“ (Folge 52/53)

Ich habe mich über Ihre Würdigung des Struwelpeter-Verfassers Heinrich Hoffmann im Weihnachtsheft Ihrer Zeitung gefreut. Der Artikel beeindruckt mit zahlreichen Informationen zum Leben und Werk Hoffmanns. Zur Geschichte mit dem Nikolaus und den „bösen“ Buben

möchte ich aber einen Nachtrag liefern. Die wenigsten Leser wissen vermutlich, wie es sich damit verhält. Es gibt eine alte Legende, in der berichtet wird, daß drei Studenten auf dem Weg nach Paris in einem Wirtshaus übernachteten, dessen Besitzer sehr geldgierig war. Da er herausgefunden hatte, daß seine Gäste einiges Geld bei sich führten, tötete er sie nachts, nahm ihr Geld

an sich und steckte die Körper der Toten in ein großes Pökelfaß. Aber er hatte die Rechnung ohne den Nikolaus gemacht. Als dieser Bischof in die Nähe des Wirtshauses kam, erkannte er, was vorgefallen war, und schritt zur Tat. Er zog die – inzwischen im Pökeltwasser schwarz gewordenen – Studenten aus dem Faß und erweckte sie wieder zum Leben.

Diese Szene war in manchen Nikolauskirchen dargestellt: Der heilige Mann zog drei schwarze Gestalten aus einem Faß. Hoffmann wird eine solche Darstellung gesehen, den Hintergrund aber vermutlich nicht gekannt haben. So machte er daraus die Geschichte mit den bösen Buben, die über den Schwarzen lachten und dafür vom Nikolaus bestraft wurden.
Dr. Dieter Grau, Bonn

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwährend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.



Sie abonnieren die Preußische Allgemeine Zeitung und wir schenken Ihnen eine dieser exklusiven, gefütterten Wetterjacken mit dem Elchwappen.



GRATIS für Sie: Unser Geschenk.



Gefütterte Wetterjacke in rot, grün, blau, schwarz
Material: 100 % Nylon.
Futter 100 % Baumwolle, Single Jersey.
Durchgehender Reißverschluss.
Abgedeckte Druckknopfleiste.
Kapuze im Kragen.
Elastischer Armabschluss.
Zwei Außentaschen, eine Innentasche.
Windfänger am Armausschnitt.
Edel gesticktes Elchwappen.

DEUTSCHLANDS BESTE SEITEN

A N T W O R T C O U P O N

- Informationen, die Hintergründe aufzeigen.
- Themen, die Sie woanders nicht lesen.
- Kommentare, die aussprechen, was andere verschweigen.

Einfach absenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Parkallee 84/86
20144 Hamburg
oder am schnellsten per SERVICE-TELEFON bestellen
Telefon: 040/41 40 08 42
Fax: 040/41 40 08 51
www.preussische-allgemeine.de

Ja, ich abonniere für mind. 1 Jahr die Preußische Allgemeine Zeitung

Name / Vorname: _____
Straße / Nr.: _____
PLZ / Ort: _____
Telefon: _____

Farben: rot grün blau schwarz
Größe: M L XL XXL
Wappenfarbe: schwarz silber (Gewünschtes bitte ankreuzen!)

bargeldlos durch Bankeinzug gegen Rechnung

Kontonummer: _____
Bankleitzahl: _____
Geldinstitut: _____

Datum, Unterschrift

Schicken Sie mir bitte die Preußische Allgemeine Zeitung ab der nächsten erreichbaren Ausgabe. Anschließend erhalte ich die Preußische Allgemeine Zeitung für 1 Jahr für z. Zt. nur EUR 90,60 im Jahr (inkl. Versandkosten) und bekomme die Wetterjacke wie angekreuzt. Der Versand des Geschenks erfolgt nach der 1. Zahlung

Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Außerdem werden Sie mit dieser Bestellung förderndes Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Für bestehende oder eigene Abonnements oder Kurzzeitabos (unter 12 Monaten) wird keine Prämie gewährt. Prämienauslieferung solange Vorrat reicht. Lieferung nur innerhalb Deutschlands.



Bernstein: Auf dem letzten Deutschlandtreffen in der sächsischen Heldentadt Leipzig trat der ostpreußische Sänger auch schon auf. Auf dem kommenden in der preußischen und Bundeshauptstadt Berlin wird er nun das Lieblingslied der PAZ-Leser singen. Foto: Archiv

»Ein Lied für Ostpreußen«

Bernstein nimmt CD mit Lieblingsliedern der PAZ-Leser auf

Der ostpreußische Sänger Bernstein (Bernd Krutzinna) plant die Produktion einer Compact Disc mit den Lieblingsliedern der PAZ-Leser. Um in Erfahrung zu bringen, welches diese Lieblingslieder sind, rufen Bernstein und die *Preußische Allgemeine Zeitung* / *Das Ostpreußenblatt* zu einer Mitmachaktion auf.

Schreiben Sie den Titel Ihres ostpreußischen Lieblingsliedes auf eine Postkarte und schicken Sie diese ab an die *Preußische Allgemeine Zeitung*, Stichwort: „Ein Lied für Ostpreußen“, Parkallee 86/86, 20144 Hamburg. Bei weniger bekannten Stücken sind auch Briefe mit Texten und Noten herzlich willkommen.

Vorgeschlagen werden können alle Lieder, die Bernstein noch nicht gesungen hat. Einsendeschluß ist Donnerstag, der 17. März 2005.

Preußische Allgemeine Zeitung
Stichwort:
»Ein Lied für Ostpreußen«
Parkallee 84/86
20144 Hamburg

Die meistgenannten Lieder werden dann von Bernstein auf eine Compact Disc aufgenommen, die anschließend käuflich für jedermann zu erstehen sein wird. Jeder Käufer wird dabei nicht nur sich selber oder dem von ihm Beschenkten

einen Gefallen, sondern dabei auch noch ein gutes Werk tun, denn von dem Verkaufspreis jeder CD fließen zwei Euro an die Bruderhilfe.

Das meistgenannte Lied wird darüber hinaus auf dem diesjährigen Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Berlin live von Bernstein vorgetragen werden.

Damit die Vorschlagenden auch etwas von dem Projekt haben, werden unter allen Einsendern 25 Exemplare der so zustande gekommenen CD verlost. Also, worauf noch warten? Der Einsendeschluß 17. März ist gar nicht so fern, und was Du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen! **EB**

Bernstein-CDs, die bereits über den PMD bezogen werden können



Masurenlied
5 Euro



Lieder für Ostpreußen
14,30 Euro



Heimwärts
14,95 Euro



Gloria + Halleluja
14,95 Euro

Verlegung

Einer der beiden im südlichen Ostpreußen stationierten Rettungshubschrauber ist von Lötzen nach dem in Lyck an der Bismarckstraße gelegenen Militärkrankenhaus verlegt worden. Eine Tankfüllung reicht immerhin für 100 Kilometer, so daß ein in Lötzen stationierter Helikopter einen Teil des Königsberger Gebietes abdeckt, was angesichts der eher frostigen polnisch-russischen Beziehungen als sinnlos erachtet wurde. Insofern erschien die Stationierung in Lyck günstiger, zumal von hier aus auch die Spezialkrankenhäuser in Bialystok und Allenstein erreicht werden können. Der zweite Rettungshubschrauber bleibt in Allenstein stationiert. ■

Grenzverkehr

An der innerostpreußischen Grenze vom mittleren zum südlichen Ostpreußen hat 2004 die Zahl der illegalen Grenzübertritte gegenüber 2003 zugenommen. Was angesichts des EU-Beitritts Polens im letzten Jahr kaum anders zu erwarten war, hat der zuständige Grenzschutzoffizier in Rastenburg, Jozef Klimowicz, jetzt bestätigt. Auch die Anzahl der legalen Grenzwechsel sei stark angestiegen. Weniger geworden seien hingegen der Schmuggel mit gestohlenen Autos, Zigaretten, Compact Discs, Software und Alkohol. Letzterer habe gar um beachtliche 97 Prozent abgenommen. Allerdings ist der Grenzschutz im Rahmen des EU-Beitritts auch ausgesprochen gut ausgerüstet worden im Vergleich mit anderen polnischen Behörden, und dank EU wird die Versorgung noch besser. In der gesamten Republik werden 5.300 Beamte neu eingestellt werden, davon 500 im südlichen Ostpreußen, und von diesen wiederum 200 noch in diesem Jahr. ■

Wechselkurse

Ein Euro hatte vorletzten Freitag den Wert von 3.986 Zloty, 36.57637 Rubeln sowie 3.45280 Litas. Angaben ohne Gewähr. ■

»Vier Räume sind zu wenig«

Der Russe Juri Userzow betreibt in Breitenstein ein Ostpreußen-Museum

In Breitenstein (Kraupischken), einem Ort zwischen Insterburg und Ragnit, ist Juri Userzow Direktor an einer Schule mit über 180 Schülern und 25 Lehrern. Vier Räume seiner Schule hat er zu einem Museum ausgestaltet, das er ehrenamtlich leitet. „Es ist das erste und einzige Ostpreußen-Museum auf russischem Gebiet“, sagt Juri Userzow mit erfrischend natürlichem Stolz und heißt seine Gäste herzlich willkommen. Noch ehe sie über die erste Schwelle seines Museums treten, reicht er ihnen – nein, keinen Wodka – einen Bärenfang! Temperamentvoll erzählt er, daß er bereits 1981, als gut 30-jähriger, begonnen habe, Bilder, Dokumente, Möbel, Fundstücke zusammenzutragen. Und so gehen dem Besucher dann auch die Augen über und das Herz wird weit: Juri Userzow hat auf ostpreußischem Boden bäuerliche Gerätschaften gefunden wie Butterfässer und Ackergeräte, auch Wäschemangeln und Nähmaschinen, Möbel, Glas und Porzellan und vieles andere mehr. Daneben präsentiert er Bilder, Ansichtskarten, alte Postkarten und Fotoalben, aufgezählte Namen von Vereinen, Lehrern, Pfarrern, Mitschülern etc. aus Landstrichen Nordosteuropas. „Die vier Räume sind zu wenig“, sagt Userzow. „Ich habe Ausstellungsstücke für mindestens acht Räume.“ Eine besondere Rarität dürfte übrigens ein altes, in Leder gebundenes Gesangbuch in deutscher und litauischer Sprache sein. Leider fehlen die ersten Seiten, ohne die Verlag und Erscheinungsjahr nicht auszumachen sind. In zahlreichen Ordnern hat Juri Userzow Erinnerungen von Ostpreußen, die ihre Heimat verlassen muß-

ten, abgeheftet. Mit besonderer Leidenschaft sammelt er Familiengeschichten mit Fotos und Bildern der Menschen aus diesem schönen Landstrich, wie er sagt, der es ihm angetan hat und dessen Geschichte er von A bis Z kennt. Man möchte es ihm glauben, daß er sich selbst als Ostpreuße fühlt und daß er darum Erinnerungen an die alten Ortschaften, die verschwunden sind, retten möchte, auch für seine Schüler, die nicht wußten, daß hier einmal Deutsche lebten.

Seine Aufbauarbeit war nicht immer leicht bei der damaligen kommunistischen Regierung. So beherbergt das Ostpreußen-Museum dann in einem Raum auch typisch russi-

sche Materialien, die sich in das Gesamtbild einordnen. Manchem kommen die Tränen, wenn Fundstücke wie russische und deutsche Soldatenhelme, die gleichermaßen Durchschüsse zeigen, nebeneinander aufgereiht sind. Den Tränen nahe sind oft auch Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland, die in Juris Archiv Bilder aus ihrem nicht mehr existierenden Dorf entdecken oder sogar, und das ist bereits häufig vorgekommen, Freunde oder Bekannte wiedergefunden haben. Der Museumsdirektor ist stolz und glücklich, wenn ihm solches gelingt. Er ist ein Menschenfreund und drückt das so aus: „Wir wollen alle zusammen unter unserem gemeinsamen blauen Himmel friedlich leben.“ Seine Bitte:

„Ich möchte, daß Ihre Lebensgeschichte mit Fotos und Bildern von Ihnen und Ihren Familien lebendig bleibt. Damit beschäftigt sich unser Museum. Wenn Sie kommen, bringen Sie alte Fotos, Dokumente, Ansichtskarten und anderes (Kopien oder Originale) mit oder schicken Sie die Unterlagen direkt an mich: Juri Userzow, 238710 Uljanowo Neman Kreis, Königsberger Gebiet, Russische Föderation, Telefon Schule 8 / 2 82 / 2 / 53 / 58, Telefon privat 8 / 2 62 / 2 / 53 / 29.“

Und noch ein Wort zu der Ausnahmepersönlichkeit Userzow: Nicht nur, daß er sich seinem ostpreußischen Heimatmuseum widmet, auch der große Schulgarten in Breitenstein ist ein Vorzeigebiotop angelegt, das von Blumenrabatten und Obstbäumen umgeben ist. An Schulen hüben wie drüben durchaus nicht üblich! **Anita Motzkus**



Inmitten seiner Exponate: Juri Userzow

Foto: Motzkus

EU-Lieferungen

Die Europäische Union liefert diesen Monat aus ihrer strategischen Lebensmittelreserve 2.000 Tonnen Hart- und Weichkäse, Nudeln, Reis, Mehl und Milch in einem Gesamtwert von 12 Millionen Zloty (über drei Millionen Euro) ins südliche Ostpreußen. Mit der Verteilung an Arme und Bedürftige sind in der Region tätige nichtstaatliche Organisationen (NGO) betraut. ■

Busbahnhof

Bis zum Sommer 2006 erhält Goldap einen Busbahnhof. Im Sommer dieses Jahres sollen die Arbeiten hierfür beginnen. Bisher hat die Stadt noch keinen. Die Omnibusse halten bislang auf dem zentralen Platz des Ortes. Auf dem früheren Marktgelände soll ein Gebäude mit einem Fahrkartenschalter, einem Warteraum und einem Kiosk entstehen. Die Kosten für den Omnibusbahnhof und das neue Marktgelände daneben belaufen sich auf eine halbe Million Euro. Davon bezahlt Goldap mit 200.000 Euro nicht einmal die Hälfte. Der Rest kommt von der Euroregion „Memel“. ■

Kein Durchstich

Die Frische Nehrung soll im polnisch verwalteten Teil nun doch keinen Durchstich bekommen. Das gab der polnische Vizeminister für Infrastruktur Witold Gorski anlässlich einer Konferenz über das Wegenetz des südlichen Ostpreußens bekannt, zu der der zuständige Wojwode Stanislaw Szatkowski in die Wojwodschaftshauptstadt Allenstein eingeladen hatte. Laut dem Minister können die Schiffe nach dem Ausbau des Elbinger Hafens durch das Pillauer Tief fahren. Ein Nehrungsdurchstich könnte den Protest der Russen erregen, denn der russisch verwaltete Nehrungsteil würde so zu einer Insel, und das würden die Russen nicht zulassen. Außerdem weiß man nicht, welche Auswirkungen auf die Umwelt ein derartiger Durchstich hätte und wieviel der Ausbau nebst Schleusen und Kanal kosten würde. ■

**Lewe Landslied
und Familienfreunde.**

die Vergangenheit ist nicht vergessen, sie ist noch nicht einmal vergangen! Und wie lebendig sie ist, konnte ich wieder einmal feststellen, als mich ein Anruf erreichte, der wirklich aus der Vergangenheit kam. Denn es war eine Mitschülerin, die sich am Telefon meldete, mit der ich vor 80 Jahren in Königsberg die Schulbank gedrückt hatte und die mir sogar sagen konnte, auf welcher Bank ich damals gesessen hatte. Wie ich mich gefreut habe, können Sie sich wohl vorstellen. Wir haben so plachandert, als hätten wir gerade einmal Pause! Und dabei erinnerte sich **Else** an ihre Einsegnung in der Friedenskirche in der Königsberger Königstraße. Am selben Tag erhielt ich einen Brief von der Tochter des Pfarrers **Ernst Czysgan**, der Else konfirmiert hat, und in dem Schreiben erinnerte sich nun **Ingeborg Pottkin** geborene **Czysgan** an die Familie **Baltrusch** in Rossitten, bei der ihre Familie wie die meine während der Sommerferien wohnte. Und zur gleichen Zeit kam ein Suchschreiben von **Erwin Reichert** aus Bremen, der mir den Brief eines Namensvetters aus Amerika übermittelte. Dieser möchte gerne mit Verwandten in Verbindung treten, dabei fiel auch der Name Reichert in Zusammenhang mit Rossitten. Nun war einmal der **Gerhard Reichert** aus dem „Gasthof zur Linde“ mein Jugendfreund, der leider schon früh fiel. Fast wurde ich von all den Erinnerungen überrollt ...

Es genügt ja manchmal nur ein Wort, und die Vergangenheit ist wieder da! So wie für **Eva Maria Scharley** der Name „Schultitten“. Denn in dem im Kreis Pr. Eylau gelegenen Ort, der 1938 in Schrombehnen eingemeindet wurde, war ihre Großmutter **Maria Krause** geborene **Brieskorn** 1880 geboren und lebte dort bis 1944/45. Frau Scharley – damals Eva Maria Krause – wohnte mit ihren Eltern in Königsberg. Sie sah die Großmutter zum letzten Mal im Dezember 1944 auf dem Königsberger Hauptbahnhof. Die Familie war ausgebombt, und die Elfjährige fuhr mit ihrer Mutter in den Kreis Labiau, die Großmutter aber zurück nach Schrombehnen, der Bahnstation von Schultitten. Von da an hat die Familie nie etwas von der Großmutter gehört. Ist sie in ihrer Heimat geblieben, konnte sie fliehen, wann und wo ist sie gestorben? Vielleicht weiß noch jemand aus Schultitten / Schrombehnen etwas über das Schicksal von Maria Krause, die Enkelin würde sich sehr freuen. (Eva Maria Scharley, Wessenbergstraße 12 in 78462 Konstanz, Telefon 0 75 31 / 91 97 21.)

Für **Marga Stahlschmidt** ist es ein Kanon, der die Vergangenheit lebendig werden läßt. „Dona nobis pacem“ – wenn diese Bitte im Frieden gesungen wird, steigt für die in Königsberg Geborene wieder das russische Gefangenenlager in Posen auf, in dem sie 1945 mit vielen Leidensgefährten interniert war. Marga – damals **Goerke** – war in der Baracke I untergebracht, die von zwei Rußlanddeutschen, **Eva** und **Olga**, geleitet wurde. Frau Stahlschmidt erinnert sich: „Nachdem man sich – mehr oder weniger – in die Aussichtslosigkeit des Lagerlebens geschickt hatte, bildete sich eine kleine Gruppe von Gleichgesinnten. Eine Musikstudentin sammelte abends einige Frauen und Mädchen, die das Singen noch nicht verlernt hatten, um sich und übte einige Lieder mit ihnen ein. Ein unvergeßliches Bild. In die Dunkelheit hinein erklang es: Gib uns Frieden!, zog über die vielen Baracken hinweg, wo die Gefangenen hinter Stacheldraht saßen.“ Das ist die Erinnerung, die noch nicht ausgelöscht ist. Frau Stahlschmidt hat einmal an den ZDF-Moderator Dieter Thomas Heck ge-

schrieben mit der Bitte, dieses Lied in seiner Sendung „Melodie für Millionen“ zu bringen, bekam auch einen netten Antwortbrief, aber ihr Wunsch wurde leider bis heute nicht berücksichtigt. Den Kanon können wir hier auch nicht bringen, aber ihren Wunsch, der sich an ehemalige Lagerkameradinnen richtet, sich bei ihr zu melden. Es war ein sehr großes Lager, das auf einem ehemaligen Ausstellungsgelände errichtet war.

Marga Goerke hat damals ihre Mitgefangenen zum Frühsport animiert. (Marga Stahlschmidt, Nordstraße 13 a in 57258 Freudenberg, Telefon 0 27 34 / 79 54.)

Ein Hoffnungsfunkel, auch nach 60 Jahren etwas über das Schicksal eines Angehörigen zu erfahren, ist noch immer am Glimmen, das besagen die vielen Suchfragen. Manchmal entfacht bereits die Veröffentlichung des Wunsches ein kleines Hoffnungsfeuer. Unser Landsmann **Winfried Brandes** hat da auch schon den Blasebalg betätigt, denn er konnte **Ingo Landsmann** aus Münster, der nach seinem in der Sturmboot-Kompanie 902 am Dnjepr eingesetzten Onkel forsch, helfen. Ihm selber ist es aber bislang nicht gelungen, das Schicksal seines vermißten Vaters zu klären trotz aller nur möglichen Versuche. Sein Hoffnungsfunkel: die Ostpreußische Familie! Inspektor **Fritz Brandes**, * 1. August 1909 auf Gut Koppeln, Kreis Pr. Holland war Verwalter des Gutes Köllmen, Kreis Mohrungen und stand in den Diensten seiner Durchlaucht **Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten**. Als Unteroffizier der Reserve trat er im Juli 1944 im Grenadier Ersatz Bataillon 2, Allenstein, eine Wehrübung an. Am 11. September 1944 wurde auf dem Truppenübungsplatz Stalack das Grenadier-Regiment 913 aufgestellt, das der 349. Volksgrenadier Division unterstellt war. Fritz Brandes wurde in die 6. Kompanie des Regiments versetzt. Der Verband kam bald in den Einsatzraum Schloßberg. Ab Mitte Oktober verließ der Gefechtsstreifen im Raum Sodargen, zwölf Kilometer östlich von Schloßberg. Der massive sowjetische Angriff zersprengte die Regimentsteile. Von da an wird Unteroffizier Brandes vermißt, als Datum gilt der 23. Oktober 1944. Nun die Frage: Gibt es noch Überlebende der genannten Truppenteile oder Zivilpersonen als Zeugen, die diese Gefechte miterlebt haben und über das Schicksal der 6. Kompanie – und über das von Fritz Brandes – Auskunft geben könnten? (Winfried Brandes, Libellenring 10 in 24955 Harrislee, Telefon / Fax 04 61 / 7 48 16.)

„Vielleicht gibt es noch den einen oder anderen Kriegskameraden, der sich an meinen Großonkel **Ernst Buchholz** erinnert“, fragt **Katharina Koch**, die „zwar kein Ostpreuße, sondern bloß ein halber Pommer“ ist, aber doch auf unsere Ostpreußische Familie setzt. Ihr Großonkel wäre heute fast 94 Jahre alt, dürfte wohl nicht mehr leben, aber ist in allen Familiengeschichten eine feste Größe

und ein sehr außergewöhnlicher Mensch gewesen. „Ich würde gerne etwas über sein Schicksal herausfinden, denn es sind ja auch meine Wurzeln.“ schreibt Frau Koch, die sehr genaue Angaben zur Person des Gesuchten machen kann. **Ernst Fritz Paul Franz Buchholz**, * 18. September 1911 in Millienhagen bei Stralsund, absolvierte in der Ostseestadt nach dem Abitur eine Banklehre, leistete seinen Wehrdienst in Rostock ab und blieb beim Militär. Den Oberfeldwebel bei der Flak soll es gegen Kriegsende hinter den Ural verschlagen haben, wo er 1945 in einem Feldlazarett verhungert sein soll. Aber 1947 erhielt seine Schwester **Liselotte** von ihm einen Brief, der auch das Datum desselben Jahres trug und aus dem hervorging, daß er sich nicht weit von seinem Geburtsort aufhielt. Er bat in dem Brief seine Familie inständig, nach dem Westen zu fliehen und nicht auf ihn zu warten. Das war sein letztes Lebenszeichen. Die Familie: Sein Vater **Johann Ch. Th.** Buchholz, * 1868, starb bereits 1914 noch vor der Geburt seines jüngsten Kindes. Die Mutter, **Frieda** Buchholz geborene **Facklam**, zog allein ihre fünf Kinder groß. **Auguste** (verheiratet mit

heimatet. Die ältesten Angaben beziehen sich auf die Urgroßeltern der Schreiberin, **Valentin** Schorowski und **Johanna** geborene **Kretschmann**, Heirat 1895 in Fleming. Ihr Sohn **Hugo** Schorowski heiratete am 14. Mai 1934 in Noßberg die 1908 geborene **Appolonia Sommer**. Deren Eltern waren **Johann** Sommer, * 1867 in Groß-Klausitten, und **Appolonia** geborene **Laskowski**, * 1868 in Sperlings, Kreis Heilsberg, Heirat 1902 in Heilsberg. – Soweit die Angaben von Ilva Schorowski. Wer kann zu dieser Familie etwas sagen, vor allem zu weiteren Vorfahren und Verwandten? Besaßen die Schorowskis ein eigenes Wappen, wie die Fragestellerin vermutet? (Ilva Schorowski, Bohnackerum 2 in 25938 Midlum / Föhr, E-Mail: ferienhaus.schorowski@freenet.de.)

Ach ja, noch einmal zu unserm Landsmann **Otto E. Reichert** in den USA. Die Familie stammt aus dem Kreis Labiau und gehörte der Baptistengemeinde in Mehlaiken (Liebenfelde) an. Sein Vater wurde in Domharthenen geboren. Die Familie kann ihre Ahnenlinie bis auf den Urur-großvater **Johann Gottlieb Reichert**, * 1792 in Johndorf, Kreis Elchniederung verfolgen. Otto Reichert erinnert sich auch an die Reicherts in Rossitten. Er würde sich sicherlich freuen, wenn er von Verwandten oder Namensvettern Post bekäme und mehr über die ostpreußischen Reicherts erfähre. Der 1954 nach Amerika ausgewanderte Otto Reichert hat seine Biographie geschrieben, die in deutscher wie in englischer Sprache erschien. (Otto Reichert, 1005 State Creek Rd, Wilder Ville, OR 97543-9097, U.S.A.)

„Ich weiß nicht, ob Sie noch die Ostpreußische Familie führen?“ schreibt **Georg Cziborr** aus Kanada. Aber ja, lieber Landsmann, und wie!!! (Ich muß tatsächlich drei Ausrufungszeichen machen, denn im Augenblick bekomme ich soviel Anfragen, daß ich sie kaum in vertretbarer Zeit bearbeiten oder beantworten kann, deshalb bitte ich alle

Einsender um Geduld!) Zum Glück ist sein Suchwunsch nur kurz und braucht auch nicht nachgefragt zu werden: „Ich, Georg Cziborr aus Königsberg, Neuer Graben 12, würde gerne von Freunden und Bekannten hören. Auch von Mitschülern der dritten Klasse (1943/44) des Gymnasiums in der Domschule“. (Georg Cziborr, 11823 – 10 Ave. Edmonton, Alberta, T6J 7A6, Canada.)

Noch kürzer: **Christian Gezork** wünscht Informationen über die Heimatstadt seines Vaters, Lyck, wo dieser, **Guenter** Gezork, am 26. Januar 1935 als Sohn des Kraftwagenfahrers **Kurt Guenter** Gezork geboren wurde. Die Familie wohnte in der Bismarckstraße 21. Wer kannte die Familie, wer wohnte auch in dieser Straße? (Christian Gezork, Börsenstraße 72 a in 42657 Solingen. Telefon 02 12 / 8 72 35, E-Mail: cgezork@aol.com.)

Eure



Ruth Geede

Vermietung

Königsbergs russische Verwaltung will das Friedländer Tor vermieten. Über die anvisierten Mieter ist noch nichts bekannt, dafür aber über die Idee, die dahinter steckt. Die Miet-einnahmen sollen helfen, diese Sehenswürdigkeit Königsbergs zu erhalten. Das Kulturdenkmal, in dem vor drei Jahren das Museum für Stadtgeschichte eingerichtet wurde, ist seit dem Zweiten Weltkrieg kein einziges Mal von Grund auf restauriert worden. In der Stadtverwaltung hat sich deshalb die Überzeugung breitgemacht, daß das Stadttor langsam aber sicher verfallt. Um das einzigartige Gebäude zu erhalten, soll es zur 750-Jahr-Feier Königsbergs vollständig renoviert werden. Das Museum muß dafür jedoch nicht ausgelagert werden. **MRK**

China-Besuch

Beim Besuch einer elfköpfigen Handelsdelegation der chinesischen Provinz Heilongjiang im südlichen Ostpreußen wurde zwischen Gastgebern und Gästen ein Protokoll unterzeichnet, auf dessen Basis ein neuer Vertrag über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Verwaltungseinheiten geschlossen werden soll. Hierzu bedarf es nun noch der Zustimmung der beiden Außenministerien. Das Vertragswerk soll ein bereits 1995 geschlossenes Abkommen gleichen Zwecks ablösen. Abgesehen von dem Vertrag zeigten sich die Gäste aus Asien insbesondere am Kauf polnischer Lebensmitteltechnologie zur Milchverarbeitung und Herstellung von Milchfertigprodukten interessiert. Und auch die südostpreußische Möbelproduktion erweckte das Interesse der Asiaten. Wie bei derartigen Besuchen üblich, wurde auch eine Gegeneinladung ausgesprochen. Heilongjangs Verwaltungschef, Wang Tao Zhi, lud Woiwodschafsmarschall Andrzej Ryński ein, mit einer Delegation im Juni dieses Jahres eine Messe in seiner Provinzhauptstadt Harbin zu besuchen. ■

Schulfeier

Die **Johanna-Ambrosius-Schule** begeht am 27. Mai dieses Jahres feierlich das Jubiläum 750 Jahre Königsberg. Die Lehrkräfte und Schüler laden alle Interessierten herzlich zu den Feierlichkeiten und der Einweihung der Gedenktafel zu Ehren der ostpreußischen Dichterin Johanna Ambrosius ein. Die Feier beginnt um 11 Uhr. Wer an der Veranstaltung teilnehmen möchte, wende sich an die Schule für Kunst, Frau Maria Leikina, Kosmolskaja 3, 236000 Königsberg, Russische Föderation, E-Mail: duc_kaliningrad@rambler.ru. ■



Johanna Ambrosius: Die Namensgeberin der Schule wurde am 3. August 1854 in Lengwethen, Kreis Ragnit geboren. Sie war eine einfache Frau aus dem Volk, und doch sind ihre Verse auf Ostpreußen mit den Anfangszeilen „Sie sagen all, du bist nicht schön“ voller Poesie und gehen heute noch zu Herzen. Foto: Archiv



Ernst Buchholz: Wer in den letzten Kriegstagen oder in den Jahren danach mit ihm zusammen war und Hinweise auf sein Schicksal geben kann, wende sich an Katharina Koch, Waltershäuser Straße 17 in 99867 Gotha, Telefon (0 36 21) 73 52 47. Foto: Koch

Hermann Gültzow, Großmutter von Frau Koch), **Willi**, **Hans**, **Ernst** und **Liselotte**. Letztere hat bis zu ihrem Tod vor zwei Jahren noch auf dem elterlichen Hof in Millienhagen gewohnt. Ihr Bruder Ernst hätte, wäre er leben geblieben, somit eine feste Anschrift gehabt. Er muß also irgendwann, irgendwo verstorben sein. Bleibt also die Frage: War jemand in den letzten Kriegstagen oder in den Jahren danach mit Ernst Buchholz zusammen und kann Hinweise auf sein Schicksal geben? Frau Koch würde sich über jede Auskunft freuen. (Katharina Koch, Waltershäuser Straße 17 in 99867 Gotha, Telefon 0 36 21 / 73 52 47.)

„Da ich an einem Stammbaum der Familie Schorowski arbeite, bin ich an allen Informationen zu dieser Familie interessiert“, mailte uns **Ilva Schorowski** von der Insel Föhr. Aber da es wohl nicht wenige Träger dieses Namens allein in Ostpreußen gab, mußten wir schon nachfassen, um den engeren Familienkreis einzugrenzen. Und das kam dann dabei heraus: Die betreffende Familie Schorowski ist in Fleming, Kreis Röbel be-

Kompetenz & Qualität

Frieling & Hoffmann, der Privatverlag mit Tradition, gibt Autoren die Möglichkeit, Manuskripte als Bücher veröffentlichen zu lassen. Kürzere Texte können Aufnahme in Anthologien finden. Handwerkliche Qualität und eine spezifische Öffentlichkeitsarbeit sind unsere Stärke.

Verlag sucht Autoren

Maßgeschneiderte Konzepte für jeden, der schreibt!
Fordern Sie Gratis-Informationen an.

Frieling

Frieling-Verlag Berlin • Rheinstraße 46 • 12161 Berlin
Telefon (0 30) 766 99 90 • Fax (0 30) 774 41 03 • www.frieling.de

Original Königsberger Gehlhaar Marzipan

Original Königsberger Marzipan, Pralinen, Marzipan-Ostereier, Nougat-Ostereier, Trüffel- und Liköreier. Ohne Konservierungsstoffe. Versand in alle Welt.

Werner Gehlhaar GmbH, Klarenthaler Straße 3
65197 Wiesbaden, früher Königsberg (Pr)
Tel. 06 11 / 44 28 32 · Fax 44 14 13 · www.gehlhaar-marzipan.de

SICHERN SIE SICH IHREN MESSESTAND

Verkaufsstand für gewerbliche Anbieter

– Reservierung –

Wir beraten und informieren Sie gern!

Peter Wenzel
Tel. 0 40/41 40 08 25
Fax 0 40/41 40 08 48
E-Mail wenzel@ostpreussen.de

Deutschlandtreffen der Ostpreußen

RESERVIERUNG MESSESTAND

21. und 22. Mai 2005, Messe Berlin

Familienanzeigen

ERBARMUNG

Mein lieber Ostpreuße
Fritz Jetting
aus Neuhausen
Kreis Königsberg (Pr)-Land
jetzt Wildkamp 18, 38226 Salzgitter
wird am 29. 2. (1. 3.) 2005
85 Jahre alt.

Es gratuliert von Herzen Traudel

Suchanzeige

Ich schreibe Ihr Buch
040-27 88 28 50

Rinderfleck 800-ccm-Do. 5,30
mit + ohne Gemüse-Einlage
Grützwurst 800-ccm-Do. 5,30
Blut- u. Leberwurst m. Majoran
Sülze, l. säuerl. 300-g-Do. 2,50
Rauchwurst l. Ring 300-g-Do. 2,50
Portofrei ab 80,- €

Fleischerer Sägebarth
Hauptstraße 1, 30952 Ronnenberg 6
OT Weetzen, Tel. 0 51 09/23 73

Ihre Geschichte

Wir drucken vom Manuskript oder gelieferter Worddatei.

media production bonn gmbh
Baunscheidtstr. 19, 53113 Bonn
Tel.: 02 28/3 91 80-10
E-Mail: info@medprobonn.de

Gräfik – Satz – Layout – Druck

Preußischen Allgemeinen Zeitung

Tel.: 040/41 40 08-41 · Fax: 040/41 40 08-51
anzeigen@preussische-allgemeine.de

Am 28. Februar 2005 darf ich meinen 95. Geburtstag feiern.

Gustav Lippek
Schlachtermeister
aus Osterode
Wasserstraße 41
jetzt Im Vie 3
21435 Stelle

Preußische Allgemeine Zeitung

101. Geburtstag

2. März 2005

Martha Marzinzik
geb. Kiparski
aus Brennerheim
Kreis Johannisburg
jetzt Ernst-Ruisinger-Weg 8
72250 Freudenstadt-Frutenhof

In memoriam

Obergreifer Heinrich Dauskardt
geb. 22. 2. 1912

Fallschirmpanzerregiment 3 HG – II. Bataillon

Dieser Einheit gehörten zahlreiche ehemalige Flak-Soldaten an. Bei der Großoffensive der Russen am 16. 1. 1945 bei Schulzenwalde/Ostpr. schwer verwundet, im Lazarett in Königsberg verstorben. Seine Gebeine ruhen jetzt auf dem Deutschen Soldatenfriedhof in der ehemaligen Cranzer Allee. Das II. Bataillon wurde nahezu aufgerieben. Hat jemand überlebt? Ich gedenke in Schmerz und Trauer meines Vaters und seiner gefallenen Kameraden.

*Ich wachte auf, – mir war, es ging die Tür, – Da kam mein toter Freund herein zu mir.
Mir stieg das Grauen bis zum Hals herauf,
Ich sprach ihn an, – er achtete nicht drauf.
Ich fragte ihn: „Was stört dir deine Ruh,
Du liebster Freund, was willst du, daß ich tu?“*

*Er hörte nicht auf meine Zärtlichkeit,
Er sah an mir vorbei ganz fremd und weit
Und fragte drängend und doch ohne Ton:
„Wo steht die Front und wo mein Bataillon?“*

Bernd Dauskardt
Eichenweg 8, 21279 Hollenstedt

Börries Freiherr von Münchhausen

Versöhnung bei den Gräbern

Hans Linke

* 20. 11. 1923 † 16. 2. 2005
Johannisburg/Ostpr. Kamen

Die Kreisgemeinschaft Johannisburg trauert um einen verdienstvollen Sohn der Stadt Johannisburg.

Für sein einzigartiges Lebenswerk, seine Arbeit für Frieden, Völkerverständigung und Versöhnung im Zeichen der Kriegsgräberfürsorge in der Gemeinschaft mit jungen Menschen aus vielen europäischen Ländern wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Er erhielt das Goldene Ehrenzeichen und die Ottomar-Schreiber-Plakette der Landsmannschaft Ostpreußen sowie weitere hohe Auszeichnungen.

Durch seine Initiative ist der alte Stadtfriedhof von Johannisburg mit der früheren Leichenhalle in einen Park mit Friedenskapelle als Erinnerungs- und Begegnungsstätte umgewandelt und in seiner Anwesenheit im Mai 2003 eingeweiht worden.

In Dankbarkeit und Würdigung seiner Verdienste nehmen wir Abschied von einem bedeutenden Ostpreußen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Kreisgemeinschaft Johannisburg

Willi Reck Kreisvertreter
Gerhard Bosk Ehrenvorstand
Herbert Soyka Stellv. Kreisvertreter

Ihren **75.** Geburtstag feiert am 1. März 2005

Inge Schulz
aus Königsberg/Pr.
jetzt Amsterdamer Straße 4
06128 Halle/S.

Der Vorstand und die Freunde gratulieren herzlich

Wir trauern um unseren Vater, Schwiegervater und Großvater

Dr. Kurt Alexy
geb. am 13. 12. 1908 in Fischhausen, Ostpreußen
gest. am 12. 2. 2005 in Asbach/Petershausen

**Rainer Alexy und Christine Dangl-Alexy mit Moritz und Felix
Dr. Jürgen Alexy und Dr. Petra Alexy
Doris Alexy-Girardet
Ingrid Kamenzky, geb. Alexy
mit Nicolai und Lena**

Die Beerdigung fand am Mittwoch, den 16. Februar 2005 um 9.00 Uhr in Karlsfeld statt.

Und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus. Flog durch die stillen Lande, als flöge sie nach Haus.

J. v. Eichendorff

Nach einem erfüllten Leben verstarb mein lieber Mann, unser treusorgender Vater und Schwiegervater, Opa, Bruder, Schwager und Onkel

Erich Kalweit
Maurerpolier
* 21. 5. 1921 † 11. 2. 2005
in Groß-Rominten/Ostpreußen

Wir werden Dich sehr vermissen
**Gertrud Kalweit, Ehefrau
Elke Bunzeit und Harry mit Sonja
Hubert Kalweit und Ulrike mit Lukas
Detlev Kalweit**
im Namen aller Angehörigen

Heinrich-Egger-Straße 3, 85614 Kirchseeon
Die Trauerfeier fand am 16. Februar 2005 in Kirchseeon statt.

Wir müssen Abschied nehmen

Erika Stein
geb. Grünsh

geb. 16. Januar 1926 gest. 7. Februar 2005

In stiller Trauer
Birthe und Astrid Stein
im Namen aller Angehörigen

Medebekskamp 21, 21339 Lüneburg
Traueranschrift:
Frau Astrid Stein, Militschstraße 49, 38124 Braunschweig
Die Urnenbeisetzung erfolgt in aller Stille.

Unser Leben währet 70 Jahre, und wenn es hoch kommt, so sind es 80 Jahre, und wenn es köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen. Ps. 90

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserem treusorgenden Vater, Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater, Bruder, Schwager und Onkel

Josef Papesch
Träger des Ritterkreuzes

* 23. 2. 1919 † 14. 2. 2005

In stiller Trauer
**Norbert Umlauf und Frau Ute, geb. Papesch
Dietmar Papesch und Frau Ursula, geb. Broussard
Carena, Ralph mit Timo
Michael, Magda und Melissa
Kirstin und Marcus, Christian und Monika
und alle Anverwandten**

An dem Heerwege 16, 58093 Hagen
Die Beisetzung hat stattgefunden.

Ein langer Lebensweg ist beendet.

Es trauern um

Hans-Hermann Steppuhn

* 5. Januar 1910 † 10. Februar 2005
Königsberg/Pr. Lübeck

**Karla Steppuhn, geb. Harms
Horst und Gisela Steppuhn
Wilfried und Sigrid Steppuhn
Helga Henze, geb. Steppuhn
Lienhard und Danuta Steppuhn
Dr. Frank und Eva Neumann
Enkel und Urenkel**

Grönauer Baum 1, 23562 Lübeck

Liegt alles so weit zurück, Jugend und Heimatland Freude und Glück, alles verging. Ich bin müde wie ein Kind leise, leise singt mich zur Ruh der Abendwind.

Agnes Miegel

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Oma und Uroma, unserer Tante und Cousine

Gertrud Bauer
geb. Klewitz

geb. 15. 5. 1922 † 29. 1. 2005
in Wilhelmsdorf, Benkheim in Hesel

**Friedrich und Erika Bauer, geb. Müller
Dieter und Marlene Schäfer, geb. Bauer
Enkel, Urenkel und alle Angehörigen**

Deutsche und Russen ringen um Schlesien

Die Wehrmacht kann Breslau halten und sogar Lauban wie Striegau zurückerobern, doch verschiebt sich die Front weiter gen Westen

Im Zuge der gewaltigen Winteroffensive waren die Armeen Schukovs an die untere Oder bei Frankfurt und Küstrin vorgestoßen und bildeten dort am 31. Januar einen Brückenkopf. Nach seinen Vorstellungen sollte der Angriff auf Berlin Anfang Februar beginnen, um die Stadt um die Monatsmitte einzunehmen. Doch infolge seines raschen Vormarsches hatte sich eine breite Lücke an seiner nördlichen Flanke in Hinterpommern aufgetan, da sein rechter Nachbar, die 2. Weißrussische Front unter Marschall Rokossovskij, weit zurückging und mit der Umklammerung Ostpreußens beschäftigt war. Schukov sah sich daher genötigt, seinen vorgespreschten Kräften eine längere Pause zu gewähren, da außerdem die Verbände durch den langen Vormarsch oft Verluste bis zur Hälfte an Panzern und Fahrzeugen erlitten hatten. Obendrein band die hartnäckige Verteidigung von Städten im Hinterland, wie etwa von Graudenz (bis 18. Februar) und von Posen (bis 23. Februar) erhebliche Kräfte des Angreifers. Südlich von Schukov hing die 1. Ukrainische Front unter Marschall Konjev ebenfalls zurück, so daß sie dem Angriffskeil, der auf Berlin zielte, keine Flankendeckung bieten konnte. So ging es darum, rasch Schlesien zu erobern, um den Weg nach Berlin von Süden her zu öffnen.

Nachdem die sowjetischen Angriffsspitzen am 19. Januar Krakau unverseht erobert und an mehreren Stellen die deutsche Reichsgrenze überschritten hatten, drängten das sowjetische Oberkommando und auch Stalin zunächst auf die Eroberung Oberschlesiens, das damals noch intakt war und als wichtigstes deutsches Industriegebiet diente. Rüstungsminister Speer hatte vorausgesagt, daß der Verlust Oberschlesiens das endgültige Ende der deutschen Waffenproduktion bedeuten würde. Die Verteidigung dieses Industriezentrums war der 17. Armee mit nur sieben Divisionen übertragen worden, obwohl ihr Befehlshaber zwölf für nötig erachtet hatte. Konjev plante eine Zangenoperation von Südosten und Nordwesten her, wobei er seine 3. Panzerarmee, die ursprünglich auf Breslau vorging, nach Südosten schwenken ließ, um zunächst Beuthen, Ratibor und Rybnik zu erobern. Es rächte sich, daß das Oberkommando des Heeres



Wehrmachtangehörige im Abwehrkampf gegen die Rote Armee:

Wenn auch den allermeisten Soldaten bewußt war, daß das Kriegsende bevorstand, kämpften sie weiter, aber nicht, weil sie an den „Endsieg“ glaubten, sondern weil sie die Zivilbevölkerung vor dem Ärgsten bewahren wollten. Die Gegenangriffe förderten nämlich zutage, welche Kriegsverbrechen die Rote Armee an der wehrlosen Bevölkerung verübt hatte.

Foto: Archiv

nicht rechtzeitig die östliche Slowakei geräumt hatte, um die Front radikal zu verkürzen und Reserven für die Front in Schlesien freizumachen. Es rächte sich außerdem, daß man die Mobilmachung der Ersatztruppenteile und des Volkssturms viel zu spät angeordnet hatte.

Am 22. und 23. Januar gewannen sowjetische Truppen, die Niederschlesien angriffen, beiderseits von Breslau drei Brückenköpfe über die Oder, nämlich bei Steinau, Ohlau und Brieg, die von den schwachen

schah. Das furchtbare Wüten in den eroberten deutschen Städten und Ortschaften ist in erster Linie auf die systematische Aufhetzung der Soldaten durch Generäle, Agitatoren und Vorgesetzte zurückzuführen. So ließ zum Beispiel Generaloberst Tschernjakovskij, der Befehlshaber der 3. Weißrussischen Front, Flugblätter verteilen, auf denen zu lesen stand: „Gnade gibt es nicht. Das Land der Faschisten muß eine Wüste werden.“ Andererseits bewirkten die Meldungen über die sowjetischen Greuelthaten, daß die deutschen Truppen noch härter und verbissener kämpften, um der verschonten Bevölkerung ein ähnliches Schicksal zu ersparen.

Obwohl Generaloberst Schörner, der Befehlshaber der Heeresgruppe A, die Schlesien verteidigen sollte, nach besten Kräften improvisierte, saß die 17. Armee in einem großen Frontbogen rund um Kattowitz-Gleitwitz wie in einem Sack. Ungeachtet der Aufrufe zum fanatischen Widerstand zog Schörner am 28. Januar seine Truppen aus der Umklammerung und bezog eine kürzere Stellung. Damit war das

Vor dem Verlust Oberschlesiens hatte Speer prophezeit, daß es das Ende der deutschen Waffenproduktion bedeute

deutschen Alarmverbänden nicht mehr beseitigt werden konnten. Währenddessen bewegten sich viele Flüchtlingszüge nach Westen, um die scheinbar rettende Oder zu erreichen. Wer von sowjetischen Panzerkolonnen eingeholt wurde, erlitt ein grausames Ende, wie dies beispielsweise am 27. Januar auf der Straße von Guhrna nach Glogau ge-

wichtigste Industriegebiet verloren. Mit den Verstärkungen, die von der Westfront kamen und geretteten Teilen von drei Panzerkorps und einiger Divisionen, die als „wandernder Kessel“ Ende Januar endlich die deutschen Linien erreichten, konnte man das Westufer der Oder notdürftig besetzen und die sowjetischen Brückenköpfe abriegeln. Am 5. Februar gelang einem Stoßtrupp, in die Giftgasfabrik in Dyhernfurt jenseits der Oder einzudringen und die gefährlichen Chemikalien der dortigen Tanks in die Oder abzulassen.

Immerhin zog das Oberkommando der Wehrmacht angesichts der Katastrophe 33 Divisionen aus dem Westen, aus Norwegen, Italien und nicht zuletzt aus dem Kurland-

Brückenkopf heran, wo immer noch 24 Divisionen standen. Bis Mitte Februar konnte solcherart eine neuen Ostfront aufgebaut werden. Dahinter verbirgt sich eine äußerst beachtenswerte Leistung, da das Transportnetz in Mitteleuropa durch Luftangriffe schwer beschädigt war und die Truppen aus Kurland über die Ostsee herangeführt werden mußten, wo sowjetische U-Boote auf der Lauer lagen. Auch sonst hat die Reichsbahn bei der Versorgung der Truppe und dem Abtransport von Flüchtlingen große Leistungen erbracht. Deutsche Dienststellen trieben die Zivilbevölkerung oft mit Härte zum Verlassen ihrer Wohnstätten an, sofern sie nicht bereits geflohen war. Für einen Großteil der 700.000 Flüchtlinge, die bis nach Dresden gelangt waren, kam jede Rettung zu spät, da sie Opfer mehrerer Terrorangriffe der alliierten Luftstreitkräfte wurden.

Inzwischen vereinigten die Angreifer ihre beiden Brückenköpfe von Ohlau und Brieg, so daß der Besatzung von Brieg am 6. Februar der Ausbruch befohlen wurde, der aber nur teilweise gelang. Am 8. Februar begann der Großangriff Konjews aus den großen Brückenköpfen bei Steinau und Brieg, der zwar nach heftigem Widerstand an einigen Stellen abgeriegelt werden konnte, schließlich aber am 15. Februar zur Einschließung Breslaus führte. An die 40.000 Soldaten und etwa 80.000 Zivilpersonen mußten ab nun die Bedrängnisse der Belagerung erdul-

den, die erst am 6. Mai mit der Kapitulation endete.

Auch weiter nordwestlich und südostwärts mußten die Deutschen zurückweichen, auch wenn sie dem Angreifer schwere Verluste zufügten. Auf dem Nordflügel gewannen die Angreifer die Lausitzer Neiße zwischen Guben und Forst. Tage später, am 24. Februar, verlief die Front von der Neiße bei Görlitz über Lauban, Schweidnitz und Striegau bis Oppeln und blieb nun Wochen hindurch stabil. Die Besatzung Glogaus wurde eingeschlossen und bewährte sich als „Wellenbrecher“. Um die Verbindung mit Breslau wieder herzustellen, unternahmen drei Panzerdivisionen einen Entsatzangriff, doch konnte die

Erst das Tauwetter ermöglichte die Festigung der Front

Einschließung trotz schwerer gegnerischer Verluste nicht mehr gesprengt werden. Wie sehr die Russen die deutschen Gegenangriffe fürchteten, zeigte ihr Verhalten, daß sie ihre schweren Panzer „Josef Stalin“ unter Autobahnbrücken stellten, um sie vor den Angriffen der fliegenden Panzerjäger unter Oberst Rudel zu schützen, der bei diesen Einsätzen ein Bein verlor.

Zur Festigung der Front hatte auch das Tauwetter beigetragen, das den sowjetischen Angriffsschwung hemmte. Anfang März führten die Deutschen zwei örtliche Angriffe bei Lauban und Striegau, die zu beachtlichen Erfolgen wurden. Allein bei Lauban wurden über 200 Panzer abgeschossen, was unter Beweis stellte, was eine tapfere Truppe, die über genügend Waffen verfügte, noch erreichen konnte. Wenn auch den allermeisten Soldaten bewußt war, daß das Kriegsende bevorstand, kämpften sie weiter, aber nicht, weil sie an den „Endsieg“ glaubten, sondern weil sie die Bevölkerung vor dem Ärgsten bewahren wollten. Die Gegenangriffe förderten nämlich auch zutage, welche Verbrechen der Gegner an der wehrlosen Bevölkerung verübt hatte. Die deutsche Propaganda klammerte sich an die winzige Hoffnung einer Wende, und Goebbels hielt im eroberten Lauban am 8. März eine Rede, um – wie er meinte – die Kampfmoral noch weiter zu steigern. Doch dies sollte sich als völlig überflüssig erweisen.

Heinz Magenheimer

Das historische Kalenderblatt: 28. Februar 1925 – Friedrich Ebert (SPD) stirbt an einem Blinddarmdurchbruch

Weimars erster »Ersatzkaiser«

Friedrich Ebert erblickte am 4. Februar 1871 als Sohn des Schneidemeisters Karl Ebert und dessen Ehefrau Katharina in Heidelberg das Licht der Welt. Nach einer Sattlerlehre kam er auf Gesellenwanderung 1889 in Mannheim mit der sozialistischen Bewegung in Kontakt und trat der SPD bei, deren Vorsitzender er nach August Bebels Tod 1913 wurde.

Nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges setzte Ebert die Zustimmung zu den Kriegskrediten in seiner Partei durch und hielt auch in der Folge die SPD auf „Kurs“. Zwei seiner Söhne fielen und der dritte wurde schwer verwundet. Ebert unterstützte die deutschen Kriegsanstrengungen. „Es ist die Pflicht der Arbeiter, den Soldaten an der Front die Waffen zu liefern“, gehört ebenso zu den bemerkenswerten Zitaten des sozialdemokratischen Vernunftmonarchisten wie: „Ich hasse die Revolution wie die Pest und wie die Sünde, und wir tun alles, um sie zu vermeiden.“ Auch Prinz Max von Baden,

Deutschlands letzter vom Kaiser berufener Reichskanzler, wollte eine blutige Revolution vermeiden. Am 9. November 1918 verkündete er deshalb die Abdankung Wilhelms II. und erklärte Ebert als Vorsitzenden der Partei mit den meisten Reichstagsmandaten zu seinem Nachfolger als Regierungschef.

Die Revolution nahm trotzdem doch zumindest insoweit ihren Lauf, als einen Tag später ein revolutionärer Rat der Volksbeauftragten aus Vertretern der SPD und deren linker Abspaltung USPD gebildet wurde. Deutschlands seinerzeit beliebteste und mächtigste Partei hatte nun die Wahl. Sie konnte mit den Kräften links von ihr die Revolution fortsetzen und ein Räteystem installieren oder mit den Kräften rechts von ihr die Revolution beenden und die parlamentarische Demokratie einführen. Die SPD entschied sich unter dem Einfluß ihres Vorsitzenden für den zweiten Weg. Mit der Weimarer wurde eine überwiegend bürgerliche Republik geschaffen. Zu deren

Präsidenten wählte die aus freien Wahlen hervorgegangene verfassungsgebende Nationalversammlung am 11. Februar 1919 Friedrich Ebert. Entgegen der Weimarer Verfassung, die eine Volkswahl vorsah, verlängerte der Reichstag am 24. Oktober 1922 Eberts Präsidentschaft um eine zweite Amtszeit bis zum 23. Juni 1925, so daß Ebert im Gegensatz zu seinem Nachfolger Paul v. Hindenburg nie vom Volke gewählt wurde.

Ebenso wie in die Präsidentschaft Hindenburgs fielen auch in die Eberts Krisenjahre der Weimarer Republik. Und ebenso wie Hindenburg, der allerdings gemeinhin alleine dafür gescholten wird, nutzte auch Ebert die berühmt-berüchtigten Notverordnungen. Bereits vor der Gründung der Weimarer Republik hatte er sich am 10. November 1918 mit dem sogenannten Ebert-Groener-Pakt die Unterstützung der Waffenträger des Reiches gesichert. So führte er mit Waffengewalt die Weimarer Republik aus der Krise des Jahres 1923 in ihre sogenannten

Blütezeit. Das Ende dieser Scheinblüte auf Pump kam, als die US-amerikanischen Kreditgeber nach dem Schwarzen Freitag ihr Geld zurückforderten, aber da war Ebert schon tot.

Die Arbeitsüberlastung und die ständigen Anfeindungen hatten an Eberts Gesundheit genagt und ließen ihn eine Blinddarmentzündung verschleppen. Ein Blinddarmdurchbruch war die Folge, der ihn am 28. Februar 1925 das Leben kostete. H. L. / M. R. Friedrich Ebert: Reichspräsident ab 1919

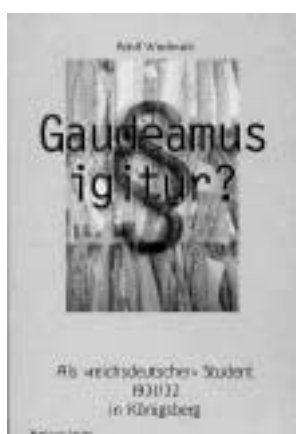


Foto: Archiv

Ostpreußen / Preußen / Zeitgeschichte



Anneliese Drews
Meine Flucht aus Königsberg
Erfahrungsbericht einer Augenzeugin
Erst in letzter Minute schließt sich die
Familie der Autorin den Flüchtlings-
transporten aus Königsberg an.
Kart., 64 S.
Best.Nr.: 4483



Adolf Wischnath
Gaudeamus igitur?
Als „reichsdeutscher“ Student 1931/
32 in Königsberg
Kart., 150 S.
Best.Nr.: 4159



Gertrud Ott
Ulrike aus Königsberg
Geschichte einer Jugend in Ostpreu-
ßen und Württemberg
Die Autorin, die einst in ihrer Vater-
stadt Königsberg die Agnes-Miegel-
Schule besuchte, hat viel in diesem
Buch verarbeitet
Kart., 161 S.
Best.Nr.: 1208



Otto Lasch
So fiel Königsberg
Der erschütternde Bericht des letzten
Festungs-Kommandanten über die ver-
lustreichen Kämpfe um die Hauptstadt
Ostpreußens, eingebettet in die militä-
rische Großlage im Frühjahr 1945.
Geb., 144 S., 19 sw-Abb., 8 Kart.
Best.Nr.: 1318



Königsberg Stadtsiegel
um 1360, roter Siegellack, in einer handgedrehten Buchenholzeinfassung.
Durchmesser des Siegels: 8,5 cm, Durchmesser Holzschatulle: 13cm, Höhe: 3
cm mit dekorativer Kordel, Deutsche Handarbeit
Best.Nr.: 4563



Rudi Kuke
„Nachts, als die Russen kamen...“
Biographien - Zeitzeugen-Berichte
Als die Russen kamen und riefen:
„Frau komm“ sind noch jedem, der
den Einmarsch der Russen erlebte,
gegenwärtig. Tagsüber riefen oder
schrien sie überwiegend: „Uri, Uri“
und erschossen viele, wenn sie nicht
ihre Ziele erreichten. Es ist unvorstellbar,
was die verlebene Bevölkerung über
sich ergehen lassen musste. Wer das
nicht miterlebt hat, kann sich keine
Vorstellung darüber machen.
Kart., 174 S.
Best.Nr.: 4564



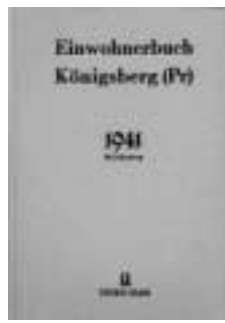
E. Windemuth
Ostpreußen - mein Schicksal
Eine Tragödie der Vertreibung
In diesem Buch werden die entsetzlichen
Erlebnisse und Leiden der Ver-
treibung aus Ostpreußen 1944/45 von
Flucht und Vertreibung von einem
Opfer in Tagebuchform aufgezeichnet,
so dass eine einzigartige Dokumenta-
tion zur Geschichte von Flucht und
Vertreibung entstanden ist.
Kart., 158 S.
Best.Nr.: 4494



Anneliese Kreutz
Das große Sterben in Königsberg 1945-1947
Ein halbes Jahrhundert hat sie ge-
schwiegen, aber die übermächtigen Er-
innerungen verfolgten sie jede Nacht.
Kart., 252 S.
Best.Nr.: 2308



Ursula Waage
Bleib übrig- Festung Breslau
Aus den Tagebuchaufzeichnungen in
der Festung und der Nachkriegszeit
von Januar 1945 bis April 1947
Kart., 96 S.
Best.Nr.: 4565



Einwohnerbuch Königsberg
Verzeichnis der Ehrenbürger, der Einwohner und
Firmen, der Straßen mit Straßenbildern und An-
gabe der Eigentümer und Einwohner der Häuser,
der Geschäfts- und Gewerbetreibenden und der
handelsgerichtlich eingetragenen Firmen, 1941, 89.
Jahrgang
Geb., 820 S. mit Abb.
Best.Nr.: 1853

Zwölf Jahre 1. Kompanie LSSAH
Allein aus den ersten 117 Freiwilligen
der 1. Kompanie gingen mehr als
fünfundzwanzig höhere Offiziere hervor,
die in den Divisionen der Waffen-SS mit
höchsten Tapferkeitsauszeichnungen
bedacht wurden. Diese Gemein-
schaftsarbeit von überlebenden Sol-
daten ist in Wort und Bild erlebte
Geschichte.
Geb., 280 Texts., 136 Bildtaf., 447 Fo-
tos, Großformat
Best.Nr.: 4430

Sepp Dietrich - Kommandeur der LSSAH
Als einziger Führer der Waffen-SS
hat Sepp Dietrich sowohl den höchst-
en Rang in dieser Truppe bekleidet
als auch die höchste Auszeichnung
der Deutschen Wehrmacht erhalten.
Der SS-Obergruppenführer und
Generaloberst der Waffen-SS, Träger
des Eichenlaub mit Schwertern und
Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen
Kreuzes, war aber nicht nur ein-
er der Schöpfer und zugleich der
beliebteste Führer der Waffen-SS.
Geb., Großformat, 248 Seiten
Best.Nr.: 4143

Flucht und Vertreibung



Heinz Schön
Flucht aus Ostpreußen 1945
Die Menschenjagd der Roten Armee
Marodierend stürmten die Rotarmisten
vorwärts, ihren Vormarsch säumten
Leichen und brennende Häuser. Eine
Massenflucht setzte ein. Insgesamt
60 der Betroffenen brachen in dieser
Dokumentation erstmals ihr Schweigen.
Geb., 382 S.
Best.Nr.: 4113



Heinz Schön
Die Gustloff-Katastrophe - Bericht eines Überlebenden
Das mit Flüchtlingen überladene
Schiff wurde im Morgengrauen des
30. Januar 1945 durch drei Torpedos
versenkt. Dabei fanden über
9300 Menschen den Tod. Der Autor
überlebte und berichtet von dieser
Tragödie auf See.
Geb., 516 S., 350 Abb.
Best.Nr.: 1131



Heinrich Salomon
Nur nicht nach Labiau gehen!
Erlebnisse während der Zivilgefange-
schaft in der ostpreussischen Elchnieder-
ung von 1945 bis 1948
Kart., 379 S.
Best.Nr.: 3037



Helmut Griebenow
Wie die Russen ins Dorf einzogen
Eine Geschichte aus der Nachkriegs-
zeit
Kart., 208 S.
Best.Nr.: 4484



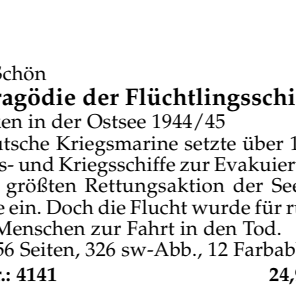
Herbert Reinold
Letzte Tage in Ostpreußen
Erinnerungen an Flucht und Vertreibung
Flüchtlinge und Heimatvertriebene
aus Ostpreußen erzählen in diesem
Buch von ihren letzten so schmerzli-
chen Tagen in der Heimat
Geb., 336 S.
Best.Nr.: 1696



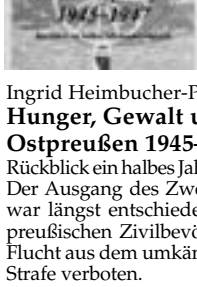
Hans Heinz Pollack
Verschleppt und verschollen
Geschichte einer Deportation aus Ost-
preußen
Kart., 239 S.
Best.Nr.: 4485



Heinz Schön
Die Tragödie der Flüchtlingsschiffe
Gesunken in der Ostsee 1944/45
Die deutsche Kriegsmarine setzte über
1000 Handels- und Kriegsschiffe zur
Evakuierung bei der größten Rettungs-
aktion der Seegeschichte ein. Doch die
Flucht wurde für rund 40.000 Men-
schen zur Fahrt in den Tod.
Geb., 256 Seiten, 326 sw-Abb., 12 Farbabb.
Best.Nr.: 4141



Ingrid Heimbucher-Peschgens
Hunger, Gewalt und Tod in Ostpreußen 1945-1947
Rückblick ein halbes Jahrhundert nach
Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges
war längst entschieden, doch der ost-
preussischen Zivilbevölkerung war die
Flucht aus dem umkämpften Gebiet bei
Strafe verboten.
Kart., 160 S.
Best.Nr.: 2623



Dolores Balduhn
Das vergangene Haus
Flucht und Neubeginn einer ostpreu-
ßischen Familie
In ihrem Tatsachenbericht schildert die
Autorin die Entwicklung einer Familie,
die aus Ostpreußen gen Westen floh.
Kart., 176 S.
Best.Nr.: 1210



Kurt Dieckert / Horst Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Der Bericht der Autoren geht über das
militärische Geschehen hinaus und do-
kumentiert das Leiden der Bevölke-
rung auf der Flucht vor der Roten Ar-
mee.
Geb., 232 S., 48 Abb.
Best.Nr.: 1472



Siegfried Hennig
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen
In Behlacken nahe Königsberg erlebt
Siegfried Hennig als Sohn des Bürger-
meisters eine ungetrübte Kindheit. Der
Zweite Weltkrieg berührt das Dorfleben
zunächst kaum ...
Kart., 416 S.
Best.Nr.: 3372

DVDs / Videos zur Zeitgeschichte



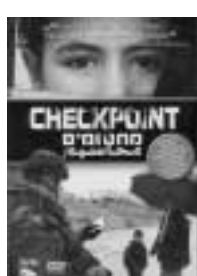
Von Elbing nach Tannenberg 1942
Die Fahrt beginnt in der
Hansestadt und führt über
Rosenberg, Deutsch Eylau,
Preußisch Holland, Moh-
rungen, Osterode und Al-
lenstein bis zum Tannenberg
- Denkmal
Spieldauer: 30 Min. s./w.
DVD, Best.Nr.: 4473



Warum? Dresden
Dieser Film zeigt Ihnen das
Dresden Ihrer Erinnerung -
unzerstört und in aller
Pracht der Werke der zahl-
reichen Bildhauer und Bau-
meister
Spieldauer: 30 Min. s/w
DVD, Best.Nr.: 4471



Das war Königsberg
Dieser Film zeigt mit
teilweise bisher unveröffent-
lichtem historischem Film-
material Königsberg, wie es
damals war.
Spieldauer: ca. 30 Min
DVD, Best.Nr.: 4470



Checkpoint
Um von einem Ort zu einem
anderen zu gelangen, müs-
sen alle Palästinenser Kon-
trollstellen passieren - oder
besser: versuchen zu passie-
ren. Ob sie passieren dürfen
oder nicht, hängt häufig von
der Laune der israelischen
Posten ab. Die hierbei ent-
standenen Bilder sprechen
für sich.
Laufzeit: 80 Minuten
DVD, Best.Nr.: 4477

Bitte Bestellschein ausfüllen und senden an: **PREUSSISCHER MEDIENDIENST**
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Telefax 040 / 41 40 08 58 · Telefon 040 / 41 40 08 27
E-Mail: info@preussischer-mediendienst.de · Internet: www.preussischer-mediendienst.de

Best.-Nr.	Menge	Titel	Preis

Lieferung gegen Rechnung, Versandkostenpauschale € 4,- / Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich
entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, CDs, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bitte senden Sie mir den aktuellen Katalog zu.

Vorname: _____ Name: _____
Straße, Nr.: _____
PLZ, Ort: _____ Telefon: _____
Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____

Quer durchs Beet

»Schotten dicht«

In Großbritannien ist die Zahl der Asylsuchenden im letzten Quartal 2004 erneut gesunken, auch die Abschiebungen von abgelehnten Bewerbern nimmt ab. Die von der Labour-Regierung angekündigte straffere Asylpolitik zahlt sich offenbar aus: Nur noch 8.465 Asylsuchende gegenüber 8.605 im Vergleichszeitraum 2003 suchten im Vereinigten Königreich Zuflucht, verkündete am 22. Februar das britische Innenministerium (Home Office). In jüngster Zeit hatte die Regierung die Liste sicherer Staaten erweitert (unter anderem um Indien) und einen Fünfjahresplan zur Bekämpfung von „Mißbrauch im Asylsystem“ vorgelegt. Immigrationsminister Des Browne verkündete, die Schließung eines Flüchtlingslagers nahe dem Ärmelkanal sowie die konsequente Ablehnung von Anträgen der Bewerber aus gelisteten Ländern hätten die Bewerberzahlen doppelt so schnell wie im Rest der EU sinken lassen.

Keine Exportware

Die Mehrheit der Europäer ist gegen einen weltweiten Export der Demokratie durch die USA - das ergab eine Umfrage im Auftrag der Nachrichtenagentur AP. Von je 1.000 Befragten sagten 78 Prozent bei den Deutschen, 66 Prozent bei den Briten und 84 Prozent der französischen Gruppe, daß es nicht zur Aufgabe der Vereinigten Staaten von Amerika gehöre, andere Länder zu demokratisieren. Die Umfrage wurde in neun Ländern durchgeführt.

Personalien

»Aachener Printe«



Keineswegs sozial, geschweide denn sozialdemokratisch seien die Maßnahmen von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt

(SPD) - so Kritiker. Nun kam heraus, daß sie auch ihre politische Karriere nicht sozialdemokratisch begann, sondern als Vertreterin des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ (KBW). 1976 trat sie für den KBW immerhin als Bundestagskandidatin in Aachen an. In ihrem „offiziellen“ Lebenslauf war sie da noch Studentin beziehungsweise Lehrerin für Lernbehinderte. Mit der SPD „klappte“ es erst 1983. Seit 1990 sitzt sie im Bundestag, seit 2002 ist die 56jährige Ministerin - welch ein Aufstieg.

Gejagter Jäger



Der medienbewußte Texaner Ed Fagan (52), besser bekannt als Anwalt jüdischer Holocaustüberlebender, ist vom Jäger zum Gejagten geworden. Die US-Justizaufsicht wirft ihm vor, über eine halbe Million Dollar veruntreut zu haben. 1996 begann er, Aufmerksamkeit zu erregen, als er Schweizer Banken auf Herausgabe von zur NS-Zeit eingefrorenen jüdischen Geldern verklagte. Weit über sechs Milliarden Dollar hatte Fagan später der deutschen Industrie abgerungen - zur Entschädigung von Zwangsarbeitern. Doch bei vielen, darunter auch den Initiatoren und ersten Mandanten der Sammelklagen, kam nie Geld aus den eingerichteten Opfer-Fonds an. Später hatte Fagan es auf deutsche Museen und „Beutekunst“, zuletzt auf vermeintliche Tsunami-Verursacher abgesehen. Nun ist er abgetaucht.



Visa - die Freiheit nehm' ich mir

Zeichnung: Götz Wiedenroth

Himmelhochjauchzend, zu Tode betrübt

Höhen und Tiefen der Schleswig-Holstein-Wahl / Von Hans-Jürgen MAHLITZ

Das war ein Fernsehabend, wie ihn Deutschland schon lange nicht mehr erlebt hat. Und dies, obwohl kein Kommissar für Spannung sorgte, kein Schiedsrichter das stauende Publikum mit überraschenden Pfiffen erregte, kein Gottschalk zweit- bis drittklassigen Popstars die letzten Geheimnisse des Lebens entlockte. Nein, diesmal führte das abendfüllende Programm den nicht allzu aufregenden Titel „Landtagswahl“. Die Regie hatten die Wähler in Deutschlands nördlichstem Bundesland übernommen, und noch nach Tagen wurde in der ganzen Republik aufs Heftigste diskutiert, ob sie ihre Sache gut gemacht haben.

Sicher, für Spannung war gesorgt, aber hat man auch bedacht, daß dieses Stück noch fünf Jahre weiterläuft? Erst die Zukunft wird erweisen, ob es wirklich ein starkes Stück war - oder nur ein „starkes Stück“.

Die Darsteller auf der Bühne (beziehungsweise der Mattscheibe) jedenfalls haben ihre Sache gut gemacht. Zum Beispiel der zeitweilige Beinahe-Ministerpräsident Peter Harry Carstensen: Er gab den Part „zu früh gefreut“, ein klassisches Element der Theaterliteratur, das der CDU-Spitzenmann dank sympathischer Zurückhaltung in der ersten Phase überzeugend bewältigte.

Darstellerisch glänzend auch die Besetzung der weiblichen Hauptrolle: Frau Simonis, deren Vornamen angeblich zum Verwechseln ähnlich mit dem Programm ihrer Partei sein soll, spielte alle Facetten des Bühnenfachs „Himmelhochjauchzend - zu Tode betrübt“ aus, wobei der besondere Reiz in der umgekehrten Reihenfolge lag (allerdings nur aus rot-grüner Sicht).

Großes Polit-Theater bot diesmal auch die Quotenkönigin der Polit-Plauderei, Sabine Christiansen, die am Abend der Schleswig-Holstein-Wahl eine erlesene Darstellertruppe um sich versammelt hatte. In jedem Sinne formatfüllend die grüne Unterhaltungskünstlerin Claudia Roth: Nach der bewährten Devise „Ich lasse mir doch von Fakten (sprich Wahlergebnissen) meine Meinung nicht kaputt machen!“ legte sie los: „Wir haben unser Ziel erreicht.“ - „Wir haben nicht verlorren.“ - „Ich bin sicher, daß sich die

sogenannte Visa-Affäre auf unser Wahlergebnis nicht ausgewirkt hat.“ - „Die weltoffene Visumpolitik ist ein wichtiger Punkt im deutschen Interesse.“

Das alles klang anfangs so, als habe Rot-Grün gerade einen glänzenden Wahlsieg errungen, als hätte sich gerade alles bewahrheitet, was uns die Meinungsforscher und die mehrheitlich dem linken Lager verbundenen Meinungsmacher in den letzten Tagen und Wochen weismachen wollten. Ausgerechnet einer der Meinungsmacher, der Stellvertretende Stern-Chefredakteur Hans-

Die grüne Vorturnerin gab sich mal aggressiv, mal weinerlich, dann beleidigt, um endlich zu verstummen

Ulrich Jörges, stellte jedoch klar, daß wir soeben nicht nur eine Niederlage der rot-grünen Landesregierung, sondern auch eine peinliche Schlappe der Meinungsforscher erlebt haben. Jörges weiter: „Die Visa-Affäre vergiftet nicht die Grünen, sondern die vergiftet die SPD. Denn wenn zwei Dinge zusammenkommen, Massenarbeitslosigkeit plus eine laxer Außenpolitik, geht das voll in die Stammwählerschaft der SPD.“

Claudia Roth reagierte empfindlich auf die unerwartet heftigen Attacken des Stern-Journalisten, faselte etwas von „Kampagnen“, „machtpolitischen Auseinandersetzungen“ und einem ihr nicht behagenden „Niveau“. Mit anderen Worten: Die Grünen dürfen zwar jeden Andersdenken wild beschimpfen und beleidigen, sind selber aber jeglicher Kritik entrückt.

Die grüne Vorturnerin zog nun alle Register ihres darstellerischen Könnens. Erst gab sie sich mal aggressiv, mal weinerlich, dann beleidigt, um schließlich für längere Zeit gänzlich zu verstummen und ihr Unbehagen eher mit den Mitteln der Pantomime zu bekunden.

Während also Frau Roth sich selbst in eine Statistenrolle manövierte, nutzten andere die Gelegen-

heit zum glanzvollen Auftritt, insbesondere Christian Wulff und Wolfgang Gerhardt.

Der FDP-Fraktionschef hielt sich erst gar nicht bei den Niederungen der Landtagswahl auf, nahm sich direkt den Bundesaußenminister und (un-)heimlichen Vorsitzenden der Grünen vor („Ich weigere mich, Ihnen [C. Roth] zuzugestehen, daß der Minister unter Artenschutz steht.“) und ging noch eins weiter: „Der Bundeskanzler dürfte heute gar nicht mehr im Amt sein!“

Niedersachsens Ministerpräsident assistierte: „Die Leute wollen eine andere Wirtschaftspolitik, ein anderes Klima in diesem Land. Sie wollen, daß Deutschland es den anderen zeigt und nicht immer weiter zurückfällt.“ Auch das war weniger auf Wulffs nördliches Nachbar-Bundesland gemünzt, sondern auf die Republik insgesamt.

So war denn auch Kollege Jörges wohl nicht der einzige, der sich durchaus angetan zeigte von der Vorstellung, es dermaleinst (genauer: im Jahre 2010) vielleicht mit einem Kanzler Wulff und einem Außenminister Gerhard zu tun zu haben.

Den Anfragen bezüglich der K-Frage wich Wulff geschickt aus, wartete aber immerhin mit einer Neuigkeit auf: Für 2006 wird die Frage noch in diesem Jahr beantwortet.

Mit in der Christiansen-Runde auch NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück, der zwar einen netten Eindruck machte, ansonsten aber nur durch eine politische Aussage auffiel: „Dreimal im Jahr Kreuth, und Frau Merkel ist kaputt!“ Mindestens einer von Steinbrücks Amtskollegen wird hier besonders aufmerksam zugehört haben.

Wegen einer plötzlichen Erkrankung kann Hans Heckel nicht wie an dieser Stelle gewohnt seinen Wochenrückblick schreiben. Stattdessen blicken wir zurück auf die wichtigsten Medienereignisse der letzten Tage - wobei natürlich die Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Mittelpunkt des Interesses steht.

Zitate

Die Türkin Necla Kelek äußert sich in ihrem Buch „Die fremde Braut“ über deutsche Asylpolitik:

„Gerade die gutmeinenden Deutschen neigen dazu, in jedem hier Asyl suchenden Ausländer den Wiedergänger eines vor dem Holocaust zu rettenden Juden zu sehen‘ und darüber ‚muslimischer als die Muslime‘ zu werden.“

Auch in Dänemark wundert man sich über „die anderen“. Der dänische Komiker Flemming Jensen über kinderreiche Einwanderer und dänische Patchworkfamilien:

„Wir staunen über die Ausländer mit ihren vielen Kindern, und die Ausländer staunen über unsere Kinder mit den vielen Eltern.“

Gegenüber Spiegel online äußerte sich auch die 33jährige Sophie Dannenberg, Autorin des Romans „Das bleiche Herz der Revolution“, über so manches, was sie in Deutschland verwundert:

„Wir sind im Zeitgeist der 68er geradezu gebadet worden. Nun müssen wir ihn ausbaden. Die 68er waren groß im Zerstören von Institutionen und Werten: Die deutschen Universitäten haben sie auf dem Gewissen, die Familie, das Leistungsprinzip, Etikette und Anstand, Verlässlichkeit und Geborgenheit.“

Auch der Historiker August Heinrich Winkler wendet sich wichtigen gesellschaftlichen Fragen zu:

„Die Idee des Individuums, die im Zentrum unserer Rechtskultur steht, hat eindeutig christliche Wurzeln. Mein Eindruck ist, daß sehr viele europäische Politiker sich nicht klar sind über die Voraussetzungen, die ihr eigenes Denken prägen. Die Vorstellung, daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, läßt sich zurückführen auf die revolutionäre Maxime der Gleichheit aller Menschen vor Gott.“

Prinz Asfa-Wossen Asserate, Unternehmensberater äthiopischer Herkunft und Autor des Buches „Manieren“, sieht diese in einem größeren Zusammenhang:

„Manieren sind der ästhetische Ausdruck der Moral. Moral ist das Kind der Religion. Also sind die Manieren die Enkel der Religion.“

Und auch für US-Präsident Bush ist Religion unerlässlich:

„Ich kann mir nicht vorstellen, wie jemand US-Präsident sein kann, ohne zu beten und an den Allmächtigen zu glauben. Ich akzeptiere, daß ich in meiner Schwäche die Unterstützung des Allmächtigen brauche, weil ich an einen allmächtigen Gott glaube. Und ich liebe die Unterstützung, die mir die Menschen durch ihre Gebete zukommen lassen.“

Die Antverantwortung

Das Wort ist widerborstig zu Beginn, will nicht in Verse passen - dann krieg' ich's doch zu fassen: Verdreht, so weist sich, haut es hin.

Ja, wie's sogar im Sinne stimmt, wenn Joschka, dieser Knabe, nach Visa-Blindvergabe die Antverantwortung übernimmt!

Als grüner Star mit klarer Sicht für Ostganoven-Lobbies und Pinkel Friedmans Hobbies erfüllt man eben seine Pflicht.

Und war das Treten höchstes Glück in alten Putztrupp-Tagen, am liebsten in den Magen, so tritt man heut' doch nicht zurück!